PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752015 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/752012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 1890905, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 95837-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 4. Mai 1976, fertiggestellt.

6. Mai 1976 Jg. 4 Nr. 18 50 Pfennig

Der Kampf der Drucker stärkt die gesamte Arbeiterklasse

Zäh und verbissen arbeiten die Drucker am Wiederaufbau ihrer Kampffront gegen die Kapitalisten, nachdem auf Beschluß der Streikleitung der IG Druck und Papier der Streik mit Wirkung auf Montag, 16 Uhr, ausgesetzt wurde.

„Dieser Arbeitskampf war vermeidbar", schreibt die „Süddeutsche Zeitung", als sie am heutigen Dienstag wieder erscheinen kann. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt bündig: „Ein Trauerspiel". Die „Frankfurter Neue Presse" (ein Blatt, das sich der vornehme Verlag Frankfurter Allgemeine Zeitung zum Schmutzwerfen hält) schreibt gar nichts. Die Hannover-Ausgabe von „Bild" schreibt auch nichts. Die Drucker haben beidesmal die Bourgeoislügen herausgenommen.

Im Fernsehen heißt es, der Streik habe 150 Millionen Verlust für die Verlage gebracht. In der „Bild"-Zeitung ist von 250 Millionen die Rede. Weder den Streikenden noch den Ausgesperrten wird bekanntlich Lohn gezahlt. Trotzdem entstehen nach den Angaben der Kapitalisten pro Arbeiter zwischen tausend und tausendfünfhundert Mark Verlust, wenn die Arbeiter nicht arbeiten. Aha. Vor wenigen Wochen hatte Ford-Chef Lutz im „Spiegel" noch verlauten lassen, die größten „fixen Kosten" hätten zwei Beine und kämen in der Früh durchs Tor. Jetzt klingt es anders. So ein Streik bringt allerhand ans Licht.

Wir glauben gern, daß sich die Kapitalisten heute freuen würden, wenn sie um den Streik herumgekommen wären. Nach wenigen Tagen waren die Druckkapitalisten schon butterweich und mußten die Aussperrung aufgeben.

Die Drucker waren überhaupt nicht weich. Ihre Streikfront stand. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß die Druckkapitalisten vom Gesamtverband der Kapitalisten unterstützt werden. Die Sozialdemokraten in den anderen Gewerkschaften setzen dagegen ihre Parteifreunde in der IG Druck und Papier unter Druck. Wie stehen Kluncker und Loderer da, wenn die Drucker sich durchsetzen? Mit ihren Abschlüssen?

Für die Kapitalistenklasse ist der Streik der Druckarbeiter bis jetzt schon schlimm genug. Es ist mit diesem Streik praktisch bewiesen, daß die hohen Arbeitslosenzahlen die Arbeiter weder wehrlos noch kampfunfähig machen können. Der imperialistische Wunschtraum, die Arbeiter könnten gefügig gehalten werden, indem man ihnen mit dem Übeln droht, die der Imperialismus über sie bringt, ist geplatzt.

Die Solidarität aus den anderen Gewerkschaften war schnell und breit. Wenn sie nicht von den besseren Sozialdemokraten aufgefangen wurde, waren schon am Donnerstag die ersten Solidaritätsadressen in den Streiklokalen.

Damit ist bewiesen, daß die Arbeiter die bürgerliche Hanswurstenlogik „Wenn man uns betrogen hat, müssen die Drucker auch betrogen werden, weil das ist dann gerecht" überhaupt nicht teilen. Der Zusammenschluß der Arbeiter wird im Gegenteil gestärkt, und die Arbeiter aus den anderen Branchen unterstützen die Drucker voll. Das ist bitter für die Kapitalistenklasse. „Ein Trauerspiel".

Sogar von den Gymnasien und Hochschulen kamen Solidaritätsadressen. In Berlin haben die in der GEW organisierten Lehrer beschlossen, den Streik in den Unterricht aufzunehmen „um den Schülern Einsicht in die Notwendigkeit und Respekt vor Eurem Lohnkampf gegen die Unternehmer zu vermitteln". Das war die Landesdelegiertenkonferenz.

Als der Streik anfing, sagten viele Arbeiter: „Zeit war's." Alle haben den Unternehmungsgeist der Drucker bewundert. Denn es gehört schon etwas dazu, nach dem Abschluß Stahl, nach dem Abschluß Metall, nach dem Abschluß im öffentlichen Dienst den Rücken steif zu halten und hart zu bleiben.

Sie hatten alle gegen sich. Die Druckkapitalisten. Die gesamte Kapitalistenklasse. Die Sozialdemokraten in der Regierung. Die Sozialdemokraten in der Führung der IG Druck und Papier sowie die sozialdemokratischen Führungen der anderen Gewerkschaften.

Sie hatten auf ihrer Seite nichts als die Vermutung, daß die Arbeiterklasse ganz anders denkt und handelt als es in der bürgerlichen Öffentlichkeit dargestellt wird. Die Drucker sind diesem Klasseninstinkt gefolgt. Er hat sie nicht getrogen.

Die Bundesregierung hat am Sonntag ankündigen lassen, sie verfolge die Ereignisse ganz genau. Tatsächlich war der Staatsapparat schon in vollem Gange, nicht etwa die „Ereignisse", sondern die Drucker zu verfolgen. In Berlin kam es zu Auseinandersetzungen, weil die Drucker die Auslieferung von fertigen Druckerzeugnissen verhinderten, wie es richtig und nötig ist. Die Regierung hat sich in der Öffentlichkeit zurückgehalten. Aber, das täuscht doch niemanden. Wovor muß sich der Bundeskanzler Schmidt mehr fürchten, als daß die Kapitalisten sehen, daß er die Arbeiter mit seinem Gerede vom Konjunkturaufschwung und daß es dann besser wird, auch nicht vom Kampf abhalten kann?

Für Mittwoch hat die IG Druck und Papier ihre Große Tarifkommission einberufen. Mahlein von der IG Druck hat inzwischen im Rundfunk zugegeben, daß er waschkorbweise Protesttelegramme und Resolutionen hat, die die Aussetzung des Streiks kritisieren und die sofortige Wiederaufnahme des Streiks verlangen. Es ist jedoch überhaupt nicht gewiß, ob diese Sozialdemokraten nicht trotzdem wagen, die gewaltige Anstrengung der Druckarbeiter durch einen Federstrich zunichte zu machen. Gelingen kann es ihnen nur noch zur Hälfte. Zur Hälfte. Wie könnte es gelingen, in den Druckarbeitern die Erfahrung, daß die Arbeiterklasse selbst unter äußerst schwierigen Bedingungen zum geschlossenen Auftreten und einheitlichen Kampf fähig ist, auszutilgen?

Druckerstreik siehe auch Seite 4.



1. Mai 1976: Kämpferische Demonstrationen selbst in kleinen Städten (unser Bild Emmendingen). **Siehe Seite 3 und Seite 15.**

Pressefreiheit

„Wo immer man steht in diesem Konflikt, welchen Standpunkt man auch immer vertritt, das muß man mit aller Schärfe verurteilen, daß hier von den Setzern oder von den Druckern förmlich eine Zensur ausgeübt wird, daß eine legitime Meinung unterdrückt wird, damit sollte man gar nicht erst anfangen."

So klangen die Töne der Entrüstung, die letzten Dienstag aus dem Radio spuckten. Die Hannover Ausgabe der „Bildzeitung" und der „Frankfurter Neue Presse" waren in ihrer Dienstagsausgabe durch weiße Flecken verziert. Die Drucker, zur Arbeit gepreßt, sahen keinen Anlaß, sich in den Kommentaren auch noch verhöhnen zu lassen.

Die „Bildzeitung" sieht schon allein durch den Streik die Pressefreiheit in Gefahr. Wenn die Drucker streiken, erscheinen die Zeitungen nicht. Das gefährdet die Pressefreiheit.

Die Pressefreiheit ist im Artikel 5 der Verfassung beschrieben. „Jeder hat das Recht seine Meinung in Wort, Bild und Schrift frei zu äußern und zu verbreiten". *Jeder.*

Was muß in der kapitalistischen Gesellschaft ein Mensch haben, damit er ein „Jeder" wird? Geld. Kapital.

Der Artikel Nr. 5 der Verfassung ist praktisch für 95/100 der Bevölkerung ein Stück Papier. Denn es gibt den Artikel 14. „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet."

Rundfunksender sind billig. Jeder geschickte Arbeiter kann sie bauen. Prompt gibt es ein Gesetz, das regelt, was jeder darf. Nichts. Rundfunk ist als Anstalt des „öffentlichen Rechts" bestimmt. Jeder, der einen Sender baut, wird angepeilt und zu hohen Strafen verurteilt.

Wo die soziale Zensur nicht ausreicht, wird eine politische Zensur sofort beschlossen. Schließen sich Arbeiter zusammen und bringen Geld für eine revolutionäre Zeitung auf, so ermöglichen die Gesetze sofort, daß man die Redakteure einsperrt und die Organisation verbietet. Das ist seit dem KPD-Verbot von 1956 so. Wenn sich Arbeiter auf einer revolutionären Linie zusammenschließen, kann ihre Organisation verboten werden, aber sie zu zerschlagen, ist sehr schwierig und auf Dauer unmöglich. Das 14. Strafrechtsänderungsgesetz schließt eine wichtige Lücke. Damit kann man das aufwendige Verbot umgehen, die Revolutionäre aber für jede einzelne Äußerung über die Klasseninteressen des Proletariats bestrafen und ins Presse einziehen. Der § 88 a/130 a verbietet, über die Anwendung von Gewalt und ihre Notwendigkeit zu verständigen.

Die Pressefreiheit steht in der Verfassung. Sie wird vom bürgerlichen Staat garantiert. Das heißt, wo das Pressemonopol der herrschenden Kapitalistenklasse nicht durch Geld gesichert ist, greift der Staat ein und stellt es durch Unterdrückung der revolutionären Presse her.

Das ist lange nicht die einzige Besonderheit der „freiheitlich-demokratischen Pressefreiheit". Für die Zeit, die die Arbeiter im Betrieb verbringen, und wo ihre zahlenmäßige Konzentration es leicht macht, sich zum Beispiel durch Wandzeitungen zu verständigen, gibt es für die Arbeiter überhaupt keinen Funken von Pressefreiheit. Es gibt dort bloß das Verbot politischer Betätigung und das Recht des Kapitalisten, Arbeiter zu kündigen, die es brechen. Die Drucker haben in verschiedenen Orten die Bourgeoishetze über ihren Kampf nicht zur Veröffentlichung kommen lassen.

Die Bourgeoisie erregt sich. Sie wittert einen Hauch von Diktatur. Richtig, die Drucker haben in das Monopol der Kapitalisten auf Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch die Presse gewaltsam eingegriffen.

Das können die Drucker ohne besondere Gewaltapparate. Sie machen ja die Arbeit. Die Bourgeois schreien nach dem Staat, daß er sie vor den Druckern schützt. Sie behaupten, das sei Schutz der Pressefreiheit.

In Wirklichkeit ist es doch ganz durchsichtig. Es geht nicht um den Artikel 5 des Grundgesetzes, Stichwort Pressefreiheit, es geht um den Artikel 14 des Grundgesetzes, Stichwort Schutz des Privateigentums.

Parlamentsauflösung in Italien

US- und BRD-Imperialisten wollen in Italien diktieren

Die Regierung in Italien ist zurückgetreten, Neuwahlen stehen für den 20. Juni an. Dem Rücktritt der Regierung gingen massive Einmischungen der Imperialisten voraus. Sie wollen ein Wirtschaftsprogramm durchsetzen, das gute Ausbeutungsmöglichkeiten für ausländisches Kapital sichert und die Gewerkschaften an die Fesseln legt.

Schon Anfang März hatte der US-Finanzminister Simon bei einem Besuch in Rom „drastische Sofortmaßnahmen" von der Regierung gefordert. Und die EG, allen voran die Bundesregierung, hatten dies als Bedingung für die Milliarden-Kredite verlangt. Allein sah sich die christdemokratische Regierung jedoch nicht in der Lage, die Auflagen der Imperialisten zu erfüllen. Sozialisten und Republikaner hatten daher vorgeschlagen, eine Allparteienregierung unter Einschluß der Revisionisten von der PCI, der zweitstärksten Partei in Italien zu bilden. Die Revisionisten waren bereit, ein solches Krisenprogramm auf dem Rücken der Werktätigen zu unterstützen unter der Bedingung der Regierungsbeteiligung. Ende März erklärte der Parteiführer der Christdemokraten, Zaccagnani, daß sie bereit seien, eine Regierung unter Einschluß der PCI zu bilden. Daraufhin erfolgte massive öffentliche Erklärungen der US-Außenminister Kissinger, daß die USA eine Beteiligung von „Kommunisten" an der Regierung nicht hinnehmen könnten. Mit der Veröffentlichung, daß christdemokratische Minister in die Lockheed-Korruption verwickelt seien, zeigte der US-Imperialismus, daß die Christdemokraten ganz an seiner Leine liegen, wenn sie nicht weitere Enthüllungen über ihre Korruption riskieren wollten. Der Parteiflügel um den ultrarechten Parteiführer Fanfani setzte daraufhin durch, daß die Regierung auf keine Beteiligung der PCI an der Regierung eingehen dürfe. Daraufhin entzog die sozialistische Partei der christdemokratischen Regierung die Unterstützung. Die Regierung mußte zurücktreten.

Die Imperialisten wollten ein scharfes Wirtschaftsprogramm gegen die Werktätigen durchsetzen, zugleich aber eine Regierungsbeteiligung der PCI verhindern. Allein aber konnte die verschlissene Regierung der Christdemokraten nichts erreichen. Bundeskanzler Schmidt hatte sich selbst an vorderster Front an diesem aussichtslosen Vorhaben beteiligt. Nun beschimpfte er öffentlich die Christdemokraten, sie seien schuld an der Krise und unfähig, zu vermeiden, „eines Tages zu einem historischen Kompromiß gezwungen" zu sein.

Der „historische Kompromiß" der italienischen Revisionisten

Der „historische Kompromiß" ist die Bezeichnung der PCI für das angestrebte Regierungsbündnis mit den Christdemokraten. Diese Beteiligung der „Kommunisten" an der Regierung will die Finanzbourgeoisie in Europa und USA vermeiden, obwohl ihr bewußt ist, daß diese „Kommunisten" keine Kommunisten sind. Sie sind Revisionisten, die Reformen versprechen und ein anderes Ziel haben, als die proletarische Revolution zu verhindern, um selbst als neue Bourgeoisie zusammen mit Teilen der alten Bourgeoisie an die Macht zu kommen. Die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung in der Ära der sozialistischen Revolution durch Reformbetrug und Klassenversöhnung ist ihr soziales Ziel. Was das für die Arbeiterklasse und die Volksmassen bedeu-

Fortsetzung Seite 2

US- und BRD-Imperialisten wollen in Italien diktieren

Fortsetzung

tet, sieht man an der Sowjetunion, wo die Herrschaft einer neuen Bourgeoisie und die Restauration des Kapitalismus besteht.

Werden diese Revisionisten die Arbeiterbewegung in Schach halten können, wenn sie an die Regierung kommen? Sind sie nicht doch Agenten Moskaus trotz aller Betonung der Differenzen zur Sowjetunion und werden diese Revisionisten unsere Interessen an der Ausbeutung der italienischen Werktätigen garantieren? Das sind die Sorgen der internationalen imperialistischen Finanzbourgeoisie des Westens. Und die sowjetischen Sozialimperialisten hoffen zugleich, trotz aller Differenzen mit den italienischen Revisionisten Fuß zu fassen in Italien und eine Schwächung der NATO-Südflanke zu erreichen. Die Revisionisten haben ihrerseits alles getan, um die Sorgen der imperialistischen Finanzbourgeoisie Westeuropas und der USA zu zerstreuen. Sie sind bereit bei einer Beteiligung an der Regierung, das Krisenprogramm der Imperialisten zu unterstützen. „Verantwortungsbewußtsein" für die kapitalistische Wirtschaft haben sie gezeigt, indem sie niedrige Lohnabschlüsse unter der Inflationsrate gegen den Widerstand der Arbeiter durchsetzten mit Hilfe der von ihnen beherrschten Gewerkschaft CGIL.

Anbiederung der Revisionisten an den US-Imperialismus

Sie erklärten, es käme in Italien darauf an, daß „Kosten pro Produkteinheit wettbewerbsfähig mit dem Ausland" werden müßten, und daß sie dafür auch für „eine Begrenzung der Lohnerhöhungen" sorgen wollten. So der Wirtschaftssprecher der PCI, Peggio, auf einem Wirtschaftskongreß in Rom. (Frankfurter Allgemeine Zeitung 25.3.)

Zufrieden meldet das US-Magazin „Newsweek", daß das Politbüromitglied der PCI, Braga, erklärt hat, daß die PCI das Ziel verfolge, „US-Industrielle zu überzeugen, mehr in Italien zu investieren" (Newsweek 26.4.). Auch der Hauptsorge der Imperialisten von Europa und USA, eine Regierungsbeteiligung der PCI werde die NATO-Südflanke unsicher machen, traten die PCI-Revisionisten entgegen. Sie seien erstens für Verbleib in der NATO und würden zweitens nicht das Amt des Verteidigungsministers anstreben.

Mit der Staatsverschuldung wollen die Imperialisten Italien im Griff behalten

Nachdem nun Neuwahlen beschlossen sind, und eine Regierungsbeteiligung der PCI mit großer Wahrscheinlichkeit nicht ausgeschlossen werden kann, mehren sich die Stimmen der Bourgeoisie, daß man sich darauf einrichten müsse. Kissinger wurde wegen seiner offenen Einmischung in den bürgerlichen Zeitungen in den USA angegriffen, und Bundeskanzler Schmidt erklärte in einem Interview in einer amerikanischen Zeitung, eine Regierungsbeteiligung der PCI sei „keine Katastrophe". Die Imperialisten wollen die italienische Arbeiterbewegung in Fesseln legen, um ihren Zugriff auf Italien zu sichern. Für diesen Zweck können sie sicher sein, jede bürgerliche Regierung, auch unter Einschluß der Revisionisten im Griff zu haben mittels der enormen Staatsverschuldung.

Um 1,5 Milliarden Dollar mußte sich Italien bei der EG vor wenigen Tagen neu verschulden. Ein Kredit über 2 Milliarden von der Deutschen Bundesbank wird im Herbst fällig. Dafür mußte Italien 1/5 seiner Goldreserven verpfänden. Außerdem hat Italien weitere 3 Milliarden Schulden bei der EG. 1 Milliarde Dollar schuldet es einem Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank, 2,9 Milliarden Dollar dem Weltwährungsfonds. Über 7 Milliarden Dollar schulden verschiedene öffentliche Einrichtungen Italiens, die am Eurodollarmarkt, also bei internationalen Großbanken, aufgenommen worden sind (Handelsblatt 27.4.). Das internationale Finanzkapital allen voran das US- und das westdeutsche Finanzkapital wollen in Italien Schluß machen mit den Arbeiterstreiks, die Löhne senken, damit es zu investieren lohnt und eine gewaltige Steigerung der Ausplünderung durch den Staat durchsetzen, damit die fetten Zinsen für die Kredite reinkommen. Die Revisionisten und die Sozialisten haben sich angeboten, ein solches „Notprogramm" zu unterstützen.

Die Arbeiterbewegung haben die Imperialisten freilich damit nicht im Griff. Noch während das Parlament über seine Auflösung verhandelte, streikten am letzten Freitag 1,3 Millionen Metallarbeiter für einen neuen Tarifvertrag. Dabei besetzten sie die Fabriken und führten in den Werkhallen Versammlungen durch. Doch ohne Bruch mit den Revisionisten wird die in Tausenden von Kampfaktionen erstarkte italienische Arbeiterbewegung nicht vorankommen können, die kapitalistische Ausbeuterherrschaft zu zerschlagen und die Imperialisten aus dem Land zu werfen. Dabei haben sie die Solidarität der internationalen Arbeiterbewegung.

Beteiligung an den Kundgebungen und Demonstrationen zum 1. Mai

Ort	DGB	KBW
Hamburg	25 000	800
Köln	6 000	2 000
Frankfurt	12 000	1 000
München	25 000	200
Westberlin	25 000	1 500
Kiel	900	450
Oldenburg	1 500	80
Osnabrück	600	400
Bremen	8 000	1 200
Hannover	6 000	160
Braunschweig	3 000	300
Göttingen	4 500	1 500
Aachen	7 000	150
Bonn	1 500	150
Essen	2 000	50
Bochum	2 500	120
Münster	1 200	320
Dortmund	2 500	90
Düsseldorf	1 000	20
Wiesbaden	2 000	200
Kassel	1 500	250
Gießen	600	140
Ludwigshafen	300	50
Saarbrücken	350	25
Darmstadt	1 500	250
Koblenz	400	20
Stuttgart	5 000	130
Mannheim	1 500	300
Heidelberg	600	1 500
Freiburg	150	1 000
Tübingen	600	63
Ravensburg	225	68
Nürnberg	2 000	23

Insgesamt beteiligten sich an den Maikundgebungen und Demonstrationen an den Orten, von denen wir Meldungen erhalten haben, 213000 an den DGB-Kundgebungen und 17800 an den Kundgebungen und Demonstrationen des KBW.

Asyl für türkische Revolutionäre!

Am 21.4. fand in Zirndorf bei Nürnberg im Bundesamt für Asylangelegenheiten eine Verhandlung gegen die vier türkischen Revolutionäre statt, die Antrag auf politisches Asyl in der Bundesrepublik gestellt hatten. Die türkischen Revolutionäre waren in Köln wegen „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" zu Haftstrafen bis zu zwei Jahren verurteilt worden und sollten jetzt in die Türkei abgeschoben werden, wo ihnen in den Gefängnissen der türkischen Imperialistenknechte der Tod droht. Den kriminellen Charakter sah der verurteilende Richter de Somoskeoy in Köln dadurch erwiesen, daß die vier Revolutionäre seine Verhandlungsführung und die Komplizenschaft westdeutscher Stellen mit dem türkischen Geheimdienst angeprangert hatten. Das war „systematische Beleidigung und Beschimpfung" der BRD. Den Charakter einer Vereinigung begründete er damit, daß die vier sich „auf dem Marxismus-Leninismus maoistischer Prägung" beriefen. Das aber sei im wesentlichen Organisationstheorie. – In Nürnberg veranstalteten türkische Freunde mit Unterstützung der Gruppe Roter Morgen, der Gruppe Rote Fahne und der Ortsgruppe des KBW eine Solidaritätsveranstaltung und führten am 28. April eine Solidaritätskundgebung vor den Toren des „Ausländerauffanglagers" durch. Die Verhandlung wurde ausgesetzt bis zum Vorliegen der schriftlichen Fassung des Kölner Urteils. (Nach einem Bericht der Ortsgruppe Nürnberg)

Offizierssiedlungen

Für das Offiziers- und Unteroffizierskorps der Bundeswehr werden in den einzelnen Standorten 166000 Wohnungen unterhalten. Ein Großteil der Berufs- und Zeitsoldaten wird so in besonderen Wohnvierteln von der Bevölkerung isoliert gehalten, was eine Voraussetzung dafür ist, sie jederzeit gegen das Volk einsetzen zu können. (Bundestagsdrucksache 7/5070)

Steuerlasten

Nach Angaben des CDU-Steuerexperten Häfele ist durch die Steuerreform 1975 die Lohnsteuerquote um 0,35 % gefallen, von 15,81 % (1974) auf 15,46 % des Lohns. 1976 wird sie vermutlich um 0,64 % auf 16,1 % zunehmen, mit weiter steigender Tendenz. – Die ab 1.1.77 vorgesehene Erhöhung der Mehrwertsteuer würde für die lohnabhängigen Massen zu einer Preiserhöhung von 2 % führen und sich mit der Inflation noch stärker auswirken. Der Kapitalist dagegen muß keineswegs mehr Mehwertsteuer entrichten für das, was er für seine Firma kauft. Für dasselbe Auto, wofür ein Arbeiter z.B. 7770 DM bezahlen müßte, muß der Kapitalist oder z.B. ein Rechtsanwalt nur 7000 DM bezahlen, weil er die Mehrwertsteuer von 770 DM wieder vom Finanzamt bekommt. Und das ist noch die geringste Ersparnis. Denn der Rechtsanwalt, der sich z.B. für 25000 DM als Drittwagen einen Porsche über sein Geschäft kauft, kann dafür über fünf Jahre jedes Jahr 5000 DM als Abschreibung von seinem Einkommen, das er versteuern muß, abziehen. Für diese 5000 DM muß er keine Einkommensteuer bezahlen. Bei einem Steuersatz von 50 % spart er so in fünf Jahren 12500 DM Steuer. Tatsächlich hat ihn das Auto also nur die Hälfte gekostet. Und natürlich kann er sein Benzin usw. auf die gleiche Weise von der Steuer absetzen. Der Arbeiter, der sich solche Wagen sowieso nicht leisten kann, hat solche Möglichkeiten für Volkswagen natürlich nicht.

Bundeshaushalt 1976 vor der Verabschiedung

Die Ausbeuterwirtschaft ist angewiesen auf verschärfte Steuerausplünderung und staatliche Unterdrückung

Der Bundeshaushalt 1976 steht zur dritten Lesung und damit zur Verabschiedung an. Im Herbst 1975 war er durch das Haushaltsstrukturgesetz den Forderungen des Finanzkapitals in der Krise angepaßt worden. Den Volksmassen wurden zusätzliche Belastungen und Kürzungen von Rechten auferlegt, die nach dem Finanzplan der Regierung allein im Jahr 1976 13 Milliarden umfassen sollten. Von Erhöhungen der Gebühren für die Arbeitslosenversicherung über höhere Branntwein- und Tabaksteuer, Beschneidung von Lohnbestandteilen im öffentlichen Dienst, Belastungen für die Bauern, Stipendienkürzungen für die Studenten bis zur Einschränkung von Kuren für die Opfer der imperialistischen Kriege der deutschen Bourgeoisie. Diese im Herbst beschlossenen Belastungen sind seitdem noch einmal gesteigert worden.

Der Bundeshaushalt ist um weitere 4 Milliarden DM auf ein Gesamtvolumen von 164,1 Mrd. DM gekürzt worden – laut Auskunft des Bundesfinanzministers Apel, weil „insbesondere die Ansätze zur Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung" gekürzt werden konnten (Bulletin der Bundesregierung Nr. 43/1976). Nun ist aber die Zahl der Arbeitslosen bisher kaum zurückgegangen und wird auch im Verlauf des ganzen Jahres 1976 weiterhin hoch sein. Zurückgegangen ist die Höhe der durchschnittlichen Zahlung an Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Sie lag im Januar 1976 mit 686 DM pro Kopf unter dem Januar 1975 mit 692 DM, wobei der Inflationsverlust von etwa 42 DM pro Kopf nicht mitgerechnet ist. Daher stammen mindestens 600 Millionen zusätzliche Beträge in Apels Kasse.

Schmidt und Apel lassen keine Gelegenheit aus, die Haushaltführung der Bundesregierung mit den Erfordernissen der Konjunkturpolitik zu begründen. Die kapitalistische Profitwirtschaft in Westdeutschland ist in ihre tiefste Krise seit Ende des Zweiten Weltkrieges geraten. Bis heute liegt eine ungeheure Masse an Kapital brach oder ist durch Pleiten ganz vernichtet worden. Dieses Kapital liegt brach, nicht weil Fabriken und Maschinen zur Produktion nicht mehr geeignet wären und es an Arbeitskräften mangelte, sondern weil die Rate des Profits zu niedrig geworden ist. Die westdeutsche Arbeiterklasse hat eine so ungeheure Masse an Kapital geschaffen, daß die Kapitalistenklasse, in deren Händen dieses Kapital konzentriert ist, trotz aller gesteigerten Ausbeutung und daraus gezogener absoluter Steigerung des Profits nur eine sinkende Profit**rate** auf die ganze riesige Kapitalmasse erzielen kann. Die Ausbeutung muß also weiter gesteigert und Kapital muß vernichtet werden, damit die Profitrate für das verbleibende Kapital wiederum steigt. Die großen Kapitalzusammenballungen suchen ihr Heil im Ausland: Sie exportieren Kapital in Länder, wo die Profitrate höher liegt als in Westdeutschland. Die Haushaltspolitik der Bundesregierung fördert diese Auswege des imperialistischen Kapitals aus der Krise nach Kräften.

Die Regierung subventioniert den Export von Kapital ins Ausland. Sie übernimmt Garantien für 72 Milliarden DM, ein Fünftel mehr als im Vorjahr, für westdeutsche Auslandsgeschäfte. Und sie treibt den Ausbau der Bundeswehr voran, vor allem ein Umrüstungs- und Modernisierungsprogramm mit Flottenrüstung, um den Auslandsgeschäften „den erforderlichen Rückhalt" zu geben.

Was die Anlage im Inland angeht, lobt Apel die Bundesregierung dafür, 1975 das Kapital mit zusätzlichen 30 Milliarden DM subventioniert zu haben. Das geschah zum einen durch sogenannte Investitionsförderungsprogramme, für die insgesamt 15 Milliarden DM direkt an die Kapitalisten gingen. Für die Kapitalisten hat das den Effekt, daß ihre Aufwendungen für Ersatz an Maschinerie und Gebäuden gesenkt werden, während der Wirkungsgrad der Arbeit erhöht wurde. Die Profitrate wird dadurch angehoben, denn für den einzelnen Kapitalisten ist diese Subventionierung durch die Regierung gerade so, als stecke in einem Teil der Maschinerie, die er kauft, keinerlei Wert, denn er muß dafür den Preis nicht zahlen, sondern kann sie nutzen wie eine Naturkraft, die ihm kostenlos zur Verfügung steht.

Das Ifo-Institut berichtet, daß diese Zahlungen zur Verbilligung des konstanten Kapitals vor allem den „großen Unternehmen" zugute gekommen seien, die „stärker von den Investitionszulagen profitiert" hätten. Das Investitionsförderungsprogramm hat also konzentrationsfördernd gewirkt, und das heißt gleichzeitig, es hat zur Vernichtung kleinerer und mittlerer Kapitalien beigetragen.

Neben den Aufwendungen für konstantes Kapital, also für Maschinen, Gebäude, Rohstoffe müssen die Kapitalisten Kapital aufwenden für den Kauf von Arbeitskräften, variables Kapital, ausgezahlt als Lohn. Auch die Aufwendungen der Kapitalisten für variables Kapital hat die Bundesregierung gesenkt. In ihrem Finanzplan spricht sie von 9,5 Mrd. DM, die 1975 durch Steuer- und Kindergeldreform zusätzlich „in die Taschen der Bürger" geflossen seien. Während der Tarifverhandlungen 1975 ist auf dieser Steuer- und Kindergeldreform ständig herumgeritten worden. Sie war eine direkte Voraussetzung für niedrige Lohnabschlüsse. Und auch mit den vom Finanzplan angeführten zusätzlichen 8 Mrd. DM zusätzlichen Zahlungen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit wurden keineswegs die Arbeitslosengelder finanziert, sondern direkte Zahlungen an die Kapitalisten geleistet für Übernahme von Arbeitskräften. Auch damit sind den Kapitalisten die Aufwendungen für variables Kapital subventioniert worden.

Inzwischen ist der Lohn unter Mitwirkung der Bundesregierung gesenkt, aber die Steuern auf den Lohn steigen drastischer denn je. Die Kapitalisten zahlen weniger Steuern und sollen ab 1.1.77 durch eine Senkung der Körperschaftssteuer weiter entlastet werden.

Die Haushaltspolitik der Bundesregierung ist direkt darauf gerichtet, dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken, und das heißt schließlich immer, über den Staat, seine Steuern und Gebühren die Lohnabhängigen und Kleineigentümer wie die Bauern einen Teil der Kapitalaufwendungen aus dem Lohn bzw. aus dem auf eigene Arbeit begründeten Einkommen zahlen zu lassen.

Steuern und Gebühren sind Zwangsabgaben. Sie werden nicht geregelt durch die ökonomischen Beziehungen der Klassen über den Markt wie etwa der Lohn, sondern werden eingetrieben durch staatliche Gewalt. Der bürgerliche Staat ergänzt so die Ausbeutung des Lohnarbeiters durch das Kapital durch eine immer massiver betriebene Ausplünderung der Volksmassen zur Förderung des Monopolkapitals. Der polizeimäßig unterdrückerische Charakter des Staates als Organ der Diktatur der Kapitalistenklasse über die Volksmassen wird fühlbarer.

Der Finanzminister Apel hat die Pläne der Bundesregierung zur Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1.1.77 damit begründet, daß sie nur „die Besteuerung des Verbrauchs (treffe), also nicht zu zusätzlichen steuerlichen Belastungen im Unternehmensbereich (führe)" (Finanzplan des Bundes). Als Verbrauchssteuer aber verteile sie sich „breiter auf alle Bürger. Auch die Rentner zahlen einen kleinen bescheidenen Beitrag" (Bulletin der Bundesregierung Nr. 43).

Das Kapital wird von den Kosten für seinen Staat entlastet, das ganze Volk soll zahlen, damit dem Kapital die Ausbeutung der Arbeiterklasse subventioniert werden kann! Was Wunder, daß dazu vermehrte Aufwendungen für Polizei und Justiz, die direkten Organe der Klassenunterdrückung, notwendig sind: „Die Organe der Rechtsprechung und der Inneren Sicherheit" sind von den Stellenkürzungen im Bundeshaushalt 1976 durch das Haushaltgesetz 1976 ausdrücklich ausgeschlossen. – (wm)

Westdeutscher Imperialismus verlangt stärkere Stellung in der UNO

Der westdeutsche Imperialismus, demnächst im Sicherheitsrat der UNO vertreten, ist unzufrieden mit seiner Stellung in den internationalen Organisationen. Der Bundestag ließ sich vortragen, daß Westdeutschland 7,1 % des Finanzbeitrages der UNO zu zahlen hat, aber nur 1,8 % der Beamten in höheren Positionen stellt. Die Bundesrepublik ist erst seit 1973 Mitglied der UNO, nachdem sie vorher sich geweigert hatte, einer Aufnahme auch der DDR in die UNO zuzustimmen und ihr Alleinvertretungsrecht für beide Staaten behauptet hatte. (Bundestagsdrucksache 7/4977)

Verstärktes Drängen des westdeutschen Imperialismus in asiatische Länder der Dritten Welt

Die Bundesrepublik erhöht ihren Anteil am Stammkapital der Asiatischen Entwicklungsbank von bisher 3,7 % auf rund 5 %. 71,3 Millionen DM an Einzahlungen und 152 Millionen DM an Haftungsgarantie ist es den westdeutschen Imperialisten wert, „Verbesserung des Stimmrechts, Sicherung einer ständigen Repräsentanz im Direktorium" zu erreichen und den „bisherigen relativ niedrigen deutschen Kapitalanteil in ein angemessenes Verhältnis zu den Kapitalanteilen anderer wichtiger Mitgliedsländer zu bringen". Die Asiatische Entwicklungsbank finanziert Entwicklungsprojekte, an denen die imperialistischen Mächte als Kreditgeber, Lieferanten und durch Beteiligung profitieren wollen. (Bundestagsdrucksache 7/5000)

Geschäftsrisiko der US-Banken größer

Die US-Großbanken haben ihre Geschäftsberichte vorgelegt. Fast alle beklagen sie, daß sie seit 1974 erstmals Auslandskredite abschreiben mußten. Die J.. Morgan & Co. Inc. z.B. in Höhe von 2,5 Millionen Dollar 1974 und 6,3 Millionen Dollar 1975. Auf dem Höhepunkt seiner Macht, bevor der US-Imperialismus schwere Niederlagen durch den Befreiungskampf der Völker hinnehmen mußte, wäre das den US-Banken nicht vorgekommen. Flotte und Marineinfanterie lagen jederzeit bereit, um sich an säumigen Schuldnern schadlos zu halten. Bis heute liegen freilich die durchschnittlichen Zinseinnahmen der US-Banken aus Auslandskrediten immer noch ein ganzes Prozent höher als für Inlandskredite. – (Handelsblatt, 4.5.76)

1. Mai 1976

An Sensationen, wie sie die bürgerliche Presse schätzt, wenn sie vom Wesentlichen ablenken will, war der 1. Mai 1976 nicht reich. Das mag der Grund sein, warum sich die Bourgeoisie in ihren dienstags wieder erschienenen Tageszeitungen über den Verlauf des 1. Mai in diesem Jahr ausschweigt wie in keinem Jahr zuvor. So weit wir wissen, haben sich rund 200000 Arbeiter an Demonstrationen und Kundgebungen des DGB beteiligt. In Westdeutschland gibt es über 20 Millionen Arbeiter und Angestellte. Profitbourgeois und Bourgeoisideologe fühlen sich beruhigt.

Fühlt sich die Bourgeoisie beruhigt, drückt das gewöhnlich ein Elend der Arbeiterbewegung aus. Die Arbeiter jedoch, die an den Maiaktionen teilnahmen, hatten keinerlei Grund zum Katzenjammer. Bis auf die kleine Handvoll ausgepichter Reformisten und Revisionisten.

Daß es überhaupt zu Maidemonstrationen und Kundgebungen kam – und wo es energisch angepackt wurde, konnte das erreicht werden – drückt überall einen Sieg der Arbeiterbewegung über die Spaltung durch Reformisten und Revisionisten aus. Man könnte ein *Buch* über die Tricks, Beschlußfälschungen, Absagen schreiben, die von bürgerlichen Politikern eingeleitet wurden, um ein einheitliches und geschlossenes Auftreten der Arbeiterklasse für ihre Interessen zu unterbinden. Die Zweihunderttausend, die demonstrierten, wußten, was sie erreicht hatten und hatten es schwer erkämpft.

Gerade zum 1. Mai konnten die Druckarbeiter den Streik erzwingen. Dies erfüllte alle Arbeiter mit einer tiefen Genugtuung. Auf der Maidemonstration in Westberlin konnten in kurzer Zeit mehrere Tausend Mark zur Unterstützung dieses Streiks gesammelt werden. Die Solidarität war so stark, weil die ganze Arbeiterklasse in den Lohnbewegungen sich gegen die Fesseln, die Reformismus und Revisionismus ihrer Kampfkraft anlegen, geworfen hat und ausgezeichnet verstand, daß die Drucker der Solidarität aller Arbeiter bedürfen, damit sie nicht nur dem Druck der Kapitalisten standhalten, sondern vor allem auch die Spaltungsmanöver der Sozialdemokraten, die die IG Druck und Papier wie die anderen Gewerkschaften beherrschen, aushalten. Jetzt ist der Streik der Drucker ausgesetzt. Die Sozialdemokraten arbeiten fieberhaft daran, den Kampf abzustumpfen. An dem Fortschritt, der erreicht war allein durch die Tatsache, daß die Drucker die richtige Forderung von 9%, mindestens 140 DM durchgesetzt und den Streik erzwungen haben, vermag das nichts zu ändern.

Die praktische Entwicklung der Klassenkämpfe hat das letzte Jahr zu einem gewaltigen Verschleiß der sozialdemokratischen Ideologie von der Klassenversöhnung und ihres revisionistischen Stiefbruders geführt.

Die ganzen letzten Jahre konnten sich die sozialdemokratischen Redner auf den Pulten noch auf eine schmale Minderheit in den Demonstrationen und Kundgebungen beziehen. Für ihre Predigt der Klassenversöhnung fanden sie in den Aktionen eine gewisse, wenn auch schmale Basis. Dieses Jahr waren in vielen Städten die Forderungen nach Mitbestimmung ganz verschwunden. Und wenn gelegentlich einige amtlich zugelassene Pappendeckel mitgeführt wurden, es fand sich kaum jemand bereit, diesen Losungen etwa durch Rufen Nachdruck zu verleihen.

Die Klassengegensätze haben sich nicht nur objektiv verschärft. Dazu brauchte man nicht den 1. Mai als Beweismittel. Die ideologische Klärung der Ziele der Arbeiterklasse hat sich in der Arbeiterbewegung *sprunghaft* fortentwickelt. In Westberlin mußte sich der Bürgermeister Schütz, der eingeladen worden war vom DGB, vor den gewerkschaftlich organisierten Massen hinter hohen Betonmauern und eisernen Schiebetüren verschanzen. Der EG-Kommissar Ortoli, der eigentlich zu den Westberliner Arbeitern sprechen sollte, mußte ausgeladen werden.

Das drückt bildlich den Einfluß dieser Leute auf den Vortrupp der Arbeiterbewegung aus, denn dieser war es, der auf der Straße war. Die Sozialdemokraten in der Regierung, die verbissen versuchen, die westdeutsche Arbeiterklasse für die imperialistische Strategie zu interessieren, zusammen mit den jeweiligen Kapitalisten an der Niederringung von Konkurrenten auf dem Weltmarkt und in Gemeinschaft mit der imperialistischen Staatsmacht an der Errichtung einer europäischen Ordnungmacht teilzunehmen, haben in dieser Hinsicht keinen Fuß auf den Boden gebracht.

Die Vertrauensleute der Uni-Kliniken Göttingen haben zum 1. Mai einen Beschluß gefaßt, in dem sie feststellen, daß der 1. Mai der Tag sein muß, an dem die Arbeiter sich verständigen, wie sie zu einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung gelangen können. Göttingen ist eine kleine Stadt. Die Uni-Kliniken sind kein industrieller Betrieb. Vielleicht zeigt dieser Beschluß gerad deswegen vortrefflich, wohin die politische Entwicklung der Arbeiterbewegung drängt. So erstaunt es nicht, daß sich auf den Maiaktionen jene Forderungen durchsetzen konnten, die einen Schritt hin zu einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung bedeuten. Die imperialistische Ideologie von Konkurrenz zwischen den Arbeitern und Kampf zwischen den Nationen hat nicht verfangen, die Solidarität mit dem Kampf der Völker gegen den Imperialismus hat sich als standfest erwiesen. Die Bourgeoisie sieht keine Sensation. Wir sagen, wer genau hinschaut, sieht eine Umwälzung, und was hervortritt, sind die revolutionären Interessen der Arbeiterbewegung. Das ist keine Sensation. Das ist eine historische Gesetzmäßigkeit.



Jede Parole, jedes Transparent auf den gewerkschaftlichen Maikundgebungen war eine Ohrfeige für die reformistischen Gewerkschaftsführer und sozialdemokratischen Spitzenpolitiker, die die Rednertribünen und Mikrofone beherrschten, aber nicht die Versammlungsplätze, auf denen ihnen die Arbeiterforderungen und die roten Fahnen der proletarischen Revolution entgegengehalten wurden. (Göttingen)



Auf allen Maidemonstrationen bildeten die streikenden Drucker einen starken und kämpferischen Block, wie hier in Hamburg. Die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen die gestiegene Ausbeutung gegen die Kapitalistenklasse kommt in den Arbeiterforderungen zum Ausdruck. Im Kampf gegen die Herabdrückung von Teilen der Arbeiterklasse ins absolute Elend wird die Einheit und Kampfkraft der Arbeiterklasse verteidigt.



Im Kampf um Demokratie führt die Arbeiterklasse die Volksmassen gegen den kapitalistischen Unterdrückerstaat.





Proletarischer Internationalismus, Solidarität mit den unterdrückten Völkern sind die Hauptlosungen der internationalen Arbeiterbewegung. Die proletarische Jugend läßt sich nicht vor den Kriegswagen des Imperialismus spannen, sondern setzt in der Armee den Kampf um Rechte fort, um das Machtinstrument der imperialistischen Bourgeoisie zu zersetzen. (Wiesbaden)

Bild links unten

Während die sozialdemokratischen Regierungspolitiker der Bourgeoisie die DGB Maikundgebungen nutzen wollten, um an die Arbeiter zu appellieren, sich den Interessen des imperialistischen Finanzkapitals zu unterwerfen, schickten sie ihre Polizei, um zu provozieren und die Kommunisten von den Massen zu trennen. Damit scheiterten sie aber kläglich wie hier in Hamburg. Siehe auch Bericht über Westberlin auf Seite 15.

Gegen Lohnraub, Rationalisierungen, Stillegungen: Die Druckarbeiter kämpfen

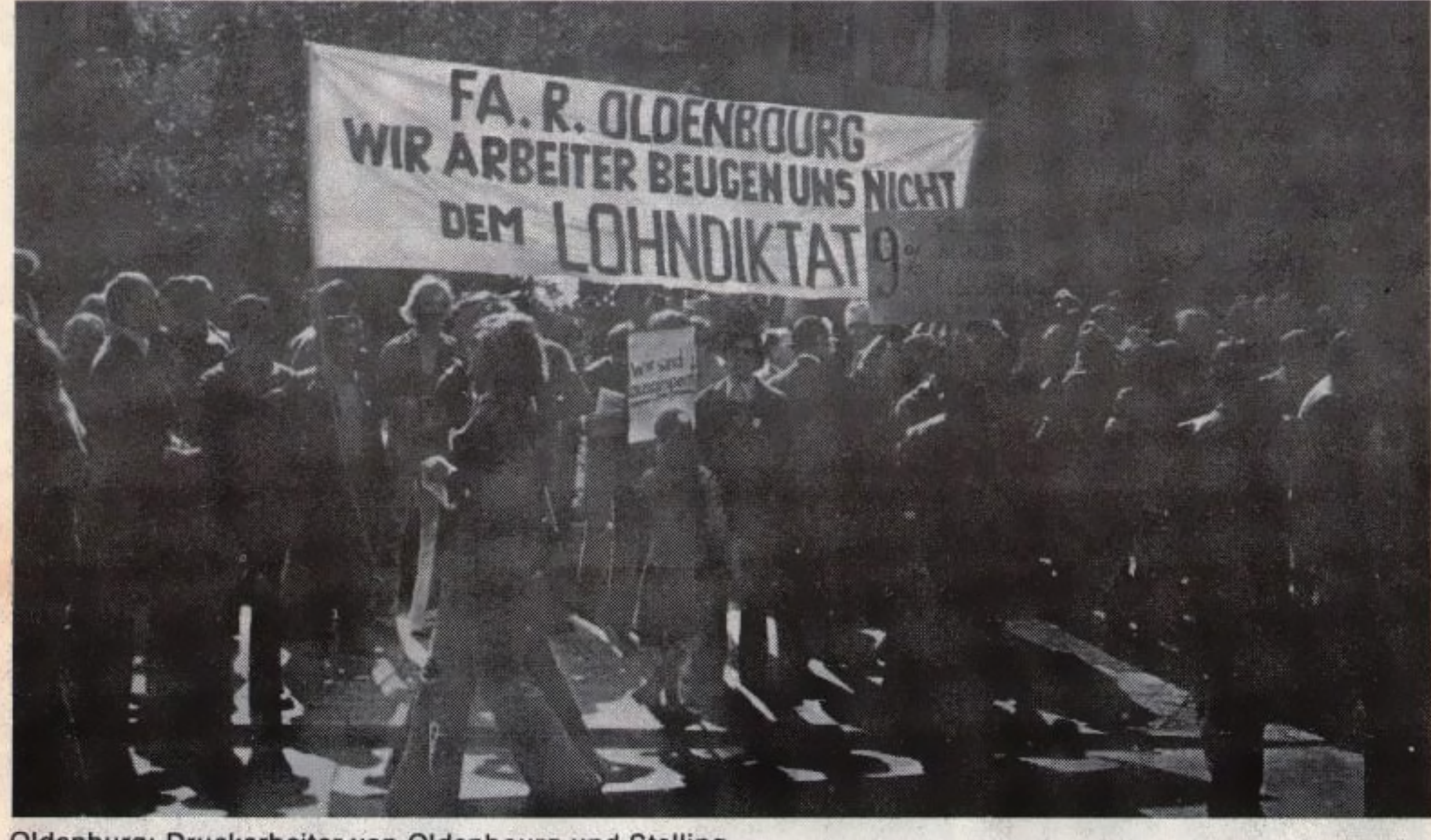
9 Prozent, mindestens aber 140 DM

Zur gegenwärtigen Stunde wird in Mainz zwischen dem Bundesverband Druck und der IG Druck und Papier über den neuen Lohntarif verhandelt. Was dabei herausgekommen ist, ist bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt. Sonntag, den 2. Mai, mußten die Druckkapitalisten die Aussperrung zurücknehmen. Nach Aussetzung des Streiks durch die zentrale Streikleitung der IG Druck atmen sie auf. Mack erklärt, daß die Kapitalisten kein neues Angebot vorlegen werden. Die Aussetzung des Streiks durch die zentrale Streikleitung war für den Kampf der Druckarbeiter für die Forderung von 9 Prozent, mindestens 140 DM ein Schlag. Heute, Dienstag, treffen bei der Tarifkommission zahlreiche Telegramme aus den Betrieben ein, die Fortsetzung des Streiks während der Verhandlungen fordern.

Die Tarifauseinandersetzung wurde von den Druckern früh angepackt. Es hat ab Ende 1975 und Anfang 1976 eine starke Bewegung für eine Festgeldforderung zwischen 135 und 160 DM gegeben, um den Druckkapitalisten einheitlich und geschlossen entgegentreten zu können.

Starke Bewegung für Festgeldforderung

Der Gewerkschaftsvorsitzende Mahlein hat in dieser Situation erklärt, daß kein Abschluß unter 10 Prozent herauskommen dürfe. Durch dies Versprechen und die Höhe sollte die Bewegung eingeschläfert und durch die Prozente die Herstellung der Einheit verhindert werden. Aber nur in seltenen Fällen wird eine Prozentforderung verabschiedet.



Oldenburg: Druckarbeiter von Oldenbourg und Stalling

Oldenburg: Druckarbeiter von Oldenbourg und Stalling

Am 3. Februar beschließt die Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz Westberlin 150 DM, nachdem dies auf zahlreichen Bezirksversammlungen vorher gefordert worden war.

Am 7. Februar geht Mahlein selber nach Mannheim auf die Bezirksmitgliederversammlung Rhein/Neckar. Dort kämpft er gegen die Festgeldforderung und versucht die Maschinensetzer und Korrektoren gegen die anderen Arbeiter auszuspielen. Das gelingt nicht, mehrheitlich werden 150 DM beschlossen.

Zum 31. Januar wird in der Papierverarbeitenden der Tarif gekündigt. Am 14. Januar fand die erste Verhandlung statt. Die Kapitalisten machen gleich gar kein Angebot. Für 1976 erwarten sie eine Umsatzsteigerung um 50 Prozent. In der papierverarbeitenden Industrie sind 18 000 Lohnabhängige beschäftigt. Allein von Januar 1974 bis Juni 1975 haben die Kapitalisten 14 500 Arbeitsplätze wegrationalisiert. Ein Großteil der Belegschaften in dieser Branche hat Löhne ganz am Rande des Existenzminimums. Die IG Druck fordert 8 Prozent. Getrennt von den Druckarbeitern und zeitlich getrennt von deren Tarifrunde sollen die Arbeiter stillhalten, ein Lohnraubabschluß zustandekommen und die Bewegung in der Druckindustrie entmutigt werden.

Die Druckkapitalisten behaupten, die Druckbranche sei ein „schrumpfender Wirtschaftszweig". Tatsächlich werden kleine und mittlere Kapitalisten in der Konkurrenz vernichtet, kämpfen einige Monopole um die Beherrschung des Marktes. Deshalb sollen die Arbeiter stillhalten. Das tun sie nicht. In der IG Druck setzt sich die Bewegung für Festgeld fort. Der Hauptvorstand schweigt sich aus. Am 25. Februar ist Tarifkommissionssitzung. Vor der Sitzung erklären die Druckkapitalisten übermütig, daß am besten überhaupt keine Lohnänderung stattfinde.

Die Tarifkommission stemmt sich gegen die Bewegung für Festgeld, muß aber nachgeben. Sie beschließt 9 Prozent, für die unteren Lohngruppen aber einen Markbetrag entsprechend dem Prozentabschluß. Im Zentralorgan schreibt Detlef Hensche: Diese Forderung sei „nahezu einstimmig beschlossen" worden. Auf der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Oldenburg kommt auf, daß in der Tarifkommission 5 Mitglieder für eine Festgeldforderung stimmten, 13 für eine Prozentforderung und 23 sich enthalten hatten.

Der Bundesverband Druck erklärt, die Forderung sei „wirklichkeitsfremd". Die Wirklichkeit ist, daß binnen sechs Jahren 30 000 Druckarbeiter auf die Straße gesetzt worden sind. Der Umsatz der Druckindustrie ist von 1970 bis 1975 von 9,6 Milliarden DM auf 13,3 Milliarden DM gesteigert worden. Die bürgerliche Presse erklärt den Beschluß zum lohnpolitischen Trauerspiel, er stelle die Regierungsprojektion in Frage.

5. März: In Hamburg demonstrieren 600 Druckarbeiter gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit, 9 Prozent, mindestens 140 DM werden gefordert. In den Betrieben wird von Belegschaften gegen Unterbesetzung der Maschinen gekämpft und Erfolge errungen. In der Papierverarbeitung machen die Kapitalisten kein Angebot. Die Belegschaft von Emil Adolf in Reutlingen streikt am 4. März. Am 9. März machen die Kapitalisten ein 4-Prozent-Angebot. In Ulm streiken 80 Arbeiter gegen dieses Angebot für eine halbe Stunde.

Die Kapitalisten trumpfen auf

Am 10. März fragt der Bundesverband Druck im „Handelsblatt" höhnisch: „Man muß fragen, was ist eigentlich Reallohnsicherung?" Die Kapitalisten wissen, daß zum Lohnraub die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat hinzukommt, und empfehlen, die Arbeiter sollten sich das Rauchen und Trinken abgewöhnen: „Die Erhöhung der Branntwein- und Tabaksteuer sollte besser unerwähnt bleiben, da man sich diesen Auswirkungen relativ einfach entziehen kann." Die Kapitalisten, die von der Arbeit der Arbeiterklasse in Luxus schwelgen, haben 1975 den Kaviarverbrauch und den Sektgenuß in Rekordhöhe getrieben.

Am 11. März richten die Druckkapitalisten ihre Reihen aus. „Unsere Mitgliedsfirmen weisen wir darauf hin, daß ab der Kündigung des Lohnabkommens die Satzungsbestimmungen zur Solidarität der Unternehmer eingreifen. Bis zum Abschluß eines neuen Lohnabkommens dürfen keine betrieblichen Lohnerhöhungen oder Verbesserungen der Arbeitsbedingungen vorgenommen werden, die einer Lohnerhöhung gleichzusetzen sind." (Landesverband Bayern)

Im öffentlichen Dienst macht Maihofer sein 3,8-Prozent-Angebot und bekommt die Quittung. In Kiel und Frankfurt demonstrieren die Postarbeiter und -angestellten gegen dieses Angebot. In der Chemieindustrie gibt es eine Bewegung für eine Festgeldforderung. Bei Metall wird in der Bearbeitung bei 5,4 Prozent abgeschlossen. Die Metallkapitalisten müssen auf jede Maßregelung verzichten und für die ersten drei Monate 110 DM zugestehen.

Am 23. März findet in Düsseldorf zwischen Bundesverband Druck und IG Druck die erste Verhandlung statt. Die Kapitalisten machen kein Angebot. Die IG Druck macht den Vorschlag, am 31. März und 1. April die Verhandlungen fortzusetzen. „Vorsorglich soll der unparteiische Vorsitzende des Schiedsgerichts zur eventuellen Einleitung des Schlichtungsverfahrens in Bereitschaft stehen." (Druck und Papier Nr. 7/1976)

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" behauptet, daß in der Druckbranche geringe Neigung zu wilden Streiks bestehe. In den Betrieben laufen aber schon Unterschriftensammlungen für die 9 Prozent, 140 Mark; Telegramme werden beschlossen.

Am 31. März und 1. April wird in Frankfurt erneut verhandelt. In Hessen, Bayern und Baden-Württemberg wird gestreikt. Die Kapitalisten bieten 4,7 Prozent an. Sie glauben, daß durch die Abschlüsse in der Metallindustrie die Kampffront der Arbeiter durchbrochen ist. Das trifft weder für die Metallindustrie zu noch für Druck. Der beigebrachte Schlichter geht auf 5,4 Prozent, die Vertreter der IG Druck müssen ablehnen. Auf der Bezirksversammlung in Kassel berichtet ein Tarifkommissionsmitglied, der „Eindruck der Aktionen" habe beträchtlich zur Ablehnung beigetragen. Nachdem das Schlichtungsergebnis bekannt wird, wird zur Bekräftigung der Ablehnung nochmals gestreikt. Die „Stuttgarter Zeitung" muß aufgrund des Streiks 20 Seiten sparen, in Kassel kommen geplante Hetzartikel nicht in die Zeitung.

Die Tarifverhandlungen sind gescheitert. Die Geschlossenheit und Einheit der Druckarbeiter hat einen Erfolg errungen. Endlich muß die IG Druck offiziell die 140 Mark als Mindestforderung anerkennen. Im Flugblatt vom 2. April erklärt der Hauptvorstand: „9 Prozent mehr Lohn, für die unteren Lohngruppen unterhalb des Facharbeiterecklohns einheitlich 140 Mark im Monat".

Das Ostergeschäft der Kapitalisten steht bevor. Sie wollen die Friedenspflicht verlängern. Das Oberste Schiedsgericht wird von ihnen angerufen. Diese Einrichtung wurde letztmals 1958 benutzt. Damals war in der Tarifauseinandersetzung in der Großen Tarifkommission zwischen 15 und 17 Prozent Lohnerhöhung verlangt worden, beschlossen wurden 10 Prozent und in der Schlichtung 5 Prozent vereinbart. In der Urabstimmung lehnten 81 Prozent der Mitglieder das Ergebnis ab und wollten Streik. Flugs ging es dann in die zweite Schlichtung des Obersten Schiedsgerichts, und heraus kamen 6,4 Prozent. Dabei verlangten die Druckkapitalisten von der IG-Druck-Führung, daß keine erneute Urabstimmung stattfinden dürfe. Der erweiterte Vorstand stimmte dieser Erpressung zu.

Am Wochenende, den 11. April, schließt der öffentliche Dienst ab. Der Vertrauensleutekörper der Mannheimer Morgen Großdruckerei schickt an den Hauptvorstand ein Telegramm: „Kollegen entrüstet über den ÖTV-Abschluß! Solcher Abschluß wird nicht gebilligt!" Allein nach Angaben der IG Druck streiken am 12. und 13. April über 80 Belegschaften. Das Oberste Schiedsgericht tagt, die Kapitalisten bleiben bei ihren 5,4 Prozent. Die IG Druck muß das Scheitern erklären. Der Hauptvorstand ruft auf, Überstunden und Sonderschichten zu verweigern.

Kapitalisten zeigen Wirkung

Die Druckarbeiter sind nicht isoliert. Im Gegenteil, sie werden ermutigt und haben die Solidarität der Arbeiterklasse, erste Solidaritätsadressen werden verabschiedet.

Mack vom Bundesverband Druck erklärt: Um den Arbeitsfrieden zu erhalten, sind wir an die Grenze der höchsten Abschlüsse gegangen." (Handelsblatt, 15. April) Ein Streik gefährde die Arbeitsplätze. Aussperrung als Kampfmaßnahme sei nicht ausgeschlossen.

Am 21. April ist Sitzung des Erweiterten Vorstands der IG Druck. Die Arbeiter fordern Urabstimmung für Streik und Streik. Die spontanen Aktionen werden fortgesetzt.

Mahlein hingegen am 18. April gegenüber dpa: „Die einzige Möglichkeit, um ohne Arbeitskampf noch zu einem Tarifkompromiß zu kommen, besteht darin, daß der Bundesverband Druck den Vorsitzenden des Obersten Schiedsgerichts zu einem erneuten Vermittlungsversuch anrufe." (Handelsblatt, 20. April) In der Papierverarbeitung wird mit 5,6 Prozent abgeschlossen.

Am Mittwoch, dem 21. April, beschließt der Erweiterte Hauptvorstand der IG Druck und Papier die Urabstimmung für Streik für 9 Prozent, 140 Mark mindestens. Nach dem Beschluß erklärt Mahlein der Pressekonferenz, man könne zu einem 6,5-Prozent-Abschluß kommen. Der Sozialdemokrat will die Forderung 9 Prozent / 140 DM kaputt und die Urabstimmung zu einer Farce machen. Der Deutsche Journalistenverband ruft zur Solidarität mit den Druckarbeitern auf. In den Betrieben, in der Gewerkschaft wird die Erklärung Mahleins kritisiert. Der Hauptvorstand muß fürchten, daß der Streik auch ohne ihn stattfindet. Am Freitag, dem 23. April, erklärt Mahlein: Die Forderung von 9 Prozent, 140 Mark bleibe „ohne Abstriche" bestehen.

bleibe „ohne Abstriche" bestehen.
Ziel sei nicht bloß ein Inflationsausgleich, sondern die „weitestgehende Absicherung der Reallöhne". „Nachdem die Unternehmern Hinweise auf die Möglichkeiten für neue Verhandlungen anscheinend nicht begreifen wollten und auf ihrer Machtbesessenheit beharren, kommen neue Gespräche vor der Urabstimmung auf keinen Fall in Frage." Die Deutsche Journalistenunion in der IG Druck und Papier ruft ihre Mitglieder auf, sich nicht zu Streikbrecherarbeiten einsetzen zu lassen.

Montag, den 26. April, einen Tag vor der Urabstimmung. Die Kapitalisten zeigen schon Wirkung. Mack erklärt, sie seien „unentwegt verhandlungsbereit". Das Angebot von 5,4 Prozent sei „nicht das allerletzte Wort". Die Urabstimmung erbringt: Bei einer Beteiligung von 90,8 Prozent 88,2 Prozent für Streik.

Am Mittwoch beginnt der Streik. 15 000 Druckarbeiter streiken. Die Kapitalisten sperren ab 18 Uhr in der Druckbranche aus. Donnerstag wird in Frankfurt und Darmstadt demonstriert. Auf den Mai-Kundgebungen erklärt sich die versammelte Arbeiterbewegung solidarisch mit dem Kampf der Druckarbeiter.

Auf den Streikversammlungen wird die Ausweitung des Streiks gefordert.

Die Kapitalisten können die Aussperrung nicht halten. Sie müssen die Aussperrung auf Montag 6 Uhr zurücknehmen. Der Hauptvorstand setzt darauf den Streik aus. Auf allen Versammlungen am Montag wird gegen diesen Beschluß Sturm gelaufen. Die Sozialdemokraten behaupten, jetzt müsse unbedingte Disziplin geübt werden. Das sei im Streik das Wichtigste. Das wissen die Arbeiter. Die Disziplin untereinander haben sie durch ihre Einigung in der Urabstimmung hergestellt, für 9 Prozent, mindestens 140 Mark zu kämpfen. Die Disziplin im Kampf für diese Forderung ist hoch. Disziplinbruch hat niemand anders als die zentrale Streikleitung begangen, als sie die Aussetzung des Streiks anordnete. – (hjh)



Braunschweig. Die Forderung der Druckarbeiter auf der Mai-Demonstration stieß auf breite Solidarität

Einige Meldungen aus dem Streik der Druckarbeiter

Wuppertal. Auf der Mai-Kundgebung des DGB in Wuppertal berichtete der Sprecher der IG Druck von der breiten Solidarität, die der Streik der Drucker findet: „Springer wollte die Bild-Zeitung in Holland und in Belgien drucken lassen, die Kollegen dort weigerten sich aber, als Streikbrecher eingesetzt zu werden."

Streikleitung Frankfurter Rundschau, Neu-Isenburg: „Beschließt keine Aussetzung des Streiks, bevor neuer Lohntarif abgeschlossen ist. Wir fordern die Ausdehnung der Kampfmaßnahmen auf alle Tiefdruckbetriebe."

Streikleitung Springer Hamburg: „Wir fordern die Große Tarifkommission auf, unbedingt die nach wie vor stehende Forderung für 9 Prozent mit aller Härte zu vertreten. Außerdem fordern wir die zentrale Streikleitung auf, den Streik nicht auszusetzen, bevor die Unternehmer ein für die Verhandlungen akzeptables Angebot auf den Tisch legen."

Beschluß von 200 Kollegen und Kolleginnen auf einer **Streikversammlung am 3. Mai in Stuttgart**, einstimmig beschlossen: „Wir fordern Hauptvorstand und Tarifkommission auf, hart zu bleiben und hart zu verhandeln und unbedingt darauf zu bestehen, daß der am Ecklohn orientierte Festbetrag für alle unteren Gruppen durchgesetzt wird. Außerdem sind wir jede Stunde bereit, die Betriebe wieder zu verlassen."

Kollegen und Kolleginnen der Firma
verlassen."

Kollegen und Kolleginnen der Firma **Limbach, Braunschweig**: „Mit der Aussperrung konnte unsere Kampfbereitschaft nicht geschwächt werden. Die Fortsetzung des Streiks ist notwendig, um die Verhandlungskommission zu stärken. Kein Abbruch des Streiks!"

Westberlin. Im Druckhaus Tempelhof haben zwei Schichtversammlungen am 3. Mai Telegramme nach Stuttgart geschickt mit dem Inhalt: Die Unternehmer sind schwach. Die Bedingungen sind gut, unsere Forderung voll durchzusetzen. Wir sind streikbereit und wollen kämpfen.

München. Am 3. Mai, also nach Aussetzung des Streiks durch den IG Druck und Papier-Vorstand, haben 150 Kollegen der Maschinen- und Handsetzerei des Münchner Merkur Pressehaus, Bayerstraße, sowohl der Frühschicht als auch der Spätschicht jeweils für etwa 30 Minuten gestreikt. Sie haben eine Resolution an den Hauptvorstand und die Tarifkommission gerichtet, in der es heißt: „Wir, die Kollegen der Technik des Pressehauses Bayerstraße, sehen die Aufhebung des Streiks in den bestreikten Betrieben als falsche Antwort auf die Aufhebung der provozierenden Aussperrung an. Wir erwarten eine entsprechende Antwort unserer Organisation."

Hamburg, 29. April. Über 40 Beschäftigte im Allgemeinen Krankenhaus Bergedorf schickten ein Solidaritätsschreiben an die IG Druck und Papier. Darin heißt es: „Eure Forderung ist richtig, denn sie drückt den Kampf um das Existenzminimum aus, vor dem alle Arbeiter und Angestellten zur Zeit stehen. (...) Wenn es gelingt, in einem Bereich die von den Arbeitgebern aufgezwungenen niedrigen Abschlüsse zu durchbrechen, wird in allen Tarifbereichen der Kampf um Lohn und bessere Arbeitsbedingungen besser geführt werden können."

Solidaritätsresolutionen aus allen Einheiten aller Gewerkschaften kamen waschkorbweise beim Vorstand der IG Druck und Papier an.

Wuppertal. Als die Kommunistische Gruppe Wuppertal zum 1. Mai ein Flugblatt drucken lassen wollte, das sich gegen Imperialismus, Reaktion und Faschismus richtete und gegen das Auftreten der faschistischen NPD in Wuppertal wandte, erklärten sich die Arbeiter eines kleinen Druckbetriebes bereit, ein Flugblatt mit diesem Inhalt trotz Streik zu drucken.

Benz Mannheim – Sozialdemokratischer Betriebsratsvorsitzender fordert:

„Konkurrenzfähigkeit von Benz erhöhen"

Mannheim. Mehrere Kollegen meldeten sich auf der letzten Betriebsversammlung zu Wort und griffen die verschärfte Arbeitshetze in ihren Abteilungen, die Akkordverschärfung, die Rationalisierungsentlassungen und den wachsenden Druck auf die Belegschaft durch Geschäftsleitung und Abteilungsleiter an.

„Was dahinter steckt", so erklärte ein Kollege auf der Betriebsversammlung, „das hat das Vorstandsmitglied von Daimler-Benz, Raue, zuständig für den Nutzfahrzeugbereich, letztes Jahr am 27. Dezember im ‚Mannheimer Morgen' deutlich gesagt: daß nämlich, um die Konkurrenzfähigkeit von Daimler-Benz zu erhöhen, im Omnibusbau im Werk Mannheim Personalabbau durchgeführt werden müsse. Für uns bedeutet aber die Konkurrenzfähigkeit nur verstärkten Druck und Rationalisierung."

Der SPD-Betriebsratsvorsitzende Lucy sah sich gezwungen, darauf zu antworten, denn schließlich hatten er und seine Parteifreunde im Betriebsrat alle Rationalisierungsmaßnahmen der Benz-Kapitalisten in der letzten Zeit unterstützt, meist gegen den Widerstand der Belegschaft. „Um die Konkurrenzfähigkeit von Daimler-Benz auszubauen, dazu ist uns jedes Mittel recht, auch politische Mittel", erklärte er der Belegschaft. „Das ist doch gut für uns, wenn wir gerade im Ostblock, unserem wichtigsten Abnehmer für die Zukunft, unsere Produkte verkaufen können."

Gut für „uns"? Gut für die Benz-Kapitalisten! Das haben die Arbeiter deutlich zu spüren bekommen. In nackten Zahlen ausgedrückt liest sich das im neuen „Daimler-Benz Intern" so: „Der Umsatz des Gesamtunternehmens im In- und Ausland erhöhte sich 1975 um etwa 23 Prozent auf 20,8 Milliarden DM (im Vorjahr 16,9 Milliarden DM) ... Am Jahresende hatte die Daimler Benz AG 112534 Mitarbeiter (Ende 1974: 113290) und lag damit um 0,6 % unter dem Endstand des Vorjahres."

Für die Arbeiter im Werk Mannheim sieht das so aus:

– Im Bau 12 (Tauschmotoren) werden jetzt 10 Motoren mehr gefahren.

– Im Bau 3 am Band wurde der Akkord um 10 % verschärft.

– Im Busbau wird volles Programm gefahren mit verminderter Zahl von Arbeitern und ständig werden dort neue Zeiten genommen.

– In der Sattlerei wurde die Anzahl der Rückenlehnen pro Mann und Schicht von 12,5 auf 17 hochgedrückt.

– Wer häufig krank ist, dem wird mit Entlassung gedroht.

– In der Kleinteile-Produktion wurde durch MTM-Verfahren eine neue Arbeitsmethode eingeführt, so daß jetzt mit beiden Händen gleichzeitig gearbeitet wurd und dadurch die Stückzahl bis zu 100 % gestiegen ist.

Die Benz-Kapitalisten wollen eine regelrechte Zuchthausatmosphäre im Betrieb schaffen: Jeder soll Angst um seinen Arbeitsplatz haben und deshalb die verschärfte Arbeitshetze widerstandslos schlucken.

Die Arbeiter vom Benz sehen deutlich genug, was dabei rauskommt, wenn einem „Interessenvertreter" der Belegschaft jedes Mittel recht ist, um die Konkurrenzfähigkeit eines Kapitalisten auszubauen. Deshalb ist es Lucy auch nicht gelungen, auf der Betriebsversammlung die Arbeiter für seine Ansichten über die Konkurrenzfähigkeit der Benz-Kapitalisten zu gewinnen. Er hat vergeblich auf Beifall gewartet.

„Politische Mittel", um zum Beispiel im Handel mit den Ostblock-Staaten die Konkurrenz auszustechen, wollte er den Kollegen als „nützlich für uns" aufschwätzen

Das sichere die Arbeitsplätze hier.

Doch die Arbeiter vom Benz haben da ganz andere Erfahrungen gemacht. 300 Arbeitsplätze weniger als vor einem Jahr gibt es jetzt im Werk Mannheim.

In der Frage des Prämienlohns, den die Geschäftsleitung in den Zeitlohnabteilungen einführen will, um auch dort noch mehr Arbeitsleistung aus den Kollegen herauszupressen, hat sich der sozialdemokratische Betriebsrat zum Vorreiter der Interessen der Kapitalisten gemacht. Der Prämienlohn ist seit fünf Monaten „zur Probe" eingeführt, obwohl er auf den Abstimmungen der Abteilungsversammlungen von den Kollegen abgelehnt worden ist. Schon jetzt erreichen die Arbeiter nur 85 % der Soll-Leistung, obwohl sie mehr schaffen als früher. Es ist also jedem klar, was ihn erwartet, wenn der Prämienlohn wirklich eingeführt wird.

Um den Prämienlohn jetzt doch noch in der Belegschaft durchzusetzen, haben die Sozialdemokraten im Betriebsrat jetzt vorgeschlagen, die „Erprobung des Prämienlohns" soll um sechs Monate verlängert werden und für diese Zeit mit 120 %, unabhängig von der erbrachten Leistung, bezahlt werden.

So weit geht also ihr Interesse an der Konkurrenzfähigkeit der Benz-Kapitalisten, daß sie mit Betrugsmanövern die verschärfte Arbeitshetze durchsetzen wollen.

Daß die Politik der Sozialdemokratie in den Interessenvertretungsorganen der Arbeiter nur zum Schaden der Arbeiter ist, das sehen immer mehr Arbeiter beim Benz. „Die wollen uns mit der einen Mark mehr für den Prämienlohn nur blenden", das sagen fast alle vom Prämienlohn betroffenen Kollegen und die Front der Ablehnung steht weiterhin. – (f., Mannheim)

Fortschritte der Arbeiterbewegung

In Heidelberg hat der bürgerliche Staatsapparat die Sekretärin der Ortsleitung des KBW, die Chemielaborantin Rosenbaum, von der Wahl zum Oberbürgermeister ausgeschlossen. Die Bourgeoisie sieht durch diese Kandidatur die „freiheitlich demokratische Grundordnung" gefährdet.

Der Ausschluß von einer Wahl, wo angeblich das Volk entscheidet, fördert keineswegs das Ansehen des Parlamentarismus, sondern die „streitbare und wehrhafte Demokratie" zeigt, gegen wen sie sich wehrt und wie sie streitet, mittels Verbot und Unterdrückung. Das alles ist keineswegs angenehm für die Bourgeoisie, es zersetzt ihren ideologischen Einfluß auf die Massen. Die herrschende Klasse nimmt es in Kauf. Im Wahlkampf ihren Kandidaten einen revolutionären Vertreter der Arbeiterklasse gegenüber zu sehen, schreckt sie mehr.

Früher war Heidelberg, das Kleinod der Bourgeoisie, eine Hochburg des Faschismus, durch das Gemetzel auf dem Paukboden bekannt, nach dem Zweiten Weltkrieg eine Brutstätte der Reaktion; nicht umsonst haben die amerikanischen Besatzertruppen ihr Headquarter nach Heidelberg gelegt. Als Stadt der Arbeiterbewegung war Heidelberg nicht bekannt.

Das hat sich geändert. Der Harvester-Streik aus dem Jahre 1973 ist in der Arbeiterbewegung bekannt geworden. In allen Lohnauseinandersetzungen haben die Belegschaften der Heidelberger Betriebe eingegriffen, Festgeldforderungen und die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen sind im Zusammenhang der letzten Tarifauseinandersetzung aufgestellt worden. In die Warnstreiks haben die Belegschaften selbständig eingegriffen. Wichtige Forderungen wie die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag wurden zu den Vertrauensleutewahlen aufgestellt. Letzten Sommer gab es eine starke Massenbewegung gegen die Ausplünderung durch den bürgerlichen Staatsapparat, die von der Arbeiterklasse getragen wurde und ihren Rückhalt in den Betrieben hatte. Diese Fortschritte der Arbeiterbewegung sind die Ursache für die Verbissenheit, mit der die Bourgeoisie jedes ihrer Unterdrückungsgesetze gegen das Auftreten der Kommunisten in diesem Wahlkampf anwendet. Der Wahlakt soll durch die Wahl einzig der Kandidaten der Bourgeoisie zu einem Kniefall gemacht werden. Das hat die Arbeiterbewegung schon immer von Arbeiterbewegung verlangt, wenn die revolutionäre Arbeiterbewegung stark genug wurde, die Parlamente und die Parlamentswahlen zur Tribüne des Klassenkampfes zu benutzen. Den Kniefall wird die Bourgeoisie nicht erhalten. Die Ortsgruppe des KBW hat zum Boykott und zur Demonstration am Wahltag aufgerufen.

Vertrauensleute Teldix Heidelberg

Den 7-Stunden-Tag gefordert

so: „Der Umsatz des Gesamtunternehmens im In- und Ausland erhöhte sich 1975 um etwa 23 Prozent auf 20,8 Milliarden DM (im Vorjahr 16,9 Milliarden DM) ... Am Jahresende hatte

„Politische Mittel", um zum Beispiel im Handel mit den Ostblock-Staaten die Konkurrenz auszustechen, wollte er den Kollegen als „nützlich für uns" aufschwätzen

mit der einen Mark mehr für den Prämienlohn nur blenden", das sagen fast alle vom Prämienlohn betroffenen Kollegen und die Front der Ablehnung steht weiterhin. – (f., Mannheim)

Vertrauensleute Teldix Heidelberg

Den 7-Stunden-Tag gefordert

Heidelberg. Bei Teldix, einem Betrieb mit etwa 700 Arbeitern und Angestellten, in dem vorwiegend für die Rüstung produziert wird (Elektromechanik) wollen die Kapitalisten AEG und Bosch in den nächsten drei Jahren ihren Umsatz verdoppeln und die Profite entsprechend steigern. Dieses Ziel versuchten sie im letzten Jahr mit verschiedenen Mitteln zu erreichen. Da im Zeitlohn gearbeitet wird, konnten sie nicht einfach die Akkordschraube fester ziehen, um die Arbeit zu intensivieren. Sogenannte Blaustrichzeiten wurden eingeführt. Das sind Zeiten, die einem als Minderleistung angerechnet werden können, wenn man z.B. die Vorgabezeiten überschritten hat. Bestandteile des Lohns wurden gekürzt, indem die Kantinenzuschüsse gestrichen wurden und die Geschäftsleitung die Kantine verpachtete, was für die Arbeiter und Angestellten bedeutete: schlechteres Essen, oft lange Wartezeiten bei der Essensausgabe, Preise für Brötchen und andere Kioskartikel, die oft noch über dem Ladenpreis liegen.

Durch entschlossenen Kantinenboykott der Belegschaft wurde der Pächter gezwungen, seine Preiserhöhungen teilweise zurückzunehmen. Die Kapitalisten rechneten sich aus, daß sie ihre Gemeinkosten dadurch senken könnten, daß sie eine Urlaubsregelung erließen, die zum Betriebsurlaub hinführen soll. Dagegen gab es aus den Abteilungen Proteste, und nun wagt die Geschäftsleitung trotz der Regelung nicht, den Urlaubsplanungen der Arbeiter und Angestellten entgegenzutreten. Im März wurde die Krankenschwester eingespart. Die Kollegen sind empört, daß hier gespart wird, wo die Gesundheit und sogar das Leben der Arbeiter gefährdet wird. Die Forderung nach Wiedereinstellung der Krankenschwester wird erhoben.

Die Auseinandersetzungen, die die Arbeiter und Angestellten gegen die Maßnahmen der Kapitalisten im letzten Jahr führten, stärkten die Belegschaft für den Tarifkampf.

Vor der Tarifrunde hatten Kollegen eine Unterschriftensammlung initiiert, für eine Lohnerhöhung von 140 DM für alle gleich, und in kurzer Zeit hat ein Drittel der Belegschaft unterschrieben. Auf Grund des Festhaltens der IG Metall an einer Prozentforderung wurde diskutiert, wie man das Herabdrücken von Teilen der Arbeiterklasse an den Existenzrand verhindern kann. Bei einem dreiviertelstündigen Warnstreik während der Tarifrunde wurde von den streikenden Kollegen die Forderung nach Abschaffung der unteren Lohngruppen erhoben. Der Vertrauensleutekörper schickte ein Telegramm an die Tarifkommission mit der Aufforderung, zumindest dies durchzusetzen. Gemeinsam zogen die Streikenden dann zur Geschäftsleitung und forderten diese zu einer Stellungnahme auf. Dieser Warnstreik war ein großer Erfolg. Noch Wochen zuvor war die Meinung verbreitet, daß bei uns nichts läuft und daß niemand den Hebel rausmachen wird. Der Zusammenschluß und die Kampfentschlossenheit der Belegschaft ist gewachsen.

Jetzt nach dem Lohnabbauabschluß von 5,4 % setzen die Kapitalisten nach. Aber sie stoßen dabei auf Widerstand. Durch Schichtarbeit und Verlängerung des Arbeitstages soll ohne Neueinstellungen mehr Leistung erzwungen werden. Schichtarbeiten müssen mehrere Facharbeiter, die Modulen, mehrere Leiterplatten zusammengefügt, prüfen. Wenn die Arbeit am Tag nicht fertig wird, müssen Überstunden gemacht werden. Überstunden mußten auch sonst mehr gemacht werden. Die Galvanik macht schon längere Zeit Überstunden. Vorgabezeiten, d.h. die Zeit, wie lange man für einen Arbeitsgang brauchen darf, sind gekürzt worden. Aber einzelne verweigern die Schichtarbeit und die Überstunden. Einige Kolleginnen haben durchgesetzt, daß bei einem Arbeitsgang die Vorgabezeit erhöht wurde.

Um dem wachsenden Verschleiß der Arbeitskraft durch die Profitschinder entgegenzutreten, hat der alte Vertrauensleutekörper von Teldix in seinem Programm für die jetzt stattfindenden Neuwahlen die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag aufgestellt. – (Zelle Teldix)



1. Mai in Oldenburg

12-Stunden-Schicht bei Hoechst

„... als Haut gehst du nach Haus"

Limburg. Ein halbes Jahr lang suchte ich in der Limburger Region eine Stelle als Starkstromelektriker. In der Region ist die Arbeitslosigkeit hoch, Betriebe sollen geschlossen werden. Um nicht länger auf der Straße zu liegen, mußte ich eine schlecht bezahlte Hilfsarbeitertstellung bei der Firma Dankhof annehmen. Dankhof sagte mir, daß ich an den Hoechst-Konzern ausgeliehen würde. Auf meine Frage, wie die Arbeit und die Arbeitsbedingungen wären, erklärte er: „Sie lernen noch alles kennen."

Anderntags, vier Uhr früh, fuhren wir zum Hoechst-Werk nach Kelsterbach. Der Spind wurde uns zugeteilt, der Meister erläuterte, was wir zu tun hätten, und los ging's: Granulat abfüllen, 25 kg in einen Sack, auf Paletten stapeln, und das elf Stunden lang, bei zwei Pausen von je einer halben Stunde. Gesagt wurde: „Ihr habt drei Schichten Schonfrist zum Drangewöhnen, dann muß die Produktion voll laufen!"

Nach der ersten Schicht lagen wir hundskaputt im VW-Bus. Am nächsten Tag 16 Uhr Abfahrt zur Nachtschicht. Wieder zwölf Stunden. Schrecklichen Muskelkater, Blasen an den Händen und Füßen, Hautabschürfungen usw. waren in den ersten zwei Wochen gang und gäbe. Die Maschinen liefen auf Hochtouren. Anfangs stapelten wir 10 Tonnen pro Schicht, heute werden bis zu 50 Tonnen verlangt. Im Werk wird die Viererschicht angewandt. Sie gewährleistet den Hoechst-Kapitalisten, den Kunststoff rund um die Uhr produzieren zu lassen. Damit machen sie Riesenprofite. Für die Kollegen bedeutet das: Als Mensch gehst du in die Fabrik, als Haut gehst du nach Hause. Den Hoechst-Kapitalisten ist kein Mittel gut genug, um uns bis aufs Letzte auszuquetschen. Die Vorarbeiter setzen sie unter Druck, zetteln unter ihnen Intrigen an, um sie von den Kollegen abzuspalten und als Antreiber fungieren zu lassen. Auch die Arbeiter sollen untereinander gespalten werden. Einem Hoechst-Arbeiter, der gegen die Arbeitsbedingungen aufgemuckt hat, wurde entgegengeschleudert: „Wenn du so weitermachst, dann fliegst du. Die Dankhof-Leute schaffen eh für 3 DM weniger in der Stunde."

Als ein Arbeiter von Dankhof nach der Nachschicht eine Sonderschicht dranhängen mußte, also 24 Stunden gearbeitet hatte, und am darauffolgenden Tag nochmals 12 Stunden arbeiten sollte, brach er zusammen und mußte arbeitsunfähig geschrieben werden. Die Dankhof-Arbeiter berichteten es den Arbeitern vom Werk Kelsterbach. „Das ist ja eine große Sauerei, was die mit uns machen." Das meinten viele Kollegen in der Diskussion. Die Forderung nach Verbot des Akkords, der Überstunden und Schichtarbeit wurde erhoben. Die große Mehrheit unterstützte diese Forderung. Wir diskutierten über den Sozialismus, daß wir uns die Produktionsmittel aneignen müssen, weil wir sie geschaffen haben, und über die Produktion im Interesse des ganzen Volkes bestimmen müssen. Kollegen kauften die KVZ, einer das Programm und Statut des KBW. Komiteezeitungen gegen den § 218 fanden großes Interesse. Ein spanischer Kollege nahm den 1. Mai-Aufruf des KBW zum Anlaß, über die Kämpfe der Arbeiter in Spanien zu berichten. Bis heute werden in den Pausen und während der Arbeitszeit Diskussionen über den Kampf für den Sozialismus als das einzig richtige Ziel für die Arbeiterklasse bei uns im Betrieb geführt. – (h., Limburg)

Erst Lohnabbau – jetzt Sonderschichten

Kassel. Nachdem bereits im April in der AEG Kühlschrankfabrik an zwei Samstagen Sonderschichten gefahren wurden, ist jetzt eine weitere Samstagsschicht für Anfang Mai angekündigt worden.

Vier AEG Kolleginnen, die zur letzten Sonderschicht nicht erschienen, erhielten ihre Papiere zurück – eine spanische Kollegin wurde entlassen, obwohl sie schon über zehn Jahre bei der AEG arbeitet. Jetzt, nachdem die Tarifauseinandersetzungen beendet sind und es den Metallkapitalisten gelungen ist, den Lohn der Metallarbeiter mit dem 5,4 % Abschluß herunterzudrücken, gehen sie noch einen Schritt weiter: Wenn es die Absatzlage erfordert, wird die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden ausgedehnt.

Die durch den niedrigen Tarifabschluß „kostengünstiger" gewordene Arbeitskraft soll einen Tag mehr pro Woche ausgepreßt werden.

Chemieindustrie: Weltweite Expansion – die Ausbeutung soll verstärkt werden

Das 5 % Angebot der Chemiekapitalisten muß vom Tisch!

Die Chemietarifrunde läuft. Am 7.5. sind neue Verhandlungen in Rheinland-Pfalz und am 10.5. in Hessen. „Steigern ohne Neueinstellungen", das, so verkündete Chemiekapitalistensprecher Sammet am 30.4.1976 im Deutschlandfunk, sei jetzt die „Devise" in der chemischen Industrie. Für die Tarifrunde heißt das: „Die Erträge müssen geschont werden", so der Arbeitgeberring Chemie. Weiterer Abbau der Beschäftigten ist darüberhinaus vorgesehen: „Der Arbeitsring Chemie hält weitere personalabbauende Rationalisierungsmaßnahmen besonders für die nichtproduzierenden Bereiche für unumgänglich." (Handelsblatt, 8.4.76)

Die Chemiekapitalisten sprechen deutlich aus, wie sie das Expansionsstreben des westdeutschen Imperialismus in Europa und in der Welt absichern wollen: verstärkte Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben, Steigerung der Mehrarbeit, Senkung des Reallohnes, um so gegenüber ihren internationalen Konkurrenten besser den Kampf um die Absatzmärkte, Kapitalanlagesphären und Rohstoffquellen führen zu können. Die westdeutsche Chemieindustrie, insbesondere die führenden Monopole Bayer, BASF und Hoechst, gehören zu den festen Stützen des westdeutschen Imperialismus. Kapitalexport ist der entscheidende Hebel zur ökonomischen Expansion. Dabei ist die Chemieindustrie führend. Einen immer größeren Teil der Produktion lassen die Chemiekapitalisten in ihren Werken im Ausland produzieren und bauen dazu weitere Werke auf. Dabei werden Länder mit niedrigerer Lohnquote ausgesucht. Seit Jahren bauen Bayer, BASF und Hoechst jede dritte Fabrik im Ausland. So entfallen vom gesamten Anlagevermögen dieser Konzerne 30 bis 35 % auf Anlagen im Ausland. Dabei beschränken sich die Chemiekapitalisten keineswegs nur auf die Jagd nach billigen Arbeitskräften, sondern versuchen im scharfen Konkurrenzkampf mit anderen internationalen Konzernen in diesen Märkte vorzudringen.

So schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 11.3.76: „Im schlechten Chemiejahr 1975 kam der BASF ein gutes Amerikageschäft zustatten." Die chemische Industrie hat in den USA bis zum Ende 1975 962 Millionen DM investiert, bis 1974 waren es 895 Millionen DM. Von 1952 bis zum Ende des Jahres 1975 hat die chemische Industrie ständig steigend Kapital im Ausland investiert, insgesamt bisher 8014 Millionen DM. Das ist ein Viertel der Investitionen der Gesamtindustrie von 32 Milliarden DM. (Bundesanzeiger, 14.4.76)

Um dafür die Voraussetzungen zu schaffen, hat die Chemieindustrie in den ganzen letzten Jahren die Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben erheblich verschärft, den Lohn gesenkt und hat dieses auch in der jetzt laufenden Tarifrunde vor.

In fast allen großen Werken der chemischen Industrie ist im letzten Jahr der Arbeitstag verdichtet worden bei gleichbleibender oder verringerter Belegschaftszahl. Durch die Einführung von Kurzarbeit haben die Kapitalisten ein Mittel, den Arbeitstag zu verdichten, um dann bei Wiedereinführung des Normalarbeitstages die Produktionsmenge pro Arbeitstag zu erhöhen.

So wollen die Chemiekapitalisten ihre Konkurrenzbedingungen gegenüber ihren internationalen Gegnern und untereinander verbessern. So wurde z.B. auf der BASF vorgegangen: Mehrere große Kurzarbeitsperioden im letzten Jahr, Abbau der Belegschaft um etwa 3 Prozent. Jetzt steigt die Kapazitätsauslastung wieder, was die Faserrohstoffe z.B. betrifft auf zirka 95 Prozent, in anderen Bereichen bis zu 85 Prozent. Schon in der letzten KVZ haben wir berichtet, daß die Chemiekapitalisten mit einer Gewinnsteigerung von 35 Prozent für 1976 rechnen und daß der Umsatz in den letzten Monaten erheblich gesteigert werden konnte (KVZ Nr. 17, S. 6). Diese Steigerung wollen die Kapitalisten aus den Belegschaften ohne Neueinstellungen rausholen und zugleich den Preis für die Ware Arbeitskraft senken. Das Angebot von 5 Prozent durch die Chemiekapitalisten in den drei Tarifbezirken Nordrhein, Rheinland-Pfalz und Hessen entspricht dieser Absicht.

Keineswegs entspricht das den Interessen der Chemiearbeiter. Daß sie nicht einfach gewillt sind, die Expansionsbestrebungen „ihrer Kapitalisten" zu unterstützen und auf ihrem Rücken austragen zu lassen, zeigt schon, genau wie bei den Druckarbeitern, die starke Strömung für Festgeldbeträge beim Aufstellen der Forderungen in den letzten Wochen. Ganz im Gegensatz zur sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung.

IG Chemie Vorsitzender Hauenschild hat, schon bevor sich überhaupt die Kapitalisten zu den Tarifauseinandersetzungen geäußert hatten, erklärt, daß es darum gehen müsse, in der Tarifrunde der Chemie die „Ertragslage der Unternehmen zu verbessern". Die Arbeiter sollen für das Streben nach Höchstprofiten gewonnen werden, so Hauenschild, und sowieso wollten sie ja gar nicht kämpfen. „Ich kann kein Geheimnis draus machen, daß unter den jetzigen Arbeitsmarktbedingungen die allgemeine Konfliktbereitschaft geringer ist als in den früheren Jahren." (Hauenschild im „Spiegel" 18/76) Die Kampfbedingungen sollen also schlechter sein, das wollen die Sozialdemokraten den Arbeitern einreden.

Dabei wird an diesen „Arbeitsmarktbedingungen" erstens deutlich, daß sich die Arbeiterklasse niemals mit dem Kampf um mehr Lohn zufrieden geben darf, sondern sie ihrer Stellung in der Produktion entsprechend die Herrschaft über die Produktion anstreben muß und zweitens, daß die Zusammenfassung riesiger Arbeiterheere unter dem Kommando riesiger Monopole, wie es die drei Chemiegiganten sind, gut genutzt werden kann für die Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft. Es ist doch so, die Chemiekapitalisten wissen, daß ihr wichtigstes Kapital im weltweiten Konkurrenzkampf die eingearbeiteten Belegschaften sind. Es ist deshalb auch in den Betrieben nicht zu größeren Massenentlassungen gekommen, denn solche Stammbelegschaften lassen sich nicht einfach und rasch ersetzen. Die Arbeiter können in ihrer „Konkurrenz" mit den Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt aber die Konkurrenz unter den Kapitalisten nutzen. Der Konkurrenzkampf mit den internationalen Monopolen ist sehr stark und die westdeutsche Chemieindustrie kann sich keineswegs leisten, ihren auf der Lauer liegenden internationalen Konkurrenten durch einen Streik die Gelegenheit zu geben, neue Marktanteile zu erobern. Somit sind die Bedingungen für den Kampf um den Lohn keineswegs schlecht.

Diese guten Kampfbedingungen verschleiern die Sozialdemokraten, denn sie wollen die imperialistische Expansion und versuchen, die Arbeiter fürs Kapital marschieren zu lassen. Dem entspricht auch ihr Hinwegsetzen über die Festgeldforderungen und das Aufstellen der spalterischen Mischgeldforderung. Wenn Lehrlinge von der BASF auf der Straße gegen das 5 % Angebot der Kapitalisten demonstrieren, dann ist das ein Schlag gegen diese Politik. Das stärkt die Position der Arbeiter gegen die Chemiekapitalisten. Ebenso, wenn Arbeiter in den Chemiebetrieben festhalten an ihren aufgestellten Festgeldforderungen und Mindestforderungen aufstellen. – (j.k.)



1. Mai 1976 Hamburg. Transparent der Arbeiter von Heidenreich und Harbeck. Sie führen den Kampf dagegen, daß 800 Arbeiter auf die Straße gesetzt werden sollen.

Tarifrunde im Hamburger Buchhandel – 135 DM Forderung

Die Kampfkraft ist besser als je zuvor

Hamburg. „Im Gesamtdurchschnitt entspricht die Beurteilung des Weihnachtsgeschäftes 1975 den Ergebnissen des Vorjahres, d.h. ein gutes Fünftel (21,2 %) der Teilnehmer bezeichnen die Ergebnisse als ‚sehr gut', fast drei Viertel (73,9 %) sind mit ihnen unter dem Urteil ‚gut' zufrieden." „Nur durch eine konsequente Rationalisierung im Bereich des Personaleinsatzes war es möglich, zumindest einen Teil dieser Mehrkosten aufzufangen."

Diese Zitate stammen aus dem soeben erschienenen Betriebsvergleich, der die Betriebsergebnisse einer repräsentativen Anzahl von Buchhandlungen für 1975 und für das Weihnachtsgeschäft 1975 auswertet. Sie spiegeln Tatsache und Absicht wider, aus uns noch mehr herauszupressen, um höhere Gewinne einzustreichen oder auch Niederlagen im erbarmungslosen Konkurrenzkampf wieder wettzumachen. Im Durchschnitt konnten die Buchhandelskapitalisten die Gewinne im Jahre 1974 gegenüber 1973 versechsfachen. „Rationalisierung im Personalbereich" bedeutet schlicht und ergreifend höhere Umsätze, mehr Kunden und weniger Kollegen. Bei uns z.B. wird eine der beiden Kassiererinnen, die in Rente geht, nicht mehr ersetzt.

Seit dem 1. April ist unser Tarifvertrag abgelaufen. Die Fachgruppenversammlung, auf der wir unsere Forderung beschlossen und die Tarifkommission wählten, fand am 22. April statt.

Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

1. Die Forderung lautet 135 DM für alle (eine Gegenstimme); sie gilt auch für die Auszubildenden (einstimmig).

2. Die ersten beiden Berufsjahre in der (untersten) Gehaltsgruppe B 1 sollen gestrichen werden (einstimmig).

3. Vor den Verhandlungen wird ein Flugblatt verteilt, in dem unsere Forderungen an die Öffentlichkeit getragen und begründet werden (einstimmig).

4. Nach jeder Verhandlung werden alle Mitglieder über Verlauf und Stand informiert (einstimmig).

5. Vor einem Tarifabschluß findet erneut eine Mitgliederversammlung statt, auf der über das Ergebnis entschieden wird (einstimmig).

Grundlage dieser Entschließungen waren die Vorschläge der Betriebsgruppen von Weitbrecht & Marisal und Frensche zur Höhe wie auch zu möglichen Aktionen, mit denen unsere Forderungen unterstützt und bekräftigt werden sollen. Zum Beispiel werden die Kollegen von Frensche eine Plakette mit den Forderungen tragen.

Zur Zeit erhält ein ausgebildeter Buchhändler im ersten Berufsjahr 950 DM, wenn er nach Tarif bezahlt wird; bei uns in der Firma ungefähr 1100 DM. Das sind kaum mehr als 600 bzw. 800 DM auf die Hand. In der nächsthöheren Tarifgruppe B 2, in der wohl die meisten Angestellten eingestuft sind, kann man es im Höchstfall und nach neun Berufsjahren auf 1520 DM bringen, also auf gerade etwas über 1000 DM netto.

Eine 40-jährige Kollegin, die alleine noch ihren Sohn versorgen muß, erzählte mir neulich, daß sie nur deshalb gerade so über die Runden kommt, weil sie immer wieder von ihrem Vater Zuschüsse erbettelt. Ihren Traum von einem Auto hat sie längst aufgegeben.

Eine andere Kollegin, sie ist Arnlerning bei uns und ohne einen sogenannten Volontärsvertrag ausgestattet, bekommt als praktisch volle Verkaufskraft nicht einmal 400 DM ausgezahlt. Sie mußte sich ein Darlehen aufnehmen, von dem sie jetzt lebt und das ihr später, wenn sie ausgelernt hat, vom Gehalt wieder abgezogen wird.

Zu dieser materiell schlechten Lage kommt, daß der Verschleiß unserer Arbeitskraft sich in chronischen und akuten Erkrankungen niederschlägt. Nach dem von den Kapitalisten so gelobten Weihnachtsgeschäft, in dem in den Buchhandlungen ungefähr doppelt so viel umgesetzt wird wie in anderen Monaten, hatten wir in unserer Firma einen noch nie gekannten Krankenstand, der ganz offensichtlich auf die totale Erschöpfung der Kollegen zurückzuführen war.

In dieser Lage bleibt uns gar kein anderer Weg, als daß wir uns fester zusammenschließen und dieser Tarifrunde einen anderen Verlauf geben als die letzten. Damals ist die Tarifkommission ohne jede Forderung in die Verhandlung gegangen, hat gehorcht, was die Kapitalisten geben möchten und diesem Angebot zugleich einiger Zehntel zugestimmt.

Unser Chef, Mitglied der Tarifkommission auf der Kapitalistenseite, hat damals nicht nur das Ergebnis, sondern auch den Ablauf der Verhandlungen ziemlich genau vorhergesagt. Das kann wir nicht so lange noch tun, wie die gewerkschaftliche Tarifkommission sich als Hauptakteur in der Tarifrunde versteht und die Gewerkschaftsführung verhindert, daß die Kampfkraft und der Kampfwille der Angestellten zum Tragen kommt.

Beide Faktoren, Kampfkraft und Kampfwille, sind in diesem Jahr besser als je zuvor. – (c., Hamburg)

HBV-Fachgruppe Buchhandel: 160 DM

Kiel. Im schleswig-holsteinischen Buchhandel werden zum 31. Mai die Tarife gekündigt. Am Donnerstag, den 22.4., beriet die Fachgruppe Buchhandel der HBV

In der Diskussion waren Forderungen zwischen 135 und 160 Mark. Die Mehrheit der anwesenden Kollegen entschied sich schließlich für 160 DM für alle gleich.

Stuttgarter Gemeinderat

Sparen, sparen schreien die hohen Herren

Stuttgart. Im Amtsblatt der Stadt Stuttgart 12/76 ist eine kurze Notiz über die Einsparungen bei der Gebäudereinigung zu lesen. SPD Stadtrat Bassler fragt an, wie es damit steht, und gibt sich dann mit der lakonischen Antwort von Bürgermeister Hahn zufrieden, der sagt: „Wenn wir 2 Millionen kürzen müssen, wirkt sich das zwangsläufig auf das eingesetzte Personal aus. Wir haben versucht, die Minderung so gleichmäßig wie möglich zu verteilen."

Wie sich die „gleichmäßige Verteilung" auswirkt, zeigt die Tatsache, daß zum Beispiel eine Putzfrau, die bisher 829 DM monatlich bekam, künftig 761 DM bekommt. „In unserer Abteilung kommt man fast um vor Staub, ohne es uns zu sagen, wurde in den Gängen und Zimmern mit Bauarbeiten begonnen. Die Putzfrauen kommen nicht mehr nach: Eine Putzfrau muß zwei Stockwerke mit je zehn Zimmern und zwei Toiletten reinigen. Da hatte sie unter normalen Bedingungen sechs Stunden in der Woche Zeit. Jetzt wird sie nur noch für fünf Stunden bezahlt. Von Schmutzzulage wollen die ‚sozialen Arbeitgeber' nichts wissen."

Sparen, sparen, schreien die hohen Herren. So wird wieder einmal auf Kosten der Arbeiter gespart, ihre Arbeitskraft wird ausgepreßt bis zum letzten. Und das Gesparte? Es fließt in die Säcke der Kapitalisten und hohen Beamten. – (KVZ-Regionalbeilage Mittlerer Neckar)

Stuttgart. Die ÖTV Delegierten des Bereichs Gemeinden und Gesundheitswesen haben auf ihrer Versammlung Ende April einen Beschluß gegen die Streichung von Zulagen und sozialen Leistungen gefaßt. Alle Delegierten und Vertrauensleute wurden aufgefordert, umgehend Personalversammlungen durchzuführen, Unterschriften gegen die geplanten Streichungen zu sammeln, umfassend zu informieren und zu diskutieren, wie man am wirksamsten gegen die Maßnahmen des staatlichen Dienstherrn vorgehen kann. Danach sollen wieder Versammlungen der Vertrauensleute und Delegierten stattfinden, um eventuelle Kampfmaßnahmen zu beraten und zu beschließen.

Uniklinik Gießen

Planstelle für „Generaloberin"

Gießen. Folgende zwei Ergebnisse brachte eine Sitzung von Vertretern der Verwaltung der Universitätsklinik, Oberpflegern und -schwestern und dem hessischen Sozialminister, Finanzminister und Kultusminister:

– Ab sofort gilt als Regelung des Stellenabbaus an der Uniklinik, daß 200 (zweihundert) Planstellen, die demnächst freiwerden, nicht mehr besetzt und beseitigt werden.

– Demnächst soll an der Uniklinik die Planstelle einer „Generaloberin" geschaffen werden, die über allen Oberpflegern und -schwestern steht und denen Anordnung gibt. Damit die verstärkte Auspressung von unbezahlter Mehrarbeit des Pflegepersonals durchgedrückt werden kann.

Streik gegen Anrechnung

Hagen. Gegen die Anrechnung der 5,4 % Lohnerhöhung auf die übertariflichen Zulagen streikten in der letzten Woche die 80 Arbeiter der Frühschicht bei der Schraubenfabrik Bauer und Schauerte 45 Minuten. Die Geschäftsleitung hatte zuvor angekündigt, daß sie ab 1. Juli nur 2 % von der Tariferhöhung zahlen wolle.

Arbeitsamt Kiel

Arbeitszeit: mindestens 50 Stunden wöchentlich

Kiel. Knapp 20 Kollegen auf dem Arbeitsamt müssen gegenwärtig Überstunden schieben. Angeordnet sind 7 bis 10 Stunden. Das ergibt eine wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 50 Stunden. Denn hier wie in den meisten Betrieben des öffentlichen Dienstes gibt es die 40-Stunden-Woche nur auf dem Papier. Die Mittagspause muß nämlich genommen werden, egal, ob man was ißt oder nicht. Das sind jeden Tag 30 Minuten. Alles in allem ist man also 42,5 Stunden pro Woche im Gebäude. Man kann sich ausrechnen, was da Überstunden ausmachen. Die KVZ-Ortsbeilagenredaktion Kiel interviewte dazu einen Angestellten beim Arbeitsamt:

Wie lange arbeitest du jetzt täglich?

In der Woche von Montag bis Donnerstag von 7.30 Uhr bis 18 Uhr. Am Freitag von 6.30 Uhr bis 17 Uhr. Viele Kollegen, die Überstunden schieben müssen, sagen, daß man eigentlich bloß noch arbeitet für das bißchen Essen, Wohnen und Autofahren. Kollegen, die Sport treiben, in der Gewerkschaft arbeiten oder sich politisch betätigen wollen, kommen zeitlich echt ins Schleudern.

Was war denn der Anlaß für die Überstunden?

Erstmal sind das nicht die ersten Überstunden, die geschoben werden müssen. Im Winter arbeitete schon mal die ganze Leistungsabteilung (Sachbearbeiter für Arbeitslosengeld und -hilfe) mehrere Monate länger, weil die Anträge in der Krise sprunghaft anstiegen. Anlaß für die jetzigen Überstunden sind im wesentlichen die Verschärfungen im Arbeitsförderungsgesetz, die zum Anfang des Jahres erlassen wurden. Im wesentlichen zwei Regelungen: einmal, daß heute viel mehr Sperrfristen verhängt werden, weil jetzt Arbeitslose auch in Tätigkeiten vermittelt werden können, die ihrem bisherigen Verdienst nicht entsprechen. Das haben viele abgelehnt, was wiederum Sperrfristen gehagelt hat. Daraufhin sind zig Widerspruchsverfahren über die Kollegen beim Arbeitsamt hereingebrochen. Zum anderen werden das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe heute nach fünf neuen Leistungsklassen aufgeschlüsselt und ausgezahlt, was den Bürokratismus verschärft und zu zahlreichen Leistungskürzungen geführt hat. Jedenfalls haben auch diese Neuregelungen zu zahlreichen Widersprüchen geführt. Die Kollegen, die jetzt Überstunden schieben, sollen nun diese Flut ausbaden und auch noch vor den Arbeitslosen rechtfertigen, daß der Staat die Kassen der Arbeitslosenversicherung schröpft, um die Kapitalisten zu füttern.

Hat es denn gar keinen Widerstand gegeben?

Dazu ist erstmal zu sagen, daß es keine funktionierende gewerkschaftliche Betriebsgruppe gibt und vom Personalrat in der gegenwärtigen Zusammensetzung nichts zu erwarten ist. Der hat denn auch gleich den Überstunden zugestimmt. So waren wir alle völlig überrascht. Gesagt werden durfte von einzelnen bloß noch, ob er eventuell seine Überstunden auch am Samstag ableisten wolle. Das hat die Mehrheit natürlich abgelehnt. Es hat aber Diskussionen gegeben und vereinzelten Widerstand. Eigentlich wird über die Überstunden schon gesprochen, wenn man zur Tür reinkommt. Vertreten wurde, daß man fordern sollte, daß einige arbeitslose Angestellte oder Juristen angestellt werden, um die Akten zu bearbeiten. Vertreten wurde ferner, daß man über die Gewerkschaften ein völliges Verbot der Überstunden durchdrücken sollte. Ein Kollege hat in der letzten Woche einen gewerkschaftlich organisierten Personalrat vor aller Augen angemacht und gefragt, wie sich denn der Personalrat zur alten Forderung der Gewerkschaft stelle, daß der Arbeitstag auf 7 Stunden verkürzt werden müsse. Daraufhin wurde ihm gesagt, wenn er sowas vor dem Chef erzählen würde, könne er sich mit Sicherheit seine Papiere holen. Daraufhin waren alle ziemlich eingeschüchtert. Gegen die Überstunden muß aber was gemacht werden. Alle spüren das. Die ersten Kollegen hat der Streß bereits so geschafft, daß sie sich krank gemeldet haben. Das beste ist wohl, man schaltet die zuständige Abteilung der ÖTV ein. – (aus KVZ Ortsbeilage Kiel Nr. 15/16)

Daraufhin sind zig Widerspruchsverfahren über die Kollegen beim Arbeitsamt hereingebrochen. Zum anderen werden das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe heute nach fünf

reits so geschafft, daß sie sich krank gemeldet haben. Das beste ist wohl, man schaltet die zuständige Abteilung der ÖTV ein. – (aus KVZ Ortsbeilage Kiel Nr. 15/16)



Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung! 1. Mai 1976 in Frankfurt/Main.

GEW Westberlin

Die Lehrer sind nicht bereit, sich dem Dienstherrn zu unterwerfen

Westberlin. Gast- und Rederecht für ausgeschlossene Mitglieder forderte die neu zusammengesetzte Westberliner Delegiertenversammlung vom 28./29. April mit 210 gegen 147 Stimmen. Damit hielt sie an dem Beschluß der Landesdelegiertenversammlung vom Dezember 1975 fest, nachdem von der Landesschiedskommission festgestellt worden war, die Bundessatzung gestehe dieses Recht den ausgeschlossenen Mitgliedern nicht zu. Die Bundessatzung war dem Landesverband Westberlin entgegen einer breiten Strömung unter den Mitgliedern aufgezwungen worden. „Unser Bemühen um die Übernahme der Bundessatzung hatte Erfolg“, heißt es dazu im Geschäftsbericht des Vorstandes. „Und wer sagt, der Staat müsse sehen, wie die Krise zu beseitigen ist, der vergißt, daß er selber auch dieser Staat ist“, schrieb die Berliner GEW-Landesvorsitzende, die Frau Schulleiterin Kujawa, in der Berliner Lehrerzeitung und machte damit den Charakter der

gißt, daß er selber auch dieser Staat ist“, schrieb die Berliner GEW-Landesvorsitzende, die Frau Schulleiterin Kujawa, in der Berliner Lehrerzeitung und machte damit den Charakter der

Bundessatzung deutlich: Diese Bundessatzung ist ein Säuberungsinstrument, mit dem gegen die Mitglieder vorgegangen wird, die nicht bereit sind, den Sozialdemokraten und Revisionisten zu folgen und sich dem staatlichen Dienstherrn als willige, untertänige Lehrermasse vorführen zu lassen.

Durch eine „Erklärung zum Rückzug der Kandidatur für den geschäftsführenden Landesvorstand“ versuchten die Schulleiterin Kujawa und ihre SPD-Parteibrüder die Delegiertenversammlung zur Zurücknahme des Beschlusses über das Gastrecht der Ausgeschlossenen zu erpressen. „Die Mehrheit begibt sich in eine Position der Schwäche, da sie gegen geltende Satzung verstößt.“ Die Delegierten sollten damit an die Frister-Drohung, ein Landesverband, der sich nicht unterwirft, wird aus der GEW ausgeschlossen, erinnert werden.

In der Lage, wo die Zustände an den Schulen nach Kampf drängen, wo 18000 Schüler die Schulen verlassen und nur 9000 Ausbildungsplätze bekommen können, wo Klassenzusammenlegungen anstehen, um Lehrerplanstellen zu streichen, wo die Arbeitsintensität der Lehrarbeit zunimmt durch zwangsverordnete Mehrarbeitsregelungen, ist die gewerkschaftliche Bewegung der Lehrer nicht bereit, sich den Maßnahmen des bürgerlichen Staates zu unterwerfen.

Die Mehrheit der Delegierten beschloß, die von der GEW festgelegten Berufsschultage mit einer Demonstration abzuschließen, weil diese ein notwendiges Mittel sei, um der miserablen Ausbildungspolitik der Jugend durch den bürgerlichen Staat entgegenzutreten. Die Lehrer, Lohnabhängige im öffentlichen Dienst, haben sich mit dem Streik der Drucker solidarisiert. Die Mehrheit der Delegierten beschloß:

„Wir werden uns im Unterricht mit Eurem Streik beschäftigen, um den Schülern Einsicht in die Notwendigkeit und Respekt vor Eurem Lohnkampf gegen die Unternehmer zu vermitteln.“

Feststellen muß man jedoch, daß in dieser Bewegung keine Klarheit besteht darüber, daß die Politik der Reformisten und Revisionisten die Gewerkschaften vollständig dem bürgerlichen Staat ausliefert. Die Fraktion des KBW in der GEW ist den Spaltungsabsichten der Reformisten und Revisionisten entgegengetreten mit der Forderung nach der Streichung der Bestimmungen in der Bundessatzung, die die GEW-Mitglieder auf die Verteidigung der bürgerlichen Verfassung (gegen die Revolution) festlegen.

Die Bundessatzung ist auf Bundesebene beschlossen. Sie muß auf Bundesebene beseitigt werden. Die Bestrebungen aller Landesverbände zur Beseitigung dieser Bundessatzung müssen daher zentral auf einer Bundesdelegiertenversammlung zusammengefaßt werden.

Die Beschlüsse der Delegiertenversammlung haben eine gute Ausgangslage geschaffen für die nächsten Kämpfe, zum Beispiel gegen die Auswirkungen des Haushaltssicherungsgesetzes. Das heißt unter anderem die Heraufsetzung des Pensionsalters, Streichung von Ortszuschlägen und unbezahlte Mehrarbeit.

Ein großer Teil der Lehrer ist bereit, auf der Seite der Arbeiterklasse den Kampf zu führen. Das hat sich am 1. Mai gezeigt. Zehntausend demonstrierten in einem Block der GEW. Sie vereitelten den Plan der Bourgeoisie einer Jubelfeier zur Unterwerfung der Westberliner Arbeiterbewegung. Die Lehrer forderten: „Weg mit dem Beamtenrecht“, „Für kampfstarke, klassenbewußte Einheitsgewerkschaften“. – (a., Westberlin/Red.)

Weg mit den Zeitverträgen!

In den Arbeitsverwaltungen (Arbeitsamt), aber auch in vielen anderen Behörden wurden in den letzten Jahren zunehmend Lohnarbeiter mit befristeten Arbeitsverträgen, den sogenannten Zeitverträgen, angestellt. Diese laufen über eine Dauer von ein paar Monaten bis zu einem Jahr. Allein auf den Arbeitsämtern arbeiten einige Tausend Menschen mit solchen Zeitverträgen. Bearbeiter in der Arbeitslosengeld- und Kindergeldberechnung, aber auch vorher arbeitslos gewesene Volljuristen, z.B. in der Widerspruchsstelle.

In der nächsten Zeit plant die Arbeitsverwaltung des Arbeitsamtes einen Angriff auf die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Dieser Plan wurde vor einem Monat in Nürnberg ausgeheckt:

– So sollen ab sofort freiwerdende Zusatzstellen (so heißen die Arbeitsplätze der Beschäftigten mit kurzfristigen Zeitverträgen) nicht mehr besetzt werden.

– Noch nicht von den Arbeitsämtern besetzte Zusatzstellen, die bereits genehmigt waren, dürfen ab sofort nicht mehr besetzt werden.

– Sogar freiwerdende Planstellen (Dauerstellen) bis zu einer bestimmten Vergütungsgruppe sollen zukünftig nur noch mit Zusatzkräften besetzt und längerfristig wegrationalisiert werden, sofern sie nicht mit fertig gewordenen Auszubildenden besetzt werden.

– Bestimmte Zusatzstellen sollen in noch rechtlosere Aushilfsstellen verwandelt werden.

Die Folgen liegen auf der Hand: Die Beschäftigten, deren auslaufende Verträge nicht mehr verlängert werden, liegen auf der Straße. Es sind viele vorher arbeitslose Angestellte darunter, die zwei bis drei Jahre beim Arbeitsamt beschäftigt waren mit drei, vier, ja bis zu zwanzig jeweils neuen Arbeitsverträgen!

Dabei ist die Arbeit nicht weniger geworden. Für die Beschäftigten auf den Arbeitsämtern heißt das, sie müssen die Arbeit der entlassenen Zusatzkräfte mit erledigen. – (w.)

„Die Aufpasser werden geschmiert“

Protest gegen ÖTV-Abschluß

Darmstadt. Die Delegierten der ÖTV Darmstadt lehnen den Tarifabschluß von 5 % mindestens 85 DM entschieden ab. Sie „verurteilen schärfstens das Verhalten der Mitglieder der Großen Tarifkommission. Es kann nicht Aufgabe der Großen Tarifkommission sein, Tarifabschlüssen zuzustimmen, die erheblich in Höhe und Struktur von der ursprünglichen Forderung abweichen. Die Delegierten fordern den Hauptvorstand der ÖTV auf, zum nächstmöglichen Termin das Schlichtungsabkommen zu kündigen. Die Delegierten wehren sich mit allen Mitteln gegen die Rationalisierungsabsichten der öffentlichen Arbeitgeber, wie die Ausweitung der 40-Stunden-Woche, der Verschärfung der Arbeitshetze und der Streichung der Tarifautonomie und des Streikrechtes.“

In der Begründung des Beschlusses heißt es: „Ein Abschluß für alle gleich in Höhe von 135 DM hätte den Haushalt mit knapp 7 Milliarden DM belastet. Der jetzige Abschluß belastet den Haushalt – nach Rundfunkangaben – mit 8,38 Milliarden DM. Das zeigt, daß es den öffentlichen Arbeitgebern nicht um Sparsamkeit geht, sondern darum, die Masse der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Lohn zu drücken und die höheren Beamten entsprechend zu schmieren.“ (...) „Die höheren Beamten werden für ihre Tätigkeit als Vorgesetzter und Aufpasser entsprechend honoriert.“

Einheitlicher Betrag!

Mannheim. Alle Diskussionsteilnehmer auf der Delegiertenversammlung am 21.4. der ÖTV Mannheim kritisierten den Abschluß. Der Kreisvorstand schreibt über die Versammlung: „Insbesondere wurde beanstandet, daß die Forderung auf Zahlung eines einheitlichen Betrages ohne Mitgliederbefragung aufgegeben wurde.“

Lehrerprotest gegen Teilzeitverträge

Lehrerprotest gegen Teilzeitverträge

Freiburg. 1500 Junglehrer hat die baden-württembergische Landesregierung letzte Woche zur Vertragsunterzeichnung auf die Schulämter in verschiedenen Städten antanzen lassen. Statt voller Übernahme in den Schuldienst wurden sie unter dem Druck der Arbeitslosigkeit gezwungen, Teilzeitverträge anzunehmen. Für eine einmalige Zahlung, die in manchen Fällen nicht mal 2000 DM ausmacht, sollen die Lehrer zwei Monate unterrichten, mit täglicher Kündigungsfrist und 13 Wochenstunden, so daß sie nach dem Vertragsende kein Arbeitslosengeld bekommen können. Das Recht dazu besteht erst ab 14 Wochenstunden. Mit einer Protesterklärung gegen die Teilzeitverträge gerüstet zogen Junglehrer in Freiburg, Stuttgart, Göppingen, Waldshut zur Vertragsuntezeichnung. Die Herren fühlten sich gestört. Als sie den Lehrern „mehr Staatsbewußtsein“ während der Verpflichtung einhämmern wollten, wurde mit der Diskussion über die Protesterklärung der erste Schritt zum Widerstand gegen Maßnahmen des Dienstherrn eingeleitet.

Beabsichtigt hat die Landesregierung mit diesen Teilzeitverträgen, den Tatbestand der Lehrerarbeitslosigkeit zu verschleiern. Einleiten will sie damit die Nichteinstellung im Herbst bzw. die Vergabe von Nebenlehrerstellen, wo-

GEW Hessen

Landesweite Demonstration!

Frankfurt/M. Mitte Mai sollte eine landesweite Demonstration und Kundgebung der GEW Hessen stattfinden. Das hatte der Hauptausschuß der GEW Hessen am 3. März beschlossen. Die Vorbereitungen für die Demonstration zeigten, daß die Protestmaßnahme ein Signal für die Streikbereitschaft der Lehrer gegen die Angriffe des Dienstherrn werden würde. Denn an vielen Orten haben die Lehrer Protestmaßnahmen organisiert, an denen sich über 10000 Lehrer beteiligt haben. Dabei ist ein großer Unmut und Kampfbereitschaft sichtbar geworden.

Der erste GEW-Vorsitzende Hessens hat daraufhin eigenmächtig den Termin der Demonstration abgesetzt und praktisch auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben, denn er war nicht bereit, den gewerkschaftlichen Kampf zu organisieren. Seine Politik zielte auf gütliche „vernünftige Übereinkunft“ mit dem Dienstherrn, wodurch den Angriffen des Dienstherrn nicht entgegengetreten werden kann.

Gegen die Absetzung der Demonstration haben sich die GEW-Mitglieder in den Untergliederungen gewehrt. Aus vielen Kreisen und Bezirken wurde der Antrag gestellt, eine außerordentliche Hauptausschußsitzung Anfang Mai einzuberufen, um die nächsten Schritte festzulegen, vor allem aber die landesweite Demonstration erneut zu beschließen. Diesem Druck von unten mußte sich der Landesvorstand beugen. Am 7. Mai wird eine außerordentliche Hauptausschußsitzung stattfinden. Damit ist der Plan des Vorsitzenden vereitelt, die GEW in die Passivität zu führen. Gleichzeitig ist ein erster Schritt getan, um den Kampf gegen die Angriffe des Dienstherrn weiter zu entwickeln und für die Lehrerforderungen einzutreten. Der Hauptausschuß muß am 7. Mai Demonstration und Kundgebung in Wiesbaden für Mitte Mai beschließen. Diese Maßnahme muß als Spitze des gewerkschaftlichen Abwehrkampfes gegen die Arbeitszeitverlängerung und gegen die befristeten Einstellungsverträge geführt werden. Unter den Forderungen:

Keine Kürzung der Anrechnungsstunden! und: Unbefristete Einstellung aller Lehrer! werden die Lehrer den Kampf gegen die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen führen und sie werden auf der Kundgebung klar machen, daß sie gegen die Angriffe des Dienstherrn bereit sind, zu streiken. – (w.)

Griechische Eltern kämpfen für die Ausbildung ihrer Kinder

Düsseldorf. Seit zwei Jahren kämpfen griechische Eltern in Düsseldorf – sie haben sich in Elternkomitees organisiert – um eine Ausbildung für ihre Kinder, die ihre Fähigkeiten entwickelt und nicht verkümmern läßt. Sie wenden sich entschieden gegen eine Ausbildung, die zur Folge hat, daß ihre Kinder schon von vornherein „nur als Hilfsarbeiter geeignet sind".

Im November 1974 machten die griechischen Eltern dem Kultusminister in einem Brief ihre Vorstellungen über die Ausbildung ihrer Kinder deutlich. Sie stellten gegenüber dem Ministerium fest, daß dieser Staat verpflichtet sei, eine vernünftige Schulbildung der griechischen Kinder zu gewährleisten, und wiesen darauf hin, daß die Griechen in der BRD an diesen Staat ja auch Steuern zu entrichten haben.

Dieses Schreiben war noch geschrieben in der Überzeugung, daß der Kultusminister die Forderungen anerkennen würde. Aber die Eltern mußten feststellen, daß nichts geschah. Die Situation verschlechterte sich vielmehr.

Die griechischen Kinder werden noch heute ohne System und Plan hin- und hergeschoben zwischen griechischen und deutschen Lehrern, Unterricht fällt aus – zum Teil haben Kinder eine Stunde Unterricht am Tag –, Arbeitsmaterialien fehlen, Schüler werden von einer Schule an eine andere geschoben. An der Schule Schillstraße sind vom 1. September 1975 bis 31. Januar 1976 für die griechischen Kinder zirka 600 Unterrichtsstunden ausgefallen; die Anzahl der Schüler pro Klasse ist nicht einmal bestimmt, sie kann also beliebig gehandhabt werden.

Die griechischen Eltern schrieben weitere Briefe an die Kultusbürokratie. Außerdem an alle Parteien, die Kirchen, den DGB, die Grundschulen und die Lokalpresse. Eine Antwort oder gar eine Unterstützung haben die Eltern bisher nicht erhalten. Den Eltern ist von der Schulleitung der Schule Schillstraße, Frau Weck, die Bitte um einen Klassenraum, in dem sie sich versammeln wollten, um über Schulprobleme ihrer Kinder zu diskutieren, mit folgendem Vorwand abgeschlagen worden: „Die Polizei erlaubt nicht, daß in diesem Raum sich mehrere Personen versammeln."

Die griechischen Eltern haben sich daraufhin entschlossen, mit einem Streik ihren Forderungen Gewicht zu geben. Am 2.2.1976 traten die griechischen Eltern in den Schulstreik in den Schulen Schillstraße und Helmholtzstraße. Die Stellungnahme der Kultusbürokratie, vertreten durch den leitenden Ministerialrat Meis, war, „daß Streik kein Mittel sei, abweichende Meinungen in schulpolitischen Fragen durchzusetzen". Hieran zeigt sich deutlich die Haltung der Kultusbürokratie: Für sie geht es nur um „abweichende Meinungen", und das, obwohl die griechischen Eltern monatelange Anstrengungen machten, entschieden zu erklären, warum sie andere und bessere Ausbildungsbedingungen für ihre Kindern fordern.

An der Aussage dieses Herrn Meis kann die Unverschämtheit der Schulbürokratie abgelesen werden, die die Forderungen der ausländischen Eltern vom Tisch zu wischen versucht und verhindern will, daß sie ihre gerechten Forderungen durchsetzen.

Aber die Elternkomitees, hinter denen alle griechischen Eltern stehen, ließen sich nicht einschüchtern. Am 22.3. und 23.2.76 haben die griechischen Eltern an den Schulen Schillstraße und Helmholtzstraße ihre Kinder erneut nicht zur Schule geschickt. Sie kämpfen vor allem gegen eine staatlich verordnete Zwangsintegration ihrer Kinder in deutsche Klassen. Denn diese hat zur Folge, daß ihre Kinder weder Deutsch noch ihre Heimatsprache Griechisch ausreichend beherrschen und vor allem fachlich eine völlig unzureichende Ausbildung erhalten.

Das griechische Elternkomitee der Schule Helmholtzstraße erklärte in einer Presseerklärung vom 22.3.76, daß „nur ein schulisches Konzept erfolgreich sein kann, in dem
a) die Unterrichtssprache für alle Fächer griechisch ist;
b) Deutsch als zweite Sprache intensiv und von deutschen Lehrern gelehrt wird;
c) die musisch-technischen Fächer in Deutsch und zusammen mit deutschen Kindern gelehrt werden."

Den griechischen Eltern geht es vor allem darum, was aus ihren Kindern wird, wenn die Familie nach Beendigung des Arbeitsvertrages nach Griechenland zurückgehen muß. Die Eltern wissen, daß die Verlängerung ihrer Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen nicht garantiert ist, daß sie in der Krise als erste arbeitslos sind und abgeschoben werden. Sie haben klar erkannt, daß sie hier nur solange geduldet werden, wie es den westdeutschen Kapitalisten nützt.

In dem Brief vom 13.3.76 an den Kultusminister Girgensohn zitieren die griechischen Eltern den Beamten dieses Ministeriums Domhoff: „Das Risiko ist auf ihren Stirnen (den Stirnen der griechischen Kinder) geschrieben, daß sie auf alle Fälle ein oder zwei Jahre zurückbleiben." Die Eltern ziehen aus dieser unverschämten Aussage den richtigen Schluß, daß Domhoff als Vertreter dieses bürgerlichen Staates der Meinung ist: „Unsere Kinder sollen sich als ungelernte Arbeiter für die kommenden Jahre 1990 – 2000 bereithalten."

Die griechischen Eltern werden ihren gerechten Kampf entschlossen weiterführen. Als nächster Schritt ist eine Demonstration geplant. – (a.z./l.i., Kommunistische Gruppe Düsseldorf)



Die Forderung nach Einheitsschule unter der Kontrolle des Volkes war auf fast allen Demonstrationen am 1. Mai vertreten. Das Bild zeigt die Demonstration in Hamburg.

Ausgaben für „Jugendhilfe"

Milliarden für die Bewachung der Jugendlichen

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat zu ihrem „Hilfsprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit" (wir haben darüber in der KVZ Nr. 8 berichtet) ein „Anschlußprogramm" zur „Verbesserung der Beratung und Betreuung arbeitsloser Jugendlicher durch sozialpädagogische Fachkräfte" beschlossen. Neben den 40 Millionen, die die Landesregierung den Kapitalisten für die Vorbere tung von 10 000 Jugendlichen für die Akkordarbeit zuschiebt, bietet sie den „freien" (also hauptsächlich den kirchlichen) und den „öffentlichen Trägern der Jugendhilfe" 2,5 Millionen an für die Anstellung zusätzlicher Sozialarbeiter usw. Die sollen die Jugendlichen „zu Hause und an ihren Treffpunkten aufsuchen" und sie für die von der Landesregierung vorgesehenen Maßnahmen „motivieren".

Die Landesregierung weiß, die Jugendarbeitslosigkeit ist ein schlechter Nährboden für staatsfromme Gesinnung. Leichter verbreitet sich da der Gedanke, daß eine Gesellschaftsordnung abgeschafft gehört, die Hunderttausende von Jugendlichen zwingt, auf der Straße herumzulungern. Also schickt die Landesregierung den Jugendlichen Aufpasser auf den Hals. Das nennt sie „Jugendhilfe".

Für die Bewachung der Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes, soweit sie von der staatlichen Schulaufsicht nicht erfaßt wird, hat der bürgerliche Staat in den letzten Jahren immer mehr Geld ausgegeben. Schon 1974 über 3 Milliarden, wobei die laufenden Verwaltungskosten der Jugendämter (bzw. der Gesundheits- und Sozialämter, die in vielen Städten deren Funktionen wahrnehmen) und die Investitionen für den Bau von Heimen usw. noch gar nicht enthalten sind. Gegenüber 1973 ist das eine Zunahme von 25 Prozent.

Als berufene Vollstrecker benutzt der bürgerliche Staat dabei in wachsendem Maße die „freien Träger der Jugendhilfe", in erster Linie die Caritas und das Diakonische Werk. Fast 700 Millionen des Gesamtetats der „Jugendhilfe" gingen an die „freien Träger", 31 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Zuwachs ist also prozentual größer als der des Gesamtetats. Den Ausgebeuteten und Unterdrückten den Rükken krumm zu machen, in diesem Geschäft haben die Kirchen Fähigkeiten, und die weiß der bürgerliche Staat zu schätzen. (Hinzu kommt, die Kirche macht es billiger. Ein Fürsorgezögling in den Fingern der Kirche kostet im Jahr 5 000 DM weniger.)

Von den 3 Milliarden wurden allein 900 Millionen für Heime aufgewandt, in denen 62 000 Kinder und Jugendliche beaufsichtigt wurden, meist Kinder lediger oder geschiedener Mütter, die sich wegen ihrer Arbeit nicht ausreichend um ihr Kind kümmern können.

Anstatt die Kapitalisten gesetzlich zu verpflichten, den Lohnabhängigen Betriebskinderkrippen und -kindergärten zur Verfügung zu stellen, müssen die Eltern sehen, wie sie die Erziehung ihrer Kinder sicherstellen. Wo das Jugendamt dann die Erziehung für „gefährdet" hält, werden die Kinder ins Heim gesteckt. Die Aufwendungen für solche Heime lagen 1974 noch um 100 Millionen über den Aufwendungen für Kinderhorte und Kindergärten.

Für „Erholungspflege und Freizeithilfe", also vor allem für Jugendfreizeitheime und Jugendzentren, wurden dagegen nur rund 150 Millionen ausgegeben. Das ist weniger als 1972. Es ist bekannt, daß in vielen Städten die Etats für Jugendzentren zusammengestrichen wurden. Jugendzentren, in denen die Jugendlichen die Selbstverwaltung durchgesetzt haben, sind häufig geschlossen worden oder werden nicht mehr finanziert.

Dagegen gaben die Jugendämter fast eine halbe Milliarde dafür aus, etwa 25 000 Kinder und Jugendliche im Jahresdurchschnitt in staatlicher Zwangserziehung zu halten, 20 000 davon in Erziehungsanstalten. Etwa 7 000 wurden durch das Vormundschaftsgericht zu Fürsorgeerziehung verurteilt, die anderen fielen unter die sogenannten „freiwilligen Erziehungshilfen". Das heißt, die Behörde hat die Eltern oder einen Elternteil dahin gebracht, sich die Einweisung in die Erziehungsanstalt zu beantragen.

Pro Kopf und Monat verbraucht der bürgerliche Staat für die Bewachung und Zugrunderichtung eines Jugendlichen in einer Fürsorgeanstalt über 2 000 DM, obwohl an der Ernährung und Kleidung der Eingesperrten bis zum Äußersten gespart wird.

Von den 9 273, die 1974 aus der „Freiwilligen Erziehungshilfe" „ausschieden", waren 38 verstorben.

Gegenwärtig geht die Zahl der Kinder und Jugendlichen in den Erziehungsanstalten etwas zurück. Vor allem in den sechziger Jahren hat es in den Fürsorgeanstalten eine Revolte nach der anderen gegeben, und die Anstalten gerieten wegen ihrer Methoden unter Beschuß. Es ist dann viel von Reform geredet worden. Folgendes ist dabei herausgekommen. Einmal: Die Jugendämter haben mehr Jugendliche unter ihrer Aufsicht an andere Familien gegeben. Zum Beispiel an Bauern und kleine Geschäftsleute, die auf billige Arbeitskraft angewiesen sind, oder an Familien, die so arm sind, daß sie selbst durch die staatlichen Unterhaltszuschüsse ihre Haushaltskasse aufbessern können. Die Ausgaben für die Unterbringung bei Familien sind insgesamt auf 223 Millionen angestiegen. Für den Staat ist das wesentlich billiger als die Anstaltsunterbringung. Für einen Jugendlichen in Fürsorgeerziehung bei einer anderen Familie brauchte das Jugendamt nur 879 DM im Jahr zu bezahlen. Die Kosten für die staatliche Zwangserziehung werden also zu einem beträchtlichen Teil auf die Arbeiterfamilien und auf die Jugendlichen selber abgewälzt.

Haben die Gerichte 1967 46 000 Jugendliche und Heranwachsende abgestraft, so waren es 1973 58 000, davon 40 000 wegen „Eigentumsdelikten". Wurden 1969 11 289 Jugendliche zu Gefängnisstrafen verurteilt, so waren es 1973 schon 15 586. Für seine Gefängnisse hat das Land Baden-Württemberg z.B. 1975 105 Millionen ausgegeben bei durchschnittlich 6 780 Gefangenen.

Auf der anderen Seite haben die Jugendbehörden ihr Bewachungssystem weiter ausgedehnt. Ständig zugenommen hat die Zahl der sogenannten Beratungsstellen, und der „Außendienst" der Jugendämter ist ausgedehnt worden. Die Zahl der Kommunen unter der Rubik „soziale Sicherung", worunter auch die „Jugendhilfe" fällt, 1971 etwa 50 000 Beschäftigte, so sind es 1974 bereits 135 000.

Die Polizei im Rücken, werden Sozialarbeiter in die Familien geschickt, um auszuschnüffeln, ob sich die Verhältnisse dort zur Zufriedenheit des bürgerlichen Staates entwickeln.

Die Ausgaben für Beratungsstellen usw. sind gegenüber 1972 auf über das Doppelte gestiegen und verschlingen inzwischen bereits über 400 Millionen DM. – (hv)

VW stellt 400 Jugendliche als Schichtarbeiter ein

Wolfsburg. Die Kommunistische Volkszeitung hat schon mehrmals über Pläne des VW-Werks berichtet, 400 jugendliche Arbeitslose einzustellen. Der VW-Vorstand hat jetzt mit dem Betriebsrat folgendes ausgehandelt: Die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren werden als ungelernte Schichtarbeiter in der Produktion arbeiten. Hauptsächlich in der Vormontage, z.B. in der Kabelabteilung, in der Polsterei oder der Schalttafelmontage. In Gruppen bis zu acht sollen sie unter einem Aufseher sich ständig wiederholende Arbeiten machen. Abgedeckt ist das durch das neue Jugendarbeitsschutzgesetz, das am 1. Mai in Kraft getreten ist. Obwohl sich die Arbeit kaum von der der erwachsenen Arbeiter unterscheidet und der Akkordarbeit sehr nahe kommt, sollen die Jugendlichen erheblich schlechter entlohnt werden, etwa 1 300 DM sollen sie erhalten. „Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit" nennt Schmücker höhnisch die Tatsache, daß das VW-Kapital gierig seine Klauen nach jugendlichen Arbeitskräften ausstreckt, um billige Lohnsklaven aus ihnen zu machen. Dafür erhält das VW-Kapital auch noch 60 Prozent der Löhne aus der Kasse der Arbeitslosenversicherung ersetzt.

Krankenpflegeschüler bereiten Demonstration vor

Bremen. Der Bremer Senat plant die Streichung von 177 Planstellen an den Krankenhäusern. Dafür sollen die Krankenpflegeschüler wieder auf den Bettenschlüssel angerechnet werden. Das heißt größere Ausnutzung der Arbeitskraft und Verschlechterung der Ausbildung. Ausbildungspersonalräte von drei Krankenhäusern rufen zu einer Demonstration am 12. Mai gegen die Pläne des Senats auf.

Saarland: 60 Grundschulen sollen geschlossen werden

Saarbrücken. Der saarländische Ministerpräsident gab Ende April bekannt, daß die Landesregierung die Schließung von 60 der 170 saarländischen Grundschulen plant. Begründung: Aufgrund des Geburtenrückgangs säßen schon in vielen Klassen weniger als 20 Kinder. Tatsache ist: Laut Statistischem Bundesamt beträgt die Zahl der Schüler pro Klasse im Saarland durchschnittlich 29 Schüler. Wenn es ein paar kleinere Klassen in dünner besiedelten Gebieten gibt, heißt das, daß die Schüler in den Städten in Klassen mit weit über 30 Schülern zusammengestopft sind. Mit der Schließung von 60 Grundschulen würden diese nicht nur voller, die Schüler müßten auch weitere Anfahrtswege in Kauf nehmen.

Jugendzentrumsversammlung in Waltrup solidarisiert sich mit dem Kampf der Druckarbeiter

Waltrop (NRW). Die zirka 45 Teilnehmer der Vollversammlung des Jugendzentrums Waltrop am 30.4.76 solidarisierten sich in einer Resolution mit dem Kampf der Arbeiter in der Druckindustrie. In der Resolution heißt es: „Wir unterstützen die berechtigten Forderungen der Drucker nach 9 % mehr Lohn und daß kein Kollege mit weniger als 140 DM aus der Lohnrunde herauskommt.

Es ist ein großer Erfolg für die Kampfkraft der Drucker, daß sie sich nicht mit 5,4 % haben abspeisen lassen, sondern daß sie die Urabstimmung durchgeführt haben und in den Streik getreten sind.

Die konsequente Fortführung dieses Kampfes wird zum Erfolg führen und verdient die Solidarität aller Lohnabhängigen."

Außerdem wurden 26,73 DM gesammelt, die den streikenden Druckern übergeben wurden.

Erst Blutvergiftung – dann gefeuert

Essen. Vom Beginn der Ausbildung in der Metzgerei Gunkel in Essen berichtete ein Lehrling der Ortsbeilage der Kommunistischen Volkszeitung folgendes:

„Als ich den ersten Tag dort anfing, gab man mir gleich ein Messer in die Hand, und ich sollte gleich loslegen. Da das für mich eben alles neu war, schnitt ich mich auch gleich tief in die Hand. Der Chef meinte, das wäre ja nicht so schlimm. Er desinfizierte die Wunde und klebte ein Pflaster drauf. Ich mußte sofort wieder an die Arbeit. Als ich dagegen protestierte, gab man mir die Antwort: Stell dich nicht so an! Nach kurzer Zeit löste sich das Pflaster durch das Fett, mit dem ich pausenlos in Berührung kam, und die Wunde war nicht mehr bedeckt. Die Wunde konnte sich auch gar nicht schließen, weil ich mit der Hand ja arbeiten mußte. Nach fünf Tagen hatte ich eine Blutvergiftung. Der Arm tat verteufelt weh und mußte geschient werden. Während ich den Krankenschein hatte, erzählte mir ein anderer Lehrling, daß er seinen Arm schon bis an die Schulter blau hatte und trotzdem arbeiten gekommen sei. Ich sagte ihm, daß ich nicht so doof bin, meine Gesundheit aufs Spiel zu setzen. Jedenfalls, als ich wieder gesund war, bekam ich gleich die Papiere. Wahrscheinlich hatte der Chef etwas von meiner Unzufriedenheit erfahren. Jetzt stehe ich ohne Lehrstelle und bin arbeitslos."

Anmerkung: Die Fleischereiberufsgenossenschaften verzeichnen jedes Jahr die höchste Zahl von Arbeitsunfällen. 1974 kamen auf 1 Million Arbeitsstunden 103,2 Unfälle.

Debatte auf der 1: Mai Demonstration in Köln

„Für die Reichen, da gibt es keinen § 218“

Köln. Der Frauenausschuß der IG Chemie Köln trug am diesjährigen 1. Mai ein Transparent auf der Demonstration mit der Forderung „Weg mit dem § 218!“

Als im IG-Chemie-Zug der DGB-Demonstration dann lautstark die Forderung „Weg mit dem § 218! Volksentscheid!“ gerufen wurde, entspann sich zwischen fünf oder sechs IG-Chemie-Kollegen, die vor dem Transparent des Frauenausschusses gingen, folgendes Gespräch.

„Das ist aber nicht alles Gewerkschaft hier.“ „Wieso?“ „Naja, § 218.“ „Doch, da ist ein Antrag beschlossen auf der Hauptversammlung, für ersatzlose Streichung.“ „Aber wieso Volksentscheid? Das ist doch Frauensache, die müssen damit fertig werden.“ „Von wegen Frauensache, machst du da nicht mit?“ „Jeck, aber letzten Endes sind die Frauen doch die, die das entscheiden müssen, die müssen das ja auch durchmachen.“ „Nee, durchmachen und entscheiden muß das die ganze Familie. Das geht ja den Mann auch an, ob das nun geht mit dem Kind oder nicht.“ „Aber die Frau, für die ist das ja auch eine gesundheitliche Gefahr. Und dann noch die ganzen Kurpfuscher, denen muß man auch beikommen. Das muß das Gesetz regeln. Dafür braucht der Staat auch den Paragraphen.“ „Nein, dafür braucht der Staat den Paragraphen 218 nicht. Diese Kurpfuscher gibt es doch nur, weil das alles illegal ist. Weil es in sauberen Kliniken und bei Ärzten nicht gemacht wird. Es ist ja verboten. Darum landen Frauen beim Kurpfuscher. Unsereiner ist ja auf sie angewiesen.“ „Genau, wenn es einer versucht auf legalem Wege, dann muß er erst zig Gutachten und Scheine mitbringen.“ „Und dann ist immer noch nicht gesagt, daß die Abtreibung gemacht wird. Diese ganzen Nonnenkrankenhäuser. Die Kirche ist ja auch dagegen. Die machen das doch nie. Die Kirche dürfte da überhaupt nichts zu sagen haben.“ „Ach, das ist doch alles nur Gesetz, damit wir doof gehalten werden. Wir haben da gar nichts zu sagen. Staat und Ärzte, das sind hier die Herren. Am Bundesverfassungsgericht, das sind sowieso alles ahl Büggele (alte Beutel, Anm. d. Red.), die das verabschiedet haben. Und die Ärzte, die sind nur so strikt dagegen, weil sie jetzt drei-, viertausend Mark mit einer Abtreibung verdienen.“ „Ja, und bei den reichen Frauen machen die Chefärzte Reibach mit den Abtreibungen. Unsereiner steht blöd da, wenn für das Kind nicht genug da ist. Aber für die Reichen, da gibt es keinen § 218. Da kommt doch ein Arzt nach Hause ans Bett und macht 'ne Abtreibung.“ „Da hast du ein wahres Wort gesprochen!“

Drei der Kollegen wollten sofort eine Plakette gegen den § 218 von einem Mitglied des Frauenausschusses haben. – (u., Köln)

Bericht aus einer Wiesbadener Klinik

Der § 218 macht die Ärzte zu Polizisten

Wiesbaden. Aufgrund einer Unterleibsentzündung mußte ich zwei Wochen in der städtischen Frauenklinik Bahnholz verbringen. Ich lag auf der Station, auf der auch legale Abtreibungen vorgenommen werden. Die Behandlung dort spottet aller Beschreibung. Frauen, die wochenlang von Arzt zu Arzt gelaufen sind, weil sie sich ein weiteres Kind nicht leisten können, weil der Mann arbeitslos ist und sie allein die Familie ernähren müssen oder weil sie aus gesundheitlichen Gründen kein Kind bekommen sollen, und die zu den wenigen Ausnahmen gehören, die die Erlaubnis für eine Abtreibung erhalten, kommen ins Bahnholz.

Wenn sie vorher noch nicht aufgegeben haben, dann wird im Bahnholz noch das Möglichste getan, die Frauen doch noch von ihrem Vorhaben, das Kind abtreiben zu lassen, abzubringen. Eine Frau z.B., die freitags schon mit allen Sachen im Bahnholz war, wurde wieder nach Hause geschickt mit der Begründung, es seien keine Betten frei, obwohl drei Betten auf der Station leer standen. Montags sollte sie wieder anrufen; montags waren immer noch Betten frei, trotzdem bekam sie erst am Mittwoch ein Bett.

Gleich nach den ersten Untersuchungen müssen die Frauen dann einen Zettel unterschreiben, daß sie mit dem Eingriff einverstanden sind und von eventuellen Folgen unterrichtet wurden. Meine Erfahrungen bei einer solchen Einverständniserklärung vor Operationen sind, daß die Ärzte dann sagen, daß sie zwar nichts garantieren können, daß aber im allgemeinen nie etwas Unvorhergesehenes passiert. Anders hier: Die Frauen bekommen vom Stationsarzt Behnke gesagt, wie gefährlich der Eingriff ist, daß Nerven verletzt werden können usw., so daß manche sich wirklich nicht mehr sicher sind, ob sie das nun unterschreiben sollen. Hat die Frau nun immer noch nicht zurückgesteckt und unterschreibt den Zettel, so geht sie zumindest mit einer Heidenangst in den Operationssaal. Eine Frau z.B. hätte, nachdem sie den Zettel unterschrieben hatte, fast doch noch ihre Sachen gepackt und wäre nach Hause gegangen, hätte ihr nicht eine Schwester gesagt, daß alles nicht so schlimm ist, wie der Arzt es erzählt hat.

In den Operationssaal müssen die Frauen dann meistens zweimal, denn meistens wird vor dem Eingriff noch eine Spange zur Ausdehnung der Gebärmutter eingesetzt: erstes Mal Narkose. Am nächsten Tag wird dann die Abtreibung vorgenommen: zweites Mal Narkose, so daß man zweimal unter den Nachwirkungen der Narkose zu leiden hat. Obwohl die Absaugmethode weniger schmerzhaft und einfacher ist, wird sie nicht angewandt. Wer einmal im Bahnholz abgetrieben hat, soll nie wieder auf die Idee kommen.

Mit allen Mitteln will der Staat den § 218 durchsetzen.

Die Polizeifunktion, die Ärzte hierbei ausüben, wird ebenfalls deutlich an einem Beispiel aus dem Bahnholz: Eine Frau, die im dritten Monat mit Blutungen eingeliefert worden war, wurde vom Arzt fertiggemacht, sie solle doch zugeben, daß sie es hätte selbst wegmachen wollen, aber das brauche sie gar nicht zu denken, man würde in der Klinik alles tun, um das Kind zu halten und er würde ihr nur wünschen, daß sie einen richtigen Rakker bekäme, mit dem sie nicht fertig würde, der ihr alles heimzahlt. Im vierten Monat hat die Frau dann doch ihr Kind verloren.

Gegen diese Schikanen gibt es nur eins: Der § 218 muß weg! – (g.d., aus Ortsbeilage Wiesbaden der KVZ Nr. 16)



Die Komitees gegen den § 218 haben mit Plakaten und zahlreichen Veranstaltungen zur Teilnahme an den Demonstrationen am 1. Mai mobilisiert. Seit 100 Jahren kämpft die Arbeiterklasse für die Abschaffung des § 218. Am 1. Mai 1976 wurden die Forderungen nach ersatzloser Streichung des § 218 und nach einem Volksentscheid gegen den § 218 in allen Demonstrationen vertreten. Das Bild zeigt die Demonstration in Wetzlar.

Der neue „Warenkorb“ der Sozialhilfe

Fünf Mark zum Essen am Tag und eine Tageszeitung im Monat

Vom „Netz der sozialen Sicherung“ hört man die bürgerlichen Politiker häufig schwärmen. Die Zahl derer, die sich in diesem „Netz“ verfangen haben, nimmt ständig zu. Rentner, die von ihrer Rente nicht leben können, Arbeitslose, die zu wenig erhalten oder gar nichts, wie z.B. Mütter mit kleinen Kindern, die keinen Platz für das Kind während der Arbeit haben und deshalb auch kein Arbeitslosengeld erhalten, oder Schulabgänger ohne Arbeit, für sie bleibt nur noch der Weg zum Sozialamt. Von der staatlichen Fürsorge waren schon 1973 über 1,7 Millionen Menschen abhängig. Die Ausgaben für Sozialhilfe stiegen von 1973 auf 1974 erneut um 26 Prozent auf 7,14 Milliarden.

Nach dem Bundessozialhilfegesetz, Paragraph 1, soll die Sozialhilfe die „Führung eines Lebens ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht“. Die Wirklichkeit ist anders.

Seit dem 1. Januar 1976 beträgt der „Regelsatz“ für die „Hilfe zum Lebensunterhalt“ 268 bis 272 DM. Wer über 65 ist, erhält 30 Prozent mehr. Ein Ehepaar erhält zusammen 490, für ein Kind unter sieben Jahren wird 122 DM gezahlt, bis 11 Jahre 176 DM usw. Zusätzlich bezahlt das Sozialamt die Miete und, wenn genehmigt, unerläßliche größere Anschaffungen.

Diesen Regelsatz schlägt alle paar Jahre der „Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge“ vor, in dem Funktionäre der Sozialbehörden und Kirchenvertreter sitzen. Die rechnen dann aus, „wieviel der Mensch braucht“. Die Länder beschließen darüber. Im „Kölner Stadtanzeiger“ vom 24. April war der neue „Warenkorb“ veröffentlicht. Von den 272 DM soll, so die Behörde, ausgegeben werden: 58 Prozent für Ernährung, 8 Prozent für Strom und Gas usw., 9 Prozent für Wäsche und Hausrat, 11 Prozent für Körper- und Gesundheitspflege, 13 Prozent für persönliche Bedürfnisse und 1 Prozent für Sonstiges. In der Zeitung berichtet ein Mann, der streng nach Anweisung gelebt hat: „Nach zwölf Tagen war ich fix und fertig. (...) Ich ging mit knurrendem Magen ins Bett und stand mit knurrendem Magen auf.“ 157,76 DM im Monat, das sind 5,25 DM pro Tag für Ernährung. Pro Tag sind das u.a.: 101 Gramm Fleisch und Wurst, 20 Gramm Fisch, ein halbes Ei, 40 Gramm Käse, 20 Gramm Butter, 20 Gramm Margarine, 254 Gramm Brot, 203 Gramm Kartoffeln, 270 Gramm Obst und Gemüse. Der Prokopfverbrauch an Fleisch und Wurst in der Bundesrepublik (die Kinder mitgezählt) liegt bei 215 Gramm am Tag.

Daß dies Wenige für 5,25 DM eingekauft werden kann, behaupten die Behörden. Wer nicht auskommt, erhält als Antwort z.B.: „Freßt Pellkartoffeln und Blutwurst, dann kommt ihr aus!“ (So auf dem Sozialamt in Friedberg)

Daß 21 DM für Gas und Strom ausreichen sollen, behauptet die Behörde ebenfalls. Obwohl die amtliche Statistik für den Durchschnittshaushalt von „Renten- und Sozialempfängern“ schon 30 DM für den November pro Person angibt.

Zu den „persönlichen Bedürfnissen“, heißt es im Gesetz, „gehören in vertretbarem Umfange auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben“. Das heißt: Für den Hausvorstand monatlich eine Tageszeitung, eine halbe Kinokarte, 300 Gramm Kaffee, 50 Gramm Tabak und drei Flaschen Bier. Die Familie eines Arbeiters mit zwei Kindern zwischen fünf und zehn bekäme z.B. eine niedrigere Arbeitslosenhilfe vom Sozialamt auf monatlich 788 DM aufgestockt, dazu die Miete, wobei Wohngeld und Kindergeld abgezogen werden. Die amtliche Statistik gibt für November 1975 die Verbrauchsausgaben für einen entsprechend großen Haushalt mit einem etwa durchschnittlichen Arbeiterlohn ohne Miete mit 1 563 DM an, wobei Ausgaben für ein Auto z.B. noch nicht eingerechnet sind. Allein für „Nahrungs- und Genußmittel“ sind 752 DM aufgeführt.

Wer Sozialhilfe erhält, kann gezwungen werden, „gemeinnützige Arbeit“ z.B. auf dem städtischen Friedhof, für ein paar Pfennige zu leisten. Wer sich weigert, hat „keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt“. „Unwirtschaftliches Verhalten“ wird mit Beschränkung der Sozialhilfe auf das „Unerläßliche“ geahndet.

Sozialhilfe solle die „Arbeitswilligkeit erhalten und fördern“, sie müsse „daher immer unter dem niedrigsten Arbeiterlohn liegen“, so ein Beamter des Sozialamts in Bremen.

Eine Gesellschaft, die mit solchen Mitteln die „Arbeitswilligkeit erhalten“ muß, ist reif, daß sie abgeschafft wird. – (hv)

Erfahrungen mit dem kapitalistischen Gesundheitswesen

Bei 41 Grad Fieber über die Sprechanlage abgewiesen

Dissen. Am Sonntag, 14. März, erkrankte ich plötzlich und bekam 41 Grad Fieber. Ich rief das Rote Kreuz an, damit ich ins Dissener Krankenhaus gebracht werden konnte. Der Fahrer meinte, daß er mich ohne Einweisung für stationäre Behandlung nicht ins Krankenhaus bringen könne. Das war um vier Uhr morgens. Ich rief beim Arzt an, der Wochenenddienst hatte, der war telefonisch „nicht zu erreichen“, d.h. aus dem Telefonhörer ertönte dauernd das „Besetzt“-Zeichen. Ich fragte dann direkt beim Dissener Krankenhaus an, wo mir der Pförtner sagte, daß ich hinkommen sollte, weil es sich um einen Notfall handele. Ich kam also hin, wohlgemerkt, mit 41 Grad Fieber.

Empfangen wurde ich von einem herumschnauzenden diensthabenden Arzt, der sich wohl in seiner Nachtruhe gestört sah – und mich wieder nach Dissen zurückschickte: zu Herrn Strack, der Wochenenddienst hatte und – wie gesagt – telefonisch nicht zu erreichen war. Zu diesem fuhr ich mit meinem Mofa. Unterwegs wäre ich beinahe ein paarmal umgekippt, weil mir einige Male schwarz vor Augen wurde.

Wer nun aber glaubt, daß mich dieser Herr Strack behandelt hätte, der täuscht sich. Er ließ mich vor der Tür stehen, um mir über die Sprechanlage zu erklären, für mich sei ein Arzt in Bad Rothenfelde zuständig, da meine Hausärztin dort ihre Praxis hätte. Die war momentan in Urlaub.

Ich hatte das ganze Theater leid und fuhr mit der Taxe nach Osnabrück, wo ich ins Marienhospital eingewiesen wurde, und zwar sofort auf die Intensivstation. Zusätzlich hatte ich noch eine Thrombose, wodurch ich eigentlich nicht einmal transportfähig war.

Was ich hier mit den Ärzten „erlebt“ habe, ist beileibe kein Einzelfall.

Bei einer Bekannten z.B. erkrankte eines ihrer Kinder und bekam Luftnot, der Arzt, der kam, hatte überhaupt keine Ahnung, wie man so etwas behandelt, fluchte nur auf den Krankentransport. Das nächste Kinderkrankenhaus war in Osnabrück. In Dissen gibt es auch ein Krankenhaus, aber sowas konnte hier nicht behandelt werden!

In bezug auf die kinderärztliche Versorgung trifft die Unterversorgung auch auf Dissen und Umgebung zu, aber bei mir war es noch etwas anderes: Es gibt genug Ärzte in Dissen und Bad Rothenfelde, die das hätten behandeln können. Nur, wenn man glaubt, es handele sich um Idealisten, die der Unterversorgung auf dem Lande ein Ende bereiten wollen, hat man sich getäuscht. Was sie anzieht, ist der Kurbetrieb in Bad Rothenfelde und die Tatsache, daß die ganze Umgegend als Ruhesitz für alternde Industriekapitäne, Generäle etc. dient. Während in Bad Rothenfelde die medizinischen Einrichtungen von vornherein nur den Kurgästen zur Verfügung stehen, sorgt in Dissen die gut betuchte Kundschaft der Umgebung dafür, daß die Ärzte reich werden. Warum also, mag sich Herr Strack gesagt haben, soll ich mir wegen einer Kassenpatientin die Nachtruhe stören lassen? Das herrschende Gesundheitssystem ist nicht in der Lage, die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung zu gewährleisten. – (ak, Dissen)

„Das Schlimmste ist die Demütigung“

Bremen. Frau A. ist Frührentnerin, erwerbsunfähig unter anderem wegen eines schweren Magenleidens. Sie bewohnt eine 2-Zimmer-Wohnung der Neuen Heimat in der Vahr. Die Miete zahlt das Sozialamt. Neuerdings wird auch die monatliche Heizkostenpauschale von 40 DM in voller Höhe übernommen. Dafür aber müssen Heizkostennachzahlungen von der Mieterin in Zukunft allein getragen werden.

Die vom Sozialamt abhängige Mieterin wagt jetzt nicht mehr, das Wohnzimmer ausreichend zu beheizen. „Wovon soll ich denn die paar hundert Mark Nachzahlung bezahlen, wenn das Amt das nicht mehr übernimmt?“ Dafür hätte sie in der Tat keinen Pfennig mehr übrig. Sie muß mit zirka 380 DM monatlich auskommen. Davon sollen Lebensmittel, Kleidung, Strom usw. bezahlt werden. Ferner die Mehrkosten für Wäsche und Treppenhausreinigung – Arbeiten, die sie aus Krankheitsgründen nicht selbst übernehmen kann.

Um besondere Anschaffungen, wozu unter diesen Verhältnissen sogar schon ein Rock oder Bettwäsche zählen, muß mit dem Sozialamt ein aufwendiger Kleinkrieg geführt werden. Als im Sommer ein Kühlschrank notwendig wurde, genehmigte das Sozialamt nur den laut Katalog billigsten. Da dieser aber in keinem Geschäft in Bremen vorrätig war, mußte Frau A. nach viel Lauferei schließlich ein teureres Gerät nehmen und die Preisdifferenz selbst draufzahlen.

„Das Schlimmste ist die Demütigung, die man bei jedem Gang aufs Sozialamt erfahren muß.“ Der Zynismus der staatlichen Stellen kennt dabei keine Grenzen. Seit einer Magenoperation muß Frau A. nach ärztlicher Anordnung unter anderem täglich 150 g Butter essen. Der im Unterstützungsbetrag des Sozialamtes eingerechnete Pflegezusatz von 30 DM reicht nicht hinten und nicht vorn. Die Auskunft des Gesundheitsamtes: „Die Krankenbeihilfe könnte nur erhöht werden, wenn es sich um Magenkrebs gehandelt hätte; aber es war ja nur eine gutartige Geschwulst.“ Seit kurzem wurde der Wert der Buttermarken von 1,20 DM auf 0,65 DM gesenkt, weil – so das Sozialamt – die „Butter ja billiger geworden ist“.

PH Lüneburg:

Keine Regierungsvertreter in der Prüfungskommission!

An vielen Hochschulen finden gegenwärtig Streiks und Aktionen gegen die Verschärfung der Prüfungsbedingungen statt. In Zahlen sieht dies, wie eine Umfrage des Fachschaftsrates der Psychologiestudenten in Braunschweig ergab, folgendermaßen aus: Verschlechterung der Noten im Vordiplom in fünf von sieben Fächern zwischen 0,3 und 0,9 Noten von einem Semester aufs andere. In einigen Fächern des Hauptdiploms Verschlechterung bis um eine halbe Note. Zweck dieses Manövers des bürgerlichen Staates ist die Verschärfung der Unterdrückung der Studenten durch das Prüfungswesen, um sie so für die bürgerlichen Lehrinhalte gefügiger zu machen. Politische Zensur in den Prüfungen und Polizeiknüppel, mit diesen Methoden versucht die bürgerliche Wissenschaft sich zu behaupten.

Lüneburg. Von Montag bis Mittwoch dieser Woche führten die Studenten der Pädagogischen Hochschule Lüneburg eine Urabstimmung für einen aktiven Streik durch. Ihre Forderungen sind: Regierungsprüfer raus aus den Prüfungen! Polizei raus aus der PH! Keine Anzeigen gegenüber Studenten durch den Dekan! Anerkennung der Prüfung des Kommilitonen H.! Einspruchsrecht des AStA in allen Prüfungsangelegenheiten!

Folgendes ist die Vorgeschichte. Die Konferenz der Prüfungsamtsvorsitzenden, ein Organ des Kultusministers in Niedersachsen, hat beschlossen, daß sich der Prüfungskandidat in Zukunft nicht mehr alle drei Prüfer frei wählen sich der Prüfungskandidat in Zukunft nicht mehr alle drei Prüfer frei wählen kann, sondern nur noch zwei. Der dritte Prüfer soll durch das Prüfungsamt eingesetzt werden, wobei es sich hier auch um einen Vertreter der Bezirksregierung handeln kann. Weiterhin wurde eine Verschärfung der Prüfungsanforderungen festgelegt.



Bremen. 900 Studenten protestierten gegen die Erhöhung der Sozialwerksgebühren von 5 auf 12 Mark und gegen die Sperrung der Zuwendungen des Bremer Senats an den AStA, nachdem dieser zu einem Zahlungsboykott aufgerufen hatte. Über 1000 Studenten verweigerten bislang die Zahlung der erhöhten Sozialwerksgebühren.

An der PH Lüneburg stieß die Verschärfung der Prüfungsordnung von vornherein auf Widerstand. Insbesondere nachdem herauskam, daß einer der Regierungsvertreter namens Glüh, der als Prüfer teilnehmen sollte, gleichzeitig Anhörungsverfahren geleitet hat, in denen die politische Gesinnung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst geprüft werden soll. Von Anfang an war die Forderung, unter denen die Lüneburger PH-Studenten ihre Aktionen aufnahmen: Keine Regierungsvertreter in der Prüfungskommission.

Dienstag, 13. April: Über 100 Studenten blockierten eine Prüfung, um die Anwesenheit des Regierungsvertreters in der Prüfung zu verhindern. Erst durch massiven Polizeieinsatz erreichte die staatliche Seite, daß der Regierungsvertreter und -spitzel Osterwald an der Prüfung teilnehmen konnte.

Mittwoch, 14. April: Auf einer Vollversammlung wurde von den 250 Studenten bei nur 10 Enthaltungen eine Resolution der Kommunistischen Studentenzelle verabschiedet, welche die dentenzelle verabschiedet, welche die prinzipielle Richtigkeit der Aktion vom 13. April bekräftigt und in der es heißt: „Dieser Schritt ist gerechtfertigt und muß auch in den kommenden Prüfungen am 26. April, wo wieder Regierungsvertreter erscheinen, von der Studentenschaft weitergeführt werden." Weiterhin erhoben die Studenten in dieser Resolution die Forderung, „daß die Verfaßte Studentenschaft das Recht erhält, in allen Prüfungsangelegenheiten Einspruch zu erheben". Der von MSB- und SHB-Studenten getragene AStA hetzt zu diesem Zeitpunkt („chaotische Aktionen") noch gegen die Aktionen der Studenten.

Mitwoch, 21. April: Hochschulvollversammlung, an der auch ein Teil des Lehrkörpers teilnimmt, so daß insgesamt rund 500 Personen anwesend sind. Mehrheitlich wird die Forderung erhoben, daß in den Prüfungskommissionen keine Regierungsvertreter sitzen dürfen und wird der Polizeieinsatz vom 13. April verurteilt. Beschlossen wird auch weiterhin, die Teilnahme von Regierungsvertretern an der Prüfungskommission zu verhindern.

Mittwoch, 28. April: An diesem Tag sollen zwei Prüfungen unter der Teilnahme von Regierungsvertretern stattfinden. Um den Beschluß der Vollversammlung durchzusetzen, versammeln sich rund 200 Studenten vor dem Prüfungszimmer und verhindern, daß der Regierungsvertreter hinein kann.

Regierungsvertreter hinein kann.

Gegenüber den Spaltungsversuchen der Regierungsseite, die insbesondere auf die Prüflinge Druck auszuüben versucht, entwickelt sich eine Debatte über die Forderung „Einspruchsrecht des AStA in allen Fragen der Prüfungsordnung!". Schnell wird klar, daß dies eine geeignete Forderung ist, um den Spaltungsversuchen der Regierungsseite entgegenzutreten

Nach zwei Stunden wird von seiten der Leitung der Pädagogischen Hochschule die Polizei geholt, um dem Regierungsprüfer den Weg frei zu machen. Rund zwanzig Polizisten rücken an, greifen einzelne Studenten heraus, um sie festzunehmen, und zerren sie aus dem Gebäude heraus. Auch die Studenten gehen nach draußen und versuchen die Festnahmen zu verhindern. Wieder massiver Knüppeleinsatz von seiten der Polizei, ein Student wird durch Androhung des Schußwaffengebrauchs zum Stehen gezwungen und mit vorgehaltener Pistole in einen Polizeiwagen geführt. Ein anderer wird mit Knebelketten zum Wagen gebracht. Kurz darauf werden sie wieder freigelassen. Rund 200 Studenten ziehen daraufhin in einer Demonstration durch die Stadt, halten dort zwei Kundgebungen, auf denen sie ihre Forderungen erläutern, und ziehen dann wieder in die Pädagogische Hochschule zurück, wo jetzt die zweite Prüfung mit einem Regierungsvertreter ansteht.

Erneut sammeln sie sich vor dem Prüfungsraum und verhindern, daß der Regierungsvertreter herein kann. Seitens der Leitung der Pädagogischen Hochschule wird jetzt keine Polizei mehr geholt. Die Studenten und der Prüfling fordern, daß die zwei anwesenden Prüfer die Prüfung durchführen sollen, auch ohne Anwesenheit des Regierungsvertreters, und daß diese Prüfung gültig sein muß. Die Prüfung wird ohne den Regierungsvertreter, der nicht durchkommt, durchgeführt.

Donnerstag, 29. April: Auf einer Vollversammlung, an der jetzt rund 500 Studenten teilnehmen, wird beschlossen, eine Urabstimmung für einen Streik durchzuführen, der Montag bis Mittwoch dieser Woche durchgeführt werden soll. Dazu wird eine Resolution verabschiedet mit den Forderungen: Regierungsprüfer raus aus den Prüfungen! Polizei raus aus der Pädagogischen Hochschule! Keine Anzeigen gegenüber Studenten durch den Dekan! Anerkennung der Prüfung des Kommilitonen H.! Einspruchsrecht des AStA in allen Prüfungsangelegenheiten!

Auch der AStA, der sich anfänglich von den Aktionen der Studenten isoliert hatte, sieht sich jetzt gezwungen, die Forderungen der Studentenschaft zu unterstützen.

Dekan und Prodekan gaben eine Erklärung heraus, daß sie als Hausherren nicht mehr die Polizei holen werden, um den Regierungsvertretern die Teilnahme an den Prüfungen zu ermöglichen. In einer weiteren Erklärung sprechen sich dreißig Mitglieder des Lehrkörpers gegen eine Teilnahme von Regierungsvertretern an den Prüfungen und gegen den Polizeieinsatz aus.

Montag, 3. Mai: Erneut soll eine Prüfung mit einem Regierungsvertreter stattfinden. Auf einer Vollversammlung bekräftigen 500 Studenten, daß man dies verhindern wird. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst in Hannover hat mittlerweile den Dekan der Pädagogischen Hochschule Lüneburg angewiesen, zur Durchsetzung der Prüfung die Polizei zu holen. Als sich dieser weigert, wird ihm vom Ministerium das Hausrecht entzogen und dem höchsten Verwaltungsbeam- und dem höchsten Verwaltungsbeam- ten für Pädagogische Hochschulen in Niedersachsen, Hesse, erteilt. Dieser reist zur Wahrnehmung seines Hausrechts, sprich zur Einleitung des Polizeieinsatzes, eigens von Hannover nach Lüneburg an. Eine Einstweilige Verfügung des Dekans der Pädagogischen Hochschule Lüneburg gegen die Entziehung des Hausrechts durch das Ministerium wird vom Verwaltungsgericht abgelehnt. Als die Prüfung stattfinden soll, blockieren 400 Studenten den Prüfungsraum, erheben ihre Forderungen und hindern den Regierungsvertreter daran, den Raum zu betreten. Daraufhin rücken auf Befehl Hesses 200 Polizisten an, die teilweise aus Oldenburg zusammengezogen wurden, um den Widerstand der Studenten zu zerschlagen. Diese hatten bereits vorher beschlossen, sich in einer solchen Lage aus dem Dekanat zurückzuziehen und in der Aula zu versammeln. Beschlossen wurde, daß man auch die Prüfung am nächsten Mittwoch verhindern wird, sowie eine Demonstration in der Stadt für Donnerstag. Red.

Göttingen. Gegen die Verschärfung der Prüfungsordnung befinden sich auch die Göttinger PH-Studenten seit letzten Donnerstag im unbefristeten Streik. In einer Urabstimmung, an der sich 1517 (53 %) der eingeschriebenen 2800 Studenten beteiligten, hatten sich 1247 (82 %) für den Streik ausgesprochen. Das Prüfungsamt im PH wird seitdem von den Studenten Tag und Nacht besetzt gehalten. Auf einer Vollversammlung letzten Donnerstag beschlossen die anwesenden 1000 Studenten, den Lehrbetrieb lahmzulegen. Seitdem ruht er.

Braunschweig. Die Vollversammlung der Studenten der Pädagogischen Hochschule Braunschweig vom 4. Mai, auf der 350 Studenten anwesend waren, lehnte einstimmig den Erlaß der Landesregierung, der eine weitere Verschärfung der Prüfungen bedeutet, ab. Die Vollversammlung solidarisierte sich mit dem Kampf der streikenden Studenten in Lüneburg und Göttingen und beschloß Donnerstag dieser Woche einen Aktionstag gegen den Prüfungserlaß durchzuführen.

Vorsitzender der IG Druck solidarisiert sich mit Forderungen der Studenten

Lüneburg. Mit den Forderungen der Studenten der Pädagogischen Hochschule gegen die Verschärfung der Prüfungsordnung und gegen die Teilnahme von Regierungsvertretern an den Prüfungen solidarisierte sich inzwischen auch der Vorstandsvorsitzende der IG Druck und Papier Lüneburg. Die Studenten der Pädagogischen Hochschule verabschiedeten auf ihrer Vollversammlung am 29. April eine Resolution, in welcher sie sich mit dem Streik und der Forderung der Drucker für eine Lohnerhöhung um 9 Prozent, mindestens aber 140 DM für alle gleich solidarisierten.

Geheimsache des Vorstandes

Bonn. Am 4. Mai fand die erste Sitzung des neugewählten Zentralrats der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) statt. Eine Beschlußfassung über Vorbereitung und Aufruf zu der von der Mitgliederversammlung beschlossenen Demonstration der VDS am 22. Juni wurde von der Mehrheit der Sozialdemokraten und DKP-Revisionisten im Vorstand und Zentralrat des Verbandes verhindert. Sie erklärten den Aufruf des Verbandes zur Demonstration zur Geheimsache des Vorstandes. Damit versuchen sie, die Studenten zu umspielen und sich freie Hand zu schaffen, um über ihre Vorstandsposten und -machenschaften ihre falsche und den Kampf der Studenten schwächende Politik durchzusetzen.

Marburger Bund gegen Forderungen der Medizinstudenten

Frankfurt. Am 9. Mai findet in Frankfurt eine Fachkonferenz der Medizinstudenten in der VDS statt. Haupttagesordnungspunkt ist die Fortführung des Kampfes gegen die Einführung des Praktischen Jahres, so wie es von der Bundesregierung beschlossen wurde. In Streiks im letzten Wintersemester haben Tausende von Medizinstudenten ihre Forderungen zum Praktischen Jahr aufgestellt: Abschluß eines Tarifvertrages zwischen ÖTV und Krankenhausträgern, Abschluß eines Ausbildungsvertrages zwischen den Auszubildenden und dem Lehrkrankenhaus, Anerkennung des Status als Auszubildende. Für die „Aussetzung" des Praktischen Jahres hat sich mittlerweile der Marburger Bund (Verband der angestellten und beamteten Ärzte Deutschlands) stark gemacht. Keineswegs geht es ihm dabei aber um die Unterstützung der Interessen der Studenten. Im Gegenteil, ausdrücklich sprach er sich dagegen aus, den Studenten im Praktischen Jahr die Möglichkeit politischer und gewerkschaftlicher Betätigung einzuräumen. Nicht Unterstützung, sondern Spaltung und Schwächung der Protestbewegung der Medizinstudenten, das ist sein Ziel.

der Medizinstudenten, das ist sein Ziel.

Fensterfront der bestreikten Pädagogischen Hochschule Göttingen

„Zum Zwecke politischer Observation"

Es ist unwahr, daß „die politische Kontrolle durch den Verfassungsschutz auf der Grundlage neuer Prüfungsordnungen schon auf akademische Prüfungen ausgedehnt wird". Erich Frister, Vorsitzender der GEW.

Nach der Prüfungsordnung in Nordrhein-Westfalen können an Prüfungen Personen mit „dienstlichem Interesse" teilnehmen. „Ein Ministerialbeamter räumte während einer öffentlichen Diskussion ein, daß diese Teilnahme auch zum Zwecke politischer Observation erfolgen könne." (Zitat nach b:e, April 1976)

Nach dem vorliegenden niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzentwurf sind Dienststellen verpflichtet, „unaufgefordert" Erkenntnisse über Personen dem Verfassungsschutz mitzuteilen. Das gilt dann natürlich auch für die Mitglieder eines Prüfungsausschusses.

Nachrichten

Mainz/Mannheim/Tübingen/Westberlin. Die Versammlung der Fachschaftsvertreter der Universität Tübingen verabschiedete am 29. April eine Solidaritätsresolution mit dem Streik und den Forderungen der Druckarbeiter nach 9 Prozent und mindestens 140 Mark für alle gleich mehr Lohn. Die Fachschaften Germanistik, Geschichte und Romanistik der Universität Mainz verabschiedeten am selben Tag eine entsprechende Resolution. Dort heißt es: „Wir verurteilen die brutalen Aussperrungsmaßnahmen des Unternehmerverbandes! Wir wünschen Eurem Streik vollen Erfolg!" Eine Solidaritätsresolution mit den streikenden Druckern wurde ebenfalls einstimmig verabschiedet vom Studentenparlament der Fachhochschule für Sozialwesen in Mannheim und von der Vollversammlung der Chemiestunden der TU Berlin.

Darmstadt. Gegen die verschärften Prüfungsbedingungen, das Ordnungsrecht und Hochschulrahmengesetz traten die Studenten der Technischen Hochschule Darmstadt in einen unbefristeten Streik. In einer Urabstimmung, an der sich 4241 Studenten (49 % der eingeschriebenen) beteiligt hatten, stimmten 86 % für aktiven Streik.

Oldenburg. Am 29./30.4. streikten die Tutoren und Hilfskräfte an der Universität. Grund war ein Erlaß des Wissenschaftsministeriums, der die Streichung der Hälfte der Tutorenstellen vorsah. Die Forderungen des Streiks waren: Rücknahme des Erlasses! Verlängerung und Neuausstellung der Verträge für alle Tutoren bei voller Bezahlung!

Freiburg. Zu einem spontanen Mensaboykott kam es am Montag an der Universität Freiburg. Neben dem normalen Mensaessen zu 1.60 DM sollte plötzlich ein weiteres als Stammessen II zu 2.10 DM verkauft werden. Offensichtlich soll so eine weitere Verschlechterung des Essens zu 1.60 DM vorbereitet werden. In der Mensa I wurde der Zugang zum Stammessen II blockiert. Durch Sprechchöre und minutenlanges Besteckgeklapper wurde erreicht, daß das Stammessen II für 1.60 DM verkauft wurde. In der Mensa II wurde die Ausgabe des Stammessens II weitgehend verhindert. Die Boykottaktion wurde vom Mensapersonal, für welches die Essenskosten kürzlich erhöht worden waren, teilweise unterstützt.

Konstanz. Gegen die Erhöhung der Pflichtstundenzahl führten die Studenten des Fachbereiches Literaturwissenschaft der Universität einen einwöchigen Streik durch. In einer Urabstimmung, an der sich 51 Prozent der Studenten am Fachbereich beteiligt hatten, sprachen sich 87 Prozent für einen Streik aus.

Frankfurt. Durch Einsatzung kommissarischer Fachschaftsvertreter will Universitätspräsident Krupp die selbständigen Vertretungsorgane der Studenten beseitigen. Bislang haben von den 100 eingesetzten Studenten knapp 5 – soweit bekannt – diese Quislingsaufgabe übernommen. 32 gaben eine Erklärung ab, in der sie dies ablehnten.

Göttingen. Hier dauert der Streik der Psychologiestudenten gegen die Verschärfung der Prüfungsordnung an. Mittlerweile haben die Assistenten den streikenden Studenten Verhandlungen angeboten. Auf einer Vollversammlung am Montag erklärten sich die Studenten dazu bereit, wenn zuvor die Drohung des BAföG- und Scheinentzugs zurückgenommen, der geforderte Übungsstoff verringert wird, die Studentenvertretung wieder Schlüssel für alle Räume des Instituts erhält. Was die Verhandlungen betrifft, so beschlossen die Studenten am Streikziel festzuhalten.

Frankfurt. Der Fachschaftsrat Psychologie der Universität Frankfurt erklärte sich in einer Resolution mit den streikenden Psychologiestudenten in Göttingen solidarisch. Auch hier wird eine Verschärfung der Prüfungsordnung vorbereitet.

Gießen. Die Aufenthaltsgenehmigung zweier iranischer Studenten, die für das Gebiet der gesamten BRD gilt, ist jetzt auf das Gebiet von Gießen und Umgebung begrenzt worden. Diese ungeheure Eingrenzung der Freizügigkeit der beiden Studenten, ausgesprochen vom Gießener Oberbürgermeister Schneider, wird damit begründet, daß sie sich an der Besetzung der iranischen Botschaft in London aus Protest gegen die Hinrichung iranischer Revolutionäre beteiligt haben. Die Vollversammlung der Studenten der Univesität hat für Donnerstag dieser Woche eine Demonstration geen diesen Schritt der politischen Entrechtung der iranischen Studenten beschlossen. Sie fordert: Aufhebung der Aufenthaltsbegrenzung für die iranischen Kommilitonen.



Revolutionäre Soldaten treten für die allgemeine Volksbewaffnung ein: 1. Mai 1976, Hamburg. Trotz Verbot haben in den meisten Städten und Orten Soldaten in Uniform an den diesjährigen Maidemonstrationen teilgenommen. In Wetzlar forderten die Soldaten zum Beispiel: „Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr", „Lohnfortzahlung für Soldaten", „Einstellung aller Disziplinarmaßnahmen gegen Soldaten, die aktiv für ihre Interessen eingetreten sind„ „Dienstausgleich für alle Zusatzdienste". Aus Kassel wird berichtet, daß die Soldaten im Demonstrationszug und von den Zuschauern am Rand Beifall bekamen.

Seit 1972 überprüft der MAD alle Wehrpflichtigen

„Es ist die Frage, ob für eine politische Tätigkeit – vielleicht sogar für eine Überzeugung – eine Bestrafung durchgeführt werden soll; das wäre nämlich in diesem Fall." Dies antwortet der parlamentarische Staatssekretär Schmidt aus dem Verteidigungsministerium in der Fragestunde des Bundestags vom 31. März Abgeordneten, die sich darüber Sorgen machen, wie „rechtzeitig durch organisatorische Maßnahmen wie beispielsweise Versetzung" verhindert werden kann, daß kommunistische Soldaten in der Bundeswehr zu Vertrauensleuten ihrer Mannschaften gewählt werden.

Die Bourgeoispolitiker sind beunruhigt über die Breite und revolutionäre Richtung der politischen Entwicklung unter den Mannschaften, die sich in den Vertrauensleutewahlen immer
den Vertrauensleutewahlen immer
deutlicher ausdrückt. Die herrschende Klasse reagiert darauf mit der Vorbereitung schärferer Unterdrückungsmaßnahmen. Das hat der parlamentarische Staatssekretär Schmidt den Abgeordneten bedeutet: „Ich kann *nur* sagen, daß *alles* getan wird, um die Möglichkeiten der Beobachtung solcher Gruppen überall wahrzunehmen. Wir können von uns aus auch feststellen, daß das bisher in sehr zufriedenstellender Weise geschehen ist." Dieses Eigenlob für Unterdrückertätigkeit ließ sich die Bundesregierung letzte Woche in Fernsehen und Presse quittieren.

Zwar: „26 % der Zersetzungsarbeit in der Bundeswehr" gehe auf die Tätigkeit des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zurück. Das teilte der Militärische Abschirmdienst (MAD) in der vergangenen Woche im Fernsehen mit als Ergebnis seiner „Beobachtung". Die Zahl von „konspirativen Zusammenschlüssen in der Truppe" habe sich „inzwischen auf 109 erhöht. Initiatoren sind vor allem Angehörige des KBW", teilt der „Mannheimer Morgen" am 28. April mit.

Jedoch: In dem dort abgedruckten Bericht des Wolter von Tiesenhausen erfahren wir eine Bestätigung für den Umfang der politischen Bespitzelung und Verfolgung durch den MAD, wie er bisher nirgends veröffentlicht worden ist: „Seit 1972", berichtet Wolter von Tiesenhausen, „werden alle zur
von Tiesenhausen, „werden alle zur
Musterung anstehenden jungen Männer eines Jahrgangs überprüft. Dabei wurden Wehrpflichtige in der Stärke von anderthalb Brigaden (zirka 10000, d.Red.) herausgefiltert, die aufgrund ihres aktiven Engagements für verfassungsfeindliche Organisationen zu Einheiten ohne besondere Sicherheitsbedürfnisse eingezogen wurden."

Das sind Zeugnisse von dem Umfang der politischen Bespitzelung und Verfolgung, die die Bourgeoisie *bereits ausübt* mit ihrer nach Angaben des „Mannheimer Morgen" inzwischen aus 2000 vollamtlichen Spitzeln und Agenten bestehenden Geheimdiensttruppe MAD. Daß bei diesem Umfang vorsorglicher Unterdrückung seitens der herrschenden Klasse die Soldatenbewegung Fortschritte macht und selbst die als Organ „zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Vorgesetzten und Untergebenen" von der Bourgeoisie bestimmte Einrichtung des Vertrauensmannes gegen die Bourgeoisie und die Unterdrückung durch den Militärapparat auszunutzen weiß, läßt auf seiten der Bourgeoisie neben blankem Unverständnis die Furcht hervortreten.

Es ist die Furcht und das Unverständnis einer herrschenden Klasse, trotz Perfektion der Spitzelorganisation nicht in der Lage zu sein, die Widersprüche in ihrer Militärmacht zu meistern.

Die heutige Soldatenbewegung nimmt schon bei ihrer Geburt am Klas-
nimmt schon bei ihrer Geburt am Klas-
senkampf teil und unterwirft sich der politischen Unterdrückung in den Kasernen nicht. Wenn es an einem Standort Streikkämpfe der Arbeiter, politische Kämpfe der Volksmassen gibt, gibt es auch Solidarität aus den Kasernen. Das hat die Beteiligung der Soldaten an den Demonstrationen zum 1. Mai schlagend ausgedrückt. Umgekehrt steht die Soldatenbewegung nicht allein, die zahlreichen Beschlußfassungen aus Gewerkschaften, Schulen und Hochschulen zur Solidarität mit den wegen Auftretens gegen den § 218 verfolgten Koblenzer Soldaten sind bloß ein Beispiel.

Duckmäusertum oder Widerstand?

Rekruten kämpfen um ihre Rechte

Schwarzenborn/Truppenlager. Am 20.4. fand eine Mannschaftsversammlung der Rekruten der Ausbildungskompanie 1/5 im Truppenlager in Schwarzenborn statt (Knüll, Hessen). Diese Versammlung von zirka 130 bis 140 Rekruten war Ausdruck der Unzufriedenheit und des Widerstandes gegen eine Ausbildung zum Kadavergehorsam.

Zur Eröffnung der Versammlung faßte der Vertrauensmann die gemachten Erfahrungen kurz zusammen:

„Schon in der kurzen Zeit, in der wir beim Bund sind, haben wir gemerkt, wie rechtlos unsere Lage ist und wie sehr wir der Willkür und der Schikane ausgeliefert sind. Wir werden auf Befehl und Gehorsam gedrillt und das Denken über Sinn oder Unsinn dessen, was wir machen müssen, sollen wir uns abgewöhnen. Wenn wir im Unterricht zuviel ‚widersprechen' (weil wir zum Beispiel nicht einsehen, wieso wir für Samstag kein Essensgeld ausgezahlt bekommen, wenn wir vormittags nach Hause fahren), müssen wir Angst davor haben, wie am Samstag, dem 10.4., eine Stunde oder mehr länger putzen zu dürfen. Wenn uns ein Gewehr hinfällt, kann es passieren, daß wir zwölf Liegestütz machen müssen (wie letzte Woche im dritten Zug geschehen). Gewisse Vorgesetzte machen sich anscheinend einen Sport daraus, Aschenbecher oder Mülleimer umzukippen oder gar aus dem Fenster zu werfen (im zweiten Zug passiert), um uns zu schikanieren (das ist unzulässig und muß eine Beschwerde nach sich ziehen). Einem Kameraden aus dem ersten Zug wurde das ganze Spind ausgeräumt, weil er vergessen hatte, es abzuschließen. Sogar unseren geringen Wehrsold bekommen wir zum fälligen Zeitpunkt nicht ausgezahlt, ohne daß es für nötig gehalten wird, uns zumindest die Gründe dafür zu nennen.

Wir sollen offensichtlich das Gefühl bekommen, daß wir Puppen ohne eigenes Interesse und ohne eigenen Willen zu sein haben, und es kommt unwillkürlich die Frage auf: Warum soll uns der eigene Wille gebrochen werden, wenn wir im sogenannten Ernstfall angeblich für unsere eigenen Interessen kämpfen sollen? Ich meine, wir müssen uns für unsere Rechte einsetzen und unser Rückgrat grade lassen.
müssen uns für unsere Rechte einsetzen und unser Rückgrat grade lassen.
Dazu müssen wir zusammenhalten und über unsere Situation reden. Wir müssen aber auch über unsere minimalsten Rechte Bescheid wissen, und dashalb habe ich hier (am Schwarzen Brett) den Erlaß ‚Erzieherische Maßnahmen' ausgehängt, in dem sind auch einige Maßnahmen aufgeführt, die unzulässig sind . . . "

Die Mannschaftsversammlung beschließt

Dies hatte der Vertrauensmann, ebenso wie die Informationen zum Beschwerderecht, ebenfalls am Schwarzen Brett ausgehängt.

Da der Kompaniechef nur 40 Minuten für die Versammlung zugestanden hatte, war nicht mehr viel Zeit zur Diskussion. Die Ausführungen des Vertrauensmannes wurden noch von einigen Kameraden unterstützt und noch mehr Beispiele für die entrechtete und entwürdigende Lage der Rekruten genannt. Daraufhin wurden einhellig folgende Forderungen aufgestellt:

1. Pünktliche Auszahlung des Wehrsoldes!
2. Ausreichende Duschzeit und Einbau neuer Duschen! (Für jeweils zirka 50 Rekruten stehen nur je zwei Duschen zur Verfügung und der Dienstplan sah bisher nur 30 Minuten Duschzeit vor.)
3. Dienstausgleich für GvD (Gefreiter vom Dienst)! (GvD ist ein 24-stündiger Wachdienst mit nur 4 Stunden Ruhezeit. Dieser Dienst geht von 12.00 mittags bis 12.00 mittags. Während der Woche müssen die Rekruten, die GvD haben, in ihrem unausgeschlafenen Zustand noch den ganzen Nachmittag und eventuell Abend den normalen Dienst mitmachen, und wenn man am Wochenende dazu eingeteilt wird, ist das Wochenende, auf das der Rekrut die ganze Woche über hinlebt, ohne Ausgleich futsch.)
4. Keine Disziplinierungsmaßnahmen bei Meinungsäußerung!
5. Aufklärung über Sinn und Zweck jeder medizinischen Behandlung! (Schon am ersten Tag der Grundausbildung wurden die Rekruten wie ein Viehtransport einer Test-Impfung unterzogen, ohne daß sie wußten, wie ihnen geschieht.)
6. Einen Aufenthaltsraum für die Kompanie! (Gegenwärtig sieht es nach Dienst so aus, daß nur die Alternative besteht, entweder in der mit acht bis zehn Mann überbelegten Stube rumzuhocken oder sich in der Kantine das Geld aus der Tasche ziehen zu lassen.)
7. Kein Alkoholverbot auf den Stuben! (Auf der einen Seite wird gesagt, die Rekruten könnten sich in der Kantine ruhig den „Kanal vollaufen lassen", wie sie wollen, aber auf der anderen Seite ist jedes gemütliche Zusammensitzen in der Stube mit einer Flasche Bier verboten.)

Reaktion des Kompaniechefs: verstärkte Schikane und Willkür

Im der Mannschaftsversammlung nachfolgenden Unterricht wurde der Kompaniechef zur Stellungnahme zu den Forderungen aufgefordert. Diese Stellungnahme kann man kurz und bündig mit einem Zitat des Kompaniechefs zusammenfassen: „Was soll's?" (Nur die Verlängerung der Duschzeit wurde zugestanden.)

Die Reaktion darauf, daß die Rekruten gewagt hatten, einen eigenen Willen zu haben und sogar noch auszusprechen und dann auch noch die Unverschämtheit besaßen, sich gegen Schikane und Willkür zu wehren, ließ nicht lange auf sich warten: Der Kompaniechef ließ das Schwarze Brett von dem oben abgedruckten Text und den Informationen über das Beschwerderecht säubern, weil ihm angeblich alles zu scharf formuliert war und er ja nun mal das Hausrecht hätte. Einige waren plötzlich ungewohnt zahm, andere wurden bissig. Die Zugführer erklärten: „Ihr werdet schon sehen, was ihr davon habt. Wir werden keine Aschenbecher mehr auskippen usw., sondern sofort zulässige ‚erzieherische Maßnahmen' anwenden." Jedes kleine „Dienstvergehen wird geahndet: Schlafen im Unterricht – Wochenende in der Kaserne, fünf Minuten zu spät im Bett – eine Nacht länger in der Kaserne usw."

Gleichzeitig planen einige Ausbilder

Gleichzeitig planen einige Ausbilder eine Verschwörung gegen den Vertrauensmann, wobei sie sich auf zukünftige Ausbilder unter den Rekruten zu stützen versuchen. Es wurde eine Liste ausgehängt, in die sich alle eintragen sollten, die die Abwahl des Vertrauensmannes fordern. Die Liste hing jedoch kaum, da hatte sie ein empörter Rekrut schon wieder heruntergerissen.

Dem Druck standhalten auf fester Grundlage

"Auf Grund des Druckes der Ausbilder gibt es jedoch viele, die meinen, daß es besser sei, klein beizugeben, denn man könnte doch nichts erreichen; einige wollen sogar zu den Ausbildern hinkriechen und darum bitten, doch wieder die Aschenbecher zum Fenster rauszuwerfen und nicht mehr allzu streng zu sein. Es gibt jedoch auch viele, die fest entschlossen sind, für ihre Rechte einzutreten und dem Druck standzuhalten, weil ihnen der Wind gut getan hat, der ihnen endlich frische Luft zum Atmen gegeben hat und weil sie gesehen haben, daß sie, wenn sie zusammenhalten, was erreichen können: nämlich gerade zu gehen und den eigenen Willen zu behalten. Die Situation spitzt sich zu und es ist noch nicht klar, ob das Duckmäusertum oder der Widerstand die Oberhand bekommen wird. Der Widerstand kann sich jedoch nur entwickeln, wenn er eine klare Grundlage bekommt, wenn sich die Rekruten Klarheit über den Charakter der Bundeswehr als Armee gegen das Volk verschaffen. Denn die Arbeiter, die zwangsweise in Uniform gesteckt wurden, sollen im Enrstfall im Interesse des westdeutschen Finanzkapitals gegen Arbeiter und Werktätige anderer Länder oder des eigenen Landes eingesetzt werden. Da kann man verstehen, warum den Rekruten der eigene Wille gebrochen werden muß. Wenn also der Arbeiter in Uniform erkennt, daß er im Interesse seiner Ausbeuter abgerichtet werden soll, wird er entschlossen genug sein, um allen Zwangsmitteln der Bundeswehr zu widerstehen. – (d., Schwarzenborn)

„Feuer frei" gegen Demonstrationen

Eine makabre Vorstellung bot sich vor einiger Zeit Soldaten der Heeresfliegerstaffel 101, die zur Vorbereitung einer Schießübung auf den entlegenen Truppenübungsplatz Ehra Lessien gekommen waren.

Sie wurden sozusagen Ohrenzeugen einer Übung zur brutalen Niederschlagung von Massenerhebungen – unverschleierte Bürgerkriegsvorbereitung der herrschenden Klasse. Denn von einer der benachbarten Schießbahnen, durch Waldgelände den Blick verdeckt, erhoben sich plötzlich vielstimmige Rufe, lautstarke Sprechchöre, bruchstückhafte Megaphon-Durchsagen usw. „Ho-Ho-Ho Chi Minh" schallte es rhythmisch herüber. In diese Geräuschkulisse einer großen Menschenmenge mischten sich später vergebliche Befehle der anderen Seite, sicher über Lautsprecherwagen wiedergegeben, die blechernen „Wir fordern Sie auf . . . ". Nach ein paar erfolglosen Drohungen dieser „Ordnungshüter" krachten dann die ersten Schüsse. Bald ging die ganze vorspielhafte Inszenierung völlig in Einzelfeuer und im Knattern von MP-Salven unter . . .

Mannschaftsdienstgrade, die sich das anhören mußten, zeigten sich über solche Hörbilder befremdet. Dies veranlaßte einen Oberfeldwebel zu der Vermutung: „Da übt wohl so eine neue Terror-Truppe der Polizei. Eindrucksvoll, nicht wahr?" – (xy, Soldat)

Z-Draht in der Kfz-Halle – Schikane gegen die Soldaten

Stadt Allendorf. Welcher Wert bei der Bundeswehr oft auf die Betriebssicherheit und damit die Gesundheit der Soldaten gelegt wird, um irgendwelchen „dienstlichen Belangen" Genüge zu tun, zeigt ein Beispiel aus der 1. Batterie des Beobachtungsbataillons 2.

Dort gibt es eine große Kfz-Halle. Neuerdings wurde zwischen die einzelnen Teile dieser Kfz-Halle auf Betreiben des Schirrmeisters sogenannter Z-Draht gespannt, damit man nicht mehr in der Halle herumlaufen kann.

Das Interesse der Soldaten am Dienst ist im allgemeinen so groß, daß sich Kameraden vielleicht mal in ein anderes Fahrzeug zum Knacken verziehen oder sonstwie ihren Arbeitsplatz verlassen. Wie sollten sie da auch Interesse haben, wo sie gezwungen sind, ihre Arbeitskraft für ein Spottgeld zu verschleudern? Die Offiziere, die keinen Kameraden überzeugen können, antworten mit Verschärfung des Drucks: Dieser sah eben so aus, daß ein Draht bis kurz unter die Decke gespannt wurde, der äußerst gefährlich ist. Schon bei kleinster Berührung bleibt man hängen. Es handelt sich um Draht, der aus dünnem Blech geschnitten ist und mit Widerhaken versehen ist.

Die Konsequenz ist nun nicht nur, daß man, wenn man sich z.B. Werkzeug ausleihen muß, viel länger gehen muß, sondern daß prompt auch ein Kamerad sich verletzt hat. Er ist mit dem Bein hängen geblieben und mußte dann an der Wade vom Arzt genäht werden, so groß war seine Verletzung. – (r., Initiative für ein Soldaten- und Reservistenkomitee, Marburg)

Die westdeutsche Lizenzbilanz:

Das Finanzkapital setzt auf Kapitalexport

Im vergangenen Sommer verkündete Bundeskanzler Schmidt das „Heraufziehen eines neuen Zeitalters", in dem „Volkswirtschaften wie die deutsche im wesentlichen Patente, Verfahrenstechniken und Blaupausen exportieren werden". Die Kommunistische Volkszeitung schrieb damals: „Eine Handvoll Kapitalisten, die es sich gut gehen läßt, ein paar Regimenter von hochqualifizierten Forschern, die für die Kapitalisten Ideen ‚produzieren', und ein Heer von Bediensteten der Kapitalisten, und all dies auf dem Rücken der Entwicklungsländer – das ließe sich Bundeskanzler Schmidt als ‚neues Zeitalter' gefallen." Die KVZ bezeichnete das als Parasitenträume, die darauf hinauslaufen, „ein Paradies für die Kapitalisten und die Hölle für die Massen zu schaffen". Und zwar für die Arbeitermassen in Westdeutschland wie für die Völker der Dritten Welt. (KVZ 34/75)

Die Bundesbank hat jetzt eine Untersuchung der Patent- und Lizenzbilanz vorgelegt. Auf den ersten Blick sieht es aus, als sei das gerade Gegenteil der Schmidtschen Verkündungen eingetreten. Die Einnahmen der Bundesrepublik aus dem Verkauf von Patenten, Erfindungen und Verfahren ins Ausland betrugen 1975 757 Millionen DM, die Ausgaben für Patente, Erfindungen und Verfahren aber 1793 Millionen DM. Die Bilanz ist also mit gut einer Milliarde stark negativ.

Das Bild verschiebt sich indes sofort, wenn die Bilanz aufgeschlüsselt wird zwischen solchen westdeutschen Firmen, an denen ausländisches Kapital nicht maßgeblich beteiligt ist, und denen mit maßgeblicher ausländischer Kapitalbeteiligung. Diejenigen Firmen, die vorwiegend im Besitz westdeutscher Kapitalisten sind, erzielten 1975 fast 720 Millionen DM Einnahmen im Lizenzverkehr mit dem Ausland, das sind 95 % der westdeutschen Gesamteinnahmen. Ihre Ausgaben lagen bei 410 Millionen DM, was 23 % der Gesamtausgaben ausmacht. Sie haben also erhebliche Überschüsse aus dem Verkauf von Lizenzen erzielt.

Kapitalexport gibt den Ausschlag

Anders die Firmen mit maßgeblicher ausländischer Kapitalbeteiligung. Diese erzielten 1975 nur 5 % der Einnahmen, machten aber 77 % aller Ausgaben und brachten es auf einen Ausgabenüberschuß von gut 1,3 Milliarden DM. Der Bericht der Bundesbank erläutert diesen Unterschied so: „Zu einem Lizenzexport als Alternative zum Warenexport kommt es bevorzugt zwischen eng verbundenen Unternehmen; häufig ist der Lizenzgeber die Muttergesellschaft des lizenznehmenden Unternehmens oder an diesem zumindest maßgeblich beteiligt. Dementsprechend läßt sich vermuten, daß zwischen der Höhe der Direktinvestitionen und dem Umfang der Lizenzzahlungen gewisse Zusammenhänge bestehen."

Der Lizenzexport ist also direkt gekoppelt an den Kapitalexport und die Existenz von Kapitalanlagen im Ausland. Ein Defizit oder ein Überschuß in der Lizenzbilanz zwischen kapitalistischen Ländern hat nichts zu tun mit dem wissenschaftlichen Erfindungsreichtum eines Volkes.

Die Bundesbank bestätigt das: „Die Lizenzbilanz kann ... nicht schlechthin als Indikator (Maßstab) für den Stand der Forschung und des technischen Fortschritts betrachtet werden."

So fließt der größte Teil der Lizenzzahlungen aus der BRD an US-Konzerne, mehr als die Hälfte aller westdeutschen Ausgaben für Lizenzen und Patente. Die US-Konzerne sind gleichzeitig die mit Abstand wichtigsten ausländischen Kapitalanleger in der BRD. Fast 45 % der Auslandsbeteiligungen an Unternehmen in der BRD liegen in ihren Händen. Die Lizenzzahlungen wurden gezogen aus den westdeutschen Tochtergesellschaften der US-Monopole. Sie sind Teil des Profits, den sie aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westdeutschland ziehen.

Neben den USA hat von den größeren westlichen imperialistischen Ländern nur noch Großbritannien eine positive Lizenzbilanz. Es zählt laut Bundesbank zu den Ländern, „die bereits vor Jahrzehnten Direktinvestitionen beachtlichen Ausmaßes im Ausland vorgenommen und eigene Auslandsproduktionsstätten in größerem Umfang aufgebaut haben."

Das Nachholbedürfnis des westdeutschen Imperialismus

In dieser glücklichen Lage, von der Ausbeutung der Arbeiter auch in anderen Ländern profitieren zu können, waren die westdeutschen Kapitalisten zunächst nicht. „Die deutsche Wirtschaft, der Produktionsstätten im Ausland nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr zur Verfügung standen, hat zunächst bei der Erschließung ausländischer Märkte das Schwergewicht auf die Ausfuhr der im Inland erzeugten Güter gelegt." Das soll so nicht bleiben. Der Stachel der zweimal nach verlorenen imperialistischen Kriegen eingebüßten Kapitalanlagen im Ausland sitzt tief und angesichts jährlicher Tributzahlungen in Milliardenhöhe für Lizenzen, die vor allem der US-Imperialismus aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westdeutschland zieht, wird die Erinnerung daran lebhaft.

Wie entschieden hier auf Abhilfe gesonnen wird, macht ein Datum deutlich, das über den „Spiegel" bekannt geworden ist. Drei Viertel aller vom Münchner ifo-Institut befragten Firmen gab 1975 an, bis 1978 mehr im Ausland als zu Hause investieren zu wollen (Nr. 46/1975). Der Bericht der Bundesbank ist denn auch hinsichtlich der Lizenzgebühren zuversichtlich. „Der in den letzten Jahren verstärkte Aufbau von Produktionsstätten im Ausland könnte nach einer gewissen Anlaufzeit durchaus zu einer entsprechenden Erhöhung der deutschen Einnahmen im Lizenz- und Patentverkehr mit dem Ausland führen."

Das sind heute ganz andere Töne, als sie in der Mitte der sechziger Jahre zu hören waren, wo auf ähnliche Meldungen über negative Lizenzbilanzen mit dem Schlagwort der Bildungskatastrophe geantwortet wurde. Bis in die Bourgeoisie hinein war damals die Auffassung verbreitet, daß die Forschung vernachlässigt worden sei und das Ausbildungsniveau von Teilen der gesellschaftlichen Arbeitskraft gehoben werden müsse. Das war der Reflex auf den Versuch, die erste schärfere Krise des westdeutschen Kapitalismus durch Behauptung und Ausdehnung des Warenexports zu überwinden. Die Forderung nach Bildungsreform war in aller Munde und die SPD verstand es, eingehüllt in den Fortschrittsmantel für die Politik des westdeutschen Imperialismus zu werben.

Davon kann bei Schmidts Verkündung des neuen Zeitalters des Blaupausenexports keine Rede mehr sein. Da wird nicht mehr mit dem Fortschritt gelockt, sondern mit Teilhabe an der Parasitenexistenz der Bourgeoisie, indem man andere Völker für sich arbeiten läßt. Schmidts „neues Zeitalter" ist die propagandistische Begleitmusik für die Wendung der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie zum verstärkten Kapitalexport.

Für die Arbeiterklasse scheint zunächst in dem „neuen Zeitalter" überhaupt kein Platz vorgesehen zu sein. Denn die produzieren ja schließlich keine Blaupausen. Aber das wäre eine falsche Annahme. Die Arbeiterklasse in Westdeutschland soll für dieses neue Zeitalter aufkommen. Sie muß durch verschärfte Ausbeutung das Kapital schaffen, das in andere Länder gebracht wird, um dort fremde Arbeitskraft sich einzuverleiben. Und aufkommen sollen dafür weiter die Länder der Dritten Welt. Hier haben die westdeutschen Imperialisten auch schon heute eine rundum positive Patent- und Lizenzgebühr vorzuweisen. 200 Millionen DM holen sie sich allein aus diesen Ländern, im wesentlichen wohl, indem sie Teile des Profits aus westdeutschen Tochtergesellschaften im Ausland als Lizenzgebühr deklarieren und so der Steuer in den Ländern der Dritten Welt entziehen und als ungeschmälerten Tribut an die westdeutschen Konzernverwaltungen überweisen. – (wm)

Spanien:



Maidemonstrationen in vielen Städten

Mit einer totalen Polizeimobilisierung versuchte das faschistische Regime in Spanien jede Maikundgebung zu verhindern. Das ist ihm nicht gelungen, obwohl schon am 30. April alle wichtigen Punkte der größeren Städte besetzt waren, obwohl in den Tagen vor dem 1. Mai Hunderte verhaftet worden waren, so allein in Pamplona 200, wo die Polizei eine illegale Versammlung der revolutionären Arbeiterorganisation ORT überfallen hat. Trotz der Polizeibelagerung fanden im ganzen Land große Maidemonstrationen statt. In Madrid konnten sich am Vormittag mehrere Demonstrationen formieren, am Nachmittag kam es zu einer gewaltigen Konfrontation mit der Polizei, die zu Pferd und mit Hartgummigeschossen vorging und 150 Personen verhaften konnte. Im Casa del Campo Park vor Madrid wurden im ganzen Verlauf des Tages immer wieder Kundgebungen organisiert und die Lieder des spanischen Widerstandes gesungen.

Die größte zusammenhängende Kundgebung und Demonstration gab es in Barcelona. Gegen die Angriffe der Polizei wurden Barrikaden errichtet, Straßen gesperrt und die Polizei mit Steinen beworfen. Eine genaue Übersicht war zu Redaktionsschluß noch nicht möglich. Aber aus den Verhaftungen, über die die bürgerliche Presse berichtet, kann auf das Ausmaß und die Breite der Kämpfe am 1. Mai geschlossen werden. Nach Angaben der „Neuen Zürcher Zeitung" wurden in Valencia vierzig, Bilbao dreißig, Malaga zweiundzwanzig, La Coruna fünfzehn, Santander dreißig Verhaftungen gemeldet, weitere aus Valladolid, Vigo, Granada, Almeria, „die zu demonstrieren versucht hatten". (Neue Zürcher Zeitung, 4. Mai) Die „Süddeutsche Zeitung" berichtet auch nicht viel mehr, als daß „die Gefängnisse überfüllt" seien. Schließen kann man aus diesen Meldungen, daß im ganzen Land gleichzeitig ein großer Angriff der Arbeiterklasse und der Volksmassen gegen das faschistische Regime, für Freiheit und Unabhängigkeit stattgefunden hat.

Solidarität mit den spanischen Michelin-Arbeitern

Durchschnittlich 560 DM monatlich verdient ein Arbeiter der Michelin-Werke in Valladolid, Spanien. Das wurde auf einem Flugblatt der IG-Chemie-Vertrauensleute für das Michelin-Werk Hallstadt bei Saarbrücken enthüllt. Die Vertrauensleute rufen in diesem Flugblatt auf zur Solidarität mit den Michelin-Kollegen in Spanien und zur Unterstützung ihres Streiks, der nun schon sechs Monate andauert. Die Arbeiter von Michelin in Valladolid streiken für eine Lohnerhöhung von 320 DM monatlich, für die Verringerung der Arbeitszeit zunächst auf 45 Stunden in der Woche und für die Anerkennung einer einheitlichen Betriebsvertretung für alle spanischen Michelin-Werke.

Der Streik der Michelin-Arbeiter findet breite Solidarität in ganz Europa. In sämtlichen französischen und italienischen Betrieben wurden schon Solidaritätsstreiks organisiert und Geld gesammelt. Vor dem Michelin-Werk Bad Kreuznach führte die IG Chemie eine Protestkundgebung durch und sammelte Geld und Unterschriften. In Frankfurt-Hoechst organisierten das Komitee „Freiheit für Spanien" und die Union spanischer Arbeitsemigranten (U.T.E.) am 2. Mai ein Solidaritätsfußballspiel. Dabei wurden über 1100 DM zur Unterstützung des Streiks der spanischen Michelin-Arbeiter gesammelt.

Imperialistische Erpressung Portugals

Am 31. März brachte „Blick durch die Wirtschaft" auf Seite 2 versteckt eine Erfolgsmeldung in dürren 16 Zeilen über eine gelungene imperialistische Erpressung Portugals. Die portugiesische Regierung war gezwungen worden, die Einfuhrbeschränkungen, die sie im Mai 1975 mit einer Laufzeit bis zum 31. März 76 erlassen hatte, nicht mehr zu erneuern. Es besteht nur noch eine Einfuhrsteuer auf Importe, die für Radios, Transistors und Kassetten auch noch von 30 auf 10 % herabgesetzt wurde. Das Handelsbilanzdefizit Portugals, das 1975 schon 5 Milliarden DM ausmachte, wird damit weiter steigen. Die Verschuldung des Landes anwachsen. Die Nichterneuerung der Einfuhrbeschränkung war eine der Bedingungen, welche die portugiesische Regierung erfüllen mußte, um einen EG-Kredit über 530 Mio DM zu bekommen. Nach den Kreditverhandlungen war Anfang März schon im „Handelsarchiv" Zollabbau für EG-Waren in Portugal verkündet worden. Warenimporte aus Westeuropa, speziell aus der Bundesrepublik als dem größten Importeur können jetzt das Land überschwemmen und treffen auf keine nennenswerten Hindernisse mehr bei der Vernichtung von hunderttausenden portugiesischer Bauern, Handwerker und Kleinkapitalisten, die nur unter der Bedingung der Unabhängigkeit des Landes ihre Produktion entwickeln könnten.

An den Kredit der Bundesregierung über 640 Mio DM, der im Februar für ein halbes Jahr gegen Goldsicherung gegeben wurde, war schon die Bedingung geknüpft, „dafür sei aber der versprochene Investitionsindex mit genauen Anlagebedingungen für ausländische Wirtschaftsinvestitionen unerläßlich". (Frankfurter Allgemeine, 4.2.76). Anfang April hat die portugiesische Regierung diese Vorschriften erlassen: Ausländische Kapitalanlagen sind demnach außerhalb der direkt staatlichen Betriebe und der nationalisierten Betriebe überall zugelassen, die vorhandenen ausländischen Kapitalanlagen werden garantiert. Ebenso wird zugesichert die Übertragung der Profite, die aus der Arbeit portugiesischer Arbeiter gezogen wurden, ins Ausland. Unzufrieden ist das „Handelsblatt", daß jährlich nur Profite in Höhe von 12 % des angelegten Kapitals ins Ausland gebracht werden dürfen. Aber auch da muß die portugiesische Regierung Zugeständnisse machen. Wenn ein ausländischer Betrieb mehr als 50 % seiner Produkte wieder exportiert, dann darf er Profite bis zu 20 % jährlich außer Landes bringen (Handelsblatt 12.4.). Ohne Unabhängigkeit des Landes gegenüber dem Imperialismus gibt es keine Entwicklung des Landes, sondern nur Ausplünderung. Und ohne Sturz der Dreieinigkeit von Großgrundbesitz, Großbourgeoisie und Macht der Imperialisten im Land ist die Befreiung von der Last des Imperialismus unmöglich.

Einige Daten über den Ausgang der Parlamentswahlen in Portugal

Bei der Berichterstattung über die portugiesischen Parlamentswahlen in der letzten Nummer der KVZ mußten wir uns auf Angaben vom Montag bis Mittwoch nach der Wahl stützen. Die Auszählung war zu dem Zeitpunkt nicht abgeschlossen. Daher einige Ungenauigkeiten und Mängel. Zunächst zur Wahlbeteiligung. Sie lag mit 83,29 % deutlich unter der vor einem Jahr mit 91,73 %. Statt 5665707 wurden nur 5090896 Stimmen abgegeben, also fast 600000 weniger, während sich die Zahl der Wahlberechtigten um fast 200000 erhöht hatte. Die UDP, das von der wiederaufgebauten Kommunistischen Partei PCP(r) initiierte Wahlbündnis, bekam 90507 Stimmen oder 1,69 %. 1975 erhielten drei verschiedene marxistisch-leninistische Organisationen zusammen 90038 Stimmen, was damals 1,59 % der abgegebenen Stimmen ausmachte. Die Arbeiter- und Bauern-Allianz (AOC), von der PCP/ML initiiertes Wahlbündnis, erhielt 15506 Stimmen. Die Bewegung für die Reorganisation der Partei des Proletariats (MRPP), die wie die AOC in der revisionistischen Partei (PCP) und dem Sozialimperialismus den Hauptfeind des portugiesischen Volkes sieht, bekam 35751 Stimmen. Beide waren bei der Wahl 1975 nicht zugelassen. Starke Stimmenverluste mußten die Organisationen hinnehmen, die in der FUR, der Vereinigten revolutionären Front, zusammengeschlossen waren. Die Sozialistische Volksfront (FSP) ging von 66161 auf 41020 Stimmen zurück, die Linkssozialistische Bewegung (MES) wurde von 57682 auf 30814 Stimmen fast halbiert. Es ist die Organisation mit den relativ höchsten Verlusten bei den Wahlen überhaupt. Die trotzkistische „Internationalistische kommunistische Liga" (CCI) gewann von 10732 auf 16063 Stimmen dazu. Und die Revolutionäre Arbeiterpartei (PRT), eine spontaneistische, den Revolutionären Brigaden nahestehende Organisation, die 1975 nicht kandidiert hatte, erhielt 5144 Stimmen. Unter den verschiedenen Strömungen in der revolutionären Bewegung sind die Marxisten-Leninisten zur dominierenden Kraft geworden. Das kommt auch bei den Wahlen zum Ausdruck.

Die Bantustans dienen den Imperialisten zur Aufrechterhaltung der schwarzen Lohnsklaverei

Sklaverei der Farbigen in Südafrika

„Am 26. Oktober des laufenden Jahres will die südafrikanische Regierung mit der „vollen Unabhängigkeit" der Transkei, eines landschaftlich lieblichen, geographisch weitgehend unterentwickelten Streifens Land am Indischen Ozean, unter Beweis stellen, daß ihre Politik für die Vielvölkergemeinschaft Südafrikas richtig sei," stellt die „Neue Züricher Zeitung", Blatt der schweizer Finanzbourgeoisie am 4.3.76 fest. Der Premier des südafrikanischen Kolonialregimes und Statthalter des imperialistischen Kapitals in Südafrika redet seit dem Sturz des portugiesischen Kolonialismus durch den Befreiungskampf der afrikanischen Völker von „Überwindung" der Apartheid-Politik durch eine „multinationale" Entwicklung, wo jeder Stamm eine selbständige Nation werden soll. Seiner Politik das „moralisch minderwertige Motiv des ‚Herrschaftsanspruchs als Rasse' zu unterstellen" sei Verleumdung. „Um die Erhaltung der Existenzgrundlage der weißen Minderheit, ihrer Arbeitsvoraussetzungen und ihres Besitzstandes" ginge es. (Nach Afrika-Post, 1/76)

In der Tat, nie hatte die Apartheid-Politik ein anderes Ziel, als dem imperialistischen Monopolkapital in seiner Gier nach Profit billigste afrikanische Sklavenarbeit zu liefern, um den Besitzstand einer kleinen Minderheit zu vermehren.

Der Kapitalismus, die Wurzel des Rassismus

„... daß die Expropriation der großen Volksmassen von Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten, diese furchtbare und schwierige Expropriation der Volksmassen bildet die Vorgeschichte des Kapitals", schrieb Marx im Kapital (I/S. 789). In den Kolonien existierte diese „Scheidung des Arbeiters von den Arbeitsbedingungen und ihrer Wurzel, dem Grund und Boden" noch nicht, deshalb wurde sie mit Kanonen durch die Kolonialisten erzwungen.

Heute verbreiten die südafrikanischen Rassisten, sie hätten ein unbesiedeltes Land vorgefunden und „kultuviert". In Wirklichkeit brauchten sie 100 Jahre, um den Widerstand der afrikanischen Bevölkerung soweit niederzuringen, daß sie ihr Land wegnehmen konnten. Im Landgesetz von 1913 legten sie fest, daß 87 % des Bodens der weißen Minderheit (19 % der Bevölkerung) gehören soll und nur 13 %, die schlechtesten Teile, den afrikanischen Massen (80 %), damit ihnen keine Möglichkeit zu einer selbständigen Existenz bleibt.

„... es würde schwierig oder unmöglich sein", sagte ein britischer Kolonialbeamter, „den Eingeborenen Land zuzuweisen, das ihnen ermög-
licht sich als Bauernvolk zu ernähren ... Ich
licht, sich als Bauernvolk zu ernähren, ... Ich halte es dagegen für wünschenswert, daß diese Menschen in Umstände gebracht werden, die sie zwingen, für ihren Unterhalt regelmäßig Beschäftigung zu suchen" (Sechaba, Juni 75).

Der frühere Rassistenpräsident Verwoerd drückte die Absicht so aus:

„Ich sehe das zukünftige wirtschaftliche System Südafrikas derart, daß es ständig Tausende Eingeborener auf den weißen Farmen, in den Bergwerken, in der Industrie und auch als Diener in weißen Häusern geben wird. Der Unterschied jedoch wird der sein, daß die Eingeborenen dort sein werden, nicht weil sie das Recht dazu haben, sondern auf ihre Bitte und die Gnade der Weißen hin. Bestenfalls werden sie Besucher in den weißen Gebieten sein." (Sechaba, Juni 75)

Ergebnis der Landaufteilung ist: Die 13 % Boden entfallen auf 8 verschiedene „Bantustans" oder „Heimatländer", wie die KZ-artigen Reservate beschönigend genannt werden. Von ihnen ist wiederum nur ein einziges, das kleine Sotho Süd ein geschlossenes Gebiet, die 7 anderen sind in verschiedene, vom Gebiet der Weißen umgebene Splitter zerrissen. Das „Zulu-Reservat" z.B. besteht aus 29 Parzellen. Zynisch stellt die „Afrika-Post", eine in der BRD erscheinende Propagandaschrift für das Apartheid-Regime fest: „Bophuthatswana (eines der Reservate, d.V.), von dessen derzeitigem Land nur 7 % kultuvierbar sind, ist dennoch eines der wohlhabensten Heimatländer."



Die Bantustans mit 13 % der Fläche sind für 15 Mio Schwarze, 87 % der Fläche haben sich die 3,7 Mio Weißen geraubt.
Bevölkerung Südafrikas: 21 Millionen (100 %); 15 Mio Schwarze (70,2 %), 3,7 Mio Weiße (9,4 %), 2 Mio Mischlinge (2,8 %), 0,6 Mio Inder u.a.
Ausgaben der Regierung für Schulbildung pro Schüler und Jahr: für Weiße 133,22 engl. Pfund, für Schwarze 8,44 engl. Pfund.
Einkommen Bergbau 1973: Afrikaner 27 Rand, Weiße 405 Rand. 1974: Afrikaner 67 Rand, Weiße 598 Rand.
Einkommen Industrie 1973: Afrikaner 67 Rand, Weiße 376 Rand. 1974: Afrikaner 100 Rand, Weiße 486 Rand. (aus Sechaba 1/76)

Reservoire für „Eingeborenenarbeit"

An den Heuerbüros, die in den „Heimatländern" eingerichtet sind, decken die einzelnen Kapitalisten ihren Bedarf an Sklavenarbeit. Wie Vieh werden die Arbeiter auf Lastwagen oder in Waggons verladen und an den Ort ihrer Vernutzung, der Fabriken, Plantagen, Bergwerke und Güter des internationalen Kapitals gebracht. Sie haben kein Recht, einen Arbeitgeber abzulehnen, mit dem Kapitalisten über die Bedingungen zu verhandeln, selbständig eine Gewerkschaft zu bilden, sie haben natürlich auch kein Recht zu streiken und es ist verboten, ihnen qualifizierte oder halb-qualifizierte Arbeit zu geben. Sie gelten nicht als Arbeiter, sondern als „helping hands", helfende Hände, so daß das Arbeitsrecht für sie nicht gilt. Die Kapitalisten sparen an der Krankenversorgung, Sozialversicherung und Altersversorgung, selbst bei der Ausbildung. Es ist billiger, die qualifizierte Arbeitskraft aus den imperialistischen Staaten zu importieren und dient der Aufrechterhaltung der Verhältnisse.

Halb Bauern, während sie in den Reservaten leben, halb Arbeiter – die Arbeitsverträge laufen jeweils bloß 1 bis 2 Jahre, können die Löhne unter den Produktionskosten einzelner Arbeiterfamilien gehalten werden. Die Reservate sorgen „quasi von Natur" dafür, daß diese Sklavenarbeit stets in Überfluß vorhanden ist und ihr Verschleiß keine Rolle spielt. „Wir haben eine ständig vorrätige Ware, die kein anderes unabhängiges afrikanisches Land besitzt – unbegrenzte Arbeitskraftreserven", brüstet sich kürzlich ein Minister des Rassistenregimes.

Die Hälfte aller Exekutionen der Welt!

Nur mit faschistischen Methoden kann das Kapital diese Zustände aufrechterhalten. Grundlage ist die Aufsplitterung in Stämme nach Sprachgruppen, um Afrikaner gegen Afrikaner auszuspielen und zu verhindern, daß die große Mehrheit der Afrikaner sich als Nation gegen die kleine Minderheit der Ausbeuter vereint. Der Aufsplitterung in Reservate entspricht, daß die Belegschaften nach Reservatszugehörigkeit gebildet werden, sie auch getrennt in den „Townships" genannten Wohnbaracken am Rande der Städte untergebracht werden. Versammlungen außer bei Begräbnis oder Hochzeit sind verboten, Gruppen über 3 Personen gelten als illegale Zusammenrottung. Zur Überwachung haben die Rassisten ein teufliches System erfunden. Ein Paßgesetz zwingt jeden Farbigen, eine Erkennungskarte bei sich zu tragen, in der sein Reservat, evtl. Arbeitsplatz und Township eingetragen sind sowie sein Strafenregister für Vergehen gegen die Rassengesetze, von Prügelstrafen für einfache Vergehen bis Gefängnis und Konzentrationslager. Es besteht kein Recht auf Freizügigkeit, aufhalten dürfen sich die Afrikaner nur immer auf dem Weg von einem dieser Orte zum jeweils bestimmten anderen.

Durchschnittlich werden täglich 1500 Personen nur wegen Vergehens gegen das Paßgesetz verhaftet. Eine Statistik gibt für 1966 bis 1967 einen täglichen Gefangenendurchschnitt von 73000 an, 59000 Afrikaner, 3000 Weiße, 400 Inder, 11000 Mischlinge. Die Hälfte aller Todesstrafen der Welt werden in Südafrika vollstreckt, im Durchschnitt werden wöchentlich 3 Afrikaner gehenkt. (Nach L'Apartheid et la France, ANC, Paris 1973) Das Wahlrecht für Afrikaner wurde 1950 durch den „South African Constitution Act" vollständig abgeschafft, nachdem es zuvor bereits eingeschränkt war.

Hand in Hand mit der physischen Unterdrükkung geht die Unterjochung des Bewußtseins der afrikanischen Massen. Um zu verhindern, daß die Ideen und Erfahrungen der Völker im Kampf für Demokratie, für nationale und soziale Befreiung Verbreitung finden unter den afrikanischen Massen, wird nicht nur die Schulausbildung vorenthalten, der Communism Act von 1950 verbietet jede gegen die herrschenden Verhältnisse gerichtete Äußerung. Jede Veröffentlichung ist verboten, die „unter anderem dazu dient, Ansichten Ausdruck zu verleihen oder Informationen zu verbreiten, die die Erreichung irgendeines der Ziele des Kommunismus beabsichtigen."

Gleichzeitig soll damit verhindert werden, daß unkontrolliert Informationen über Südfrika nach außen dringen und die Völker in den imperialistischen Staaten sich gegen die Imperialisten und Rassisten mit den afrikanischen Massen solidarisieren.

Wie groß die Anstrengungen sind, diese Verhältnisse aufrechtzuerhalten, macht folgendes Beispiel deutlich: „Südafrika gehört zu den wenigen Ländern in der Welt", schreibt der sozialdemokratische „Vorwärts" in einem verständnisvollen Artikel, „die sich allen Geboten des technischen Fortschritts zum Trotz gegen die Medienentwicklung des zwanzigsten Jahrhunderts stemmten." Erst jetzt wurde das Fernsehen eingeführt. „Dafür gab es verschiedene Gründe. An erster Stelle die Angst der weißen Bevökerung, TV-Programme könnten bei der schwarzen Mehrheit gefährliche ‚Bewußtseinsveränderungen' herbeiführen." (15.1.76) Deshalb hat man gleich das Farbfernsehen eingeführt, das deutsche PAAL-System und „die Fernsehapparate sind in Südafrika so teuer, daß sich kaum ein Farbiger einen Bildschirm leisten kann."

Die Geschichte beweist, der Rassismus hat seine Wurzeln in der kapitalistischen Ausbeuterordnung, die Rassisten, das ist das imperialistische Monopolkapital, seine Statthalter zur Aufrechterhaltung dieser Ausbeutungsbedingungen sind das südafrikanische Kolonialregime und die imperialistischen Regierungen. Ganz vorne unter den Ausbeutern liegt der BRD-Imperialismus, er ist der größte Handelspartner und zweitgrößte Investor (vgl KVZ 16/76).

Bloß die Verschleierung dieser Tatsache ist bezweckt, wenn die Bundesregierung erklärt: „Die Bundesregierung hat sich in der Vergangenheit – und wird dies auch in Zukunft tun, gegen jede Form der Rassentrennung und Rassendiskriminierung ausgesprochen. Sie läßt sich von dem Prinzip der Nichteinmischung leiten und lehnt infolgedessen jeden Versuch der Koppelung von Handel und Politik ab." (Kanzler Schmidt am 9.10.75 bei einem „Symposium über die Perspektiven der deutsch-afrikanischen Beziehungen")

Boykottmaßnahmen werden abgelehnt, noch mehr Handel, noch mehr Investitionen seien nötig, „wir wissen, daß eine prosperierende Wirtschaft den allgemeinen Lebensstandard hebt, integrierend wirkt und Spannungen – seien sie sozialer, religiöser oder auch ethnischer Art – zu beseitigen oder doch zumindest zu vermindern vermag", ergänzte Schmidts Adjudant, Staatsminister Moersch. In Wirklichkeit sind es die Superprofite, die Handel und Investitionen florieren lassen, und diese kommen von den niedrigen Löhnen, die sind durch die Wanderarbeit bedingt, die in der Landknappheit und den Bantustans als ergänzende Erhaltungsgrundlage des afrikanischen Sklavenheeres ihre Ursache hat.

Offen sagt SPD-Vorsitzender Brandt, worum es den Imperialisten geht, wenn sie von Aufhebung der Rassendiskriminierung in Südafrika reden. „Wir alle wünschen, daß sich die Entwicklung in diesem Raum in einer Weise vollziehen möge, daß einerseits die Grundsätze der Vereinten Nationen allmählich verwirklicht werden können, andererseits aber das wirtschaftliche und soziale Potential erhalten bleibt." (7.10.75) Erhaltung des „wirtschaftlichen und sozialen Potentials" heißt aber, daß die Imperialisten die Bedingungen für ihre Superprofite, für die rigorose Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskraft und damit ihre soziale und politische Unterdrückung unter allen Umständen aufrechterhalten wollen. Ihr Machtverlust gegenüber den afrikanischen Völkern durch den Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus und das weitere Anwachsen der Strömung für nationale und soziale Befreiung auch innerhalb der südafrikanischen Kolonialisten-Republik, die Festigung der Einheit der afrikanischen Staaten in der Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes zwingt die Imperialisten zu neuen Täuschungsmanövern. Mit Vorster, dem Premier des Rassistenregimes haben sie eine betrügerische „Entspannungspolitik" ausgeheckt und geben vor, jetzt das Recht auf Selbstbestimmung der Völker in Zimbabwe, Namibia und Azania, wie die Afrikaner Südafrika nennen, zu unterstützen.

Im Inneren bedeutet das, daß unter der Losung „multinationale Entwicklung" die „Bantustans" zu „souveränen Nationen" erklärt werden sollen. „Unter der jetzigen Politik der Regierung beabsichtigt man, diese Gebiete als zukünftige unabhängige Heimatländer der Schwarzen aus dem südafrikanischen Staatsgebiet auszuschneiden." (Afrika-Post, 2/75) Was als „Selbstbestimmung" ausgegeben wird, treibt in Wirklichkeit die Apartheid-Politik einen Schritt weiter. Endgültig beseitigt soll damit der Anspruch der afrikanischen Massen auf ihr Land und die Verfügung über die natürlichen und sonstigen Produktionsmittel werden. Die politische Macht soll weiterhin in den Händen der weißen Kolonialisten und die „Bantustans" Zuchthäuser zur Bereitstellung billiger Sklavenarbeit bleiben.

Die Verfassung der Transkei legt z.B. fest, daß von 109 Parlamentsmitgliedern nur 45 gewählt werden, die übrigen setzt die Regierung der Südafrikanischen Republik ein. Bei Beschlüssen der gesetzgebenden Versammlung hat sie Vetorecht, die Außenpolitik, Militär und Polizei bleiben in ihrer Hand. Indem die Schwarzen zu „Staatsbürgern" in den „Bantustans" erklärt werden, im Falle der Transkei z.B. laut Verfassung alle „Xhosa"-sprechenden und „verwandten Sprachgruppen" angehörenden Personen, sollen sie in der Südafrikanischen Republik einen Ausländerstatus erhalten. Nach wie vor werden sie gezwungen sein, sich als Wanderarbeiter für Sklavenlohn an das internationale Kapital zu verkaufen, politische, gewerkschaftliche und soziale Rechte hätten sie weiterhin weder in der Südafrikanischen Republik noch in den „Bantustans". Gleichzeitig wird die „parallele Entwicklung" für Inder und Mischlinge betrieben, sie soll aus ihnen qualifiziertere Arbeiter und Agenten für den Kolonialstaat ziehen, um die farbige Mehrheit weiter aufzuspalten.

Gegenüber den unabhängigen afrikanischen Staaten im südlichen Afrika bedeutet die imperialistische „Entspannungspolitik" den Versuch, die wirtschaftlichen Beziehungen zu intensivieren mit dem langfristigen Ziel einer südafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, über die das internationale Monopolkapital die Ausbeutung im ganzen südlichen Afrika intensivieren will.



„Gleichen Lohn für gleiche Arbeit!", „Weg mit den Pässen!", „Nieder mit der weißen Unterdrückung!" – Forderungen und Parolen, für die die streikenden schwarzen Arbeiter kämpfen. Trotz Streikverbot und ungeheurer Unterdrückung streikten nach offizieller Statistik allein in der Provinz Natal von 1972 bis 1974 78 216 Arbeiter.

„Rhodesien und Sambia brauchen Beira und Lourenco Marques, wenn ihre mineralischen Reichtümer so günstig wie möglich an eine rohstoffhungrige Welt verkauft werden sollen; Südafrika braucht Arbeiter aus Malawi und Mozambique, wenn es sein Gold aus dem Gestein lösen will; dieses Metall kann seinerseits die Konsum- und Kapitalgüter zahlen helfen, die Samora Machel braucht, wenn er sein kurz befreites Volk wohlhabend und sozialistisch machen will; und die Matabele und Mashona in Bulawayo's Fabriken brauchten die Barotse, Bemba und Lozi-Märkte in Samiba, wenn ihre Lohntüten fetter werden sollen und ihre arbeitslosen Landsleute Arbeit finden sollen. Genauso brauchen die sambischen Minenarbeiter konkurrenzfähigere Ausrüstung und größeres technisches Know-How der weißen Afrikaner des Südens, wenn ihr Kupfer zu den geringsten Kosten gehoben und ihr Lebensstandard gesichert sein soll." (Financial Mail (S.A.) 20.12.74)

Deshalb baut die Bundesrepublik führend die Infrastruktur, Eisenbahnen, Häfen, Energieerzeugung in Südafrika aus, betreibt sie die Assoziierung der „souveränen Bantustans" an die Europäische Gemeinschaft, steigern die Imperialisten ihre Investitionen. Während sie betrügerisch von „Entspannung" reden, rüsten sie beschleunigt ihre südafrikanische Bastion militärisch auf: 1976 wurde das Militärbudget weiter gesteigert, nachdem es von 1973 bis 1975 fast verdoppelt worden war.

Um ihre Ausbeutungsinteressen auch selbst durch direkte militärische Interventionen verteidigen zu können, betreibt allen voran die Bundesregierung die Ausdehnung der NATO-Operationszone in den Südatlantik, wie verschiedene Studien der Bundeswehr und Bundesregierung zeigen. Indem sie für „friedliche Lösungen" im Kampf zwischen den afrikanischen Völkern und den weißen Siedlerregimes in Rhodesien und Südafrika eintreten, wollen sie den bewaffneten Kampf der Völker unterdrücken, Zeit gewinnen und sich selber direkt in die Angelegenheiten der afrikanischen Völker einmischen. So hat auch die Sowjetunion das betrügerische Entspannungsmanöver unterstützt, Nkomo darin bestärkt, mit dem Smith-Regime eine Verhandlungslösung zu suchen, um in Konkurrenz zum US-Imperialismus und den anderen imperialistischen Staaten in Südafrika einzudringen, was ihr in Angola schon gelungen ist.

Gegen die Einmischung der verschiedenen imperialistischen Mächte schließen sich die afrikanischen Völker immer mehr zusammen und ihre Entschlossenheit wächst, den bewaffneten Kampf für die nationale Befreiung und die soziale Revolution zu führen. Weil diese Ziele gerecht sind, findet dieser Kampf große Sympathie und breite Unterstützung bei der westdeutschen Arbeiterklasse und im Volk. – (hl)



Befreiungskämpfer des Volkes von Zimbabwe. Smith will die Guerillakämpfer in Rhodesien schlagen, Kissinger gibt ihm Flankenschutz.

Kissinger: Einheit aller Imperialisten gegen Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe

Am 27. April kündigte Ian Smith, der Regierungschef des rhodesischen Siedlerregimes, die Aufnahme von vier afrikanischen Häuptlingen, Kaysia Ndiweni, Vorsitzender des vom Kolonialistenregime eingesetzten Häuptlingsrates, und dreier anderer Häuptlinge in sein Kabinett an. Diese sollen unter weißen Ministern den Rang von Staatsministern im Innenministerium, Unterrichtsministerium und Wirtschaftsministerium erhalten. Zuständig sollen sie zunächst nur für „die afrikanischen Stämme" sein. Verbunden ist dieser Schritt mit einem bereits Ende März verkündeten Plan, „die afrikanischen Stammesgebiete in zwei Regionen mit autonomen Regierungen umzubilden, die sich an den Gebieten des Mashona- und des Matabele-Stammes orientieren, während die dritte Region den etwa 270 000 weißen Rhodesiern vorbehalten bleibt". (Die Welt, 30. März)

Mit Hilfe dieser von ihm selbst ausgesuchten Häuptlinge, die „in ihren Stammesgebieten stets besonderen Polizeischutz haben, der noch verstärkt wird" (Observer, 1.Mai), will Smith das Volk von Zimbabwe spalten, um seinen bewaffneten Befreiungskampf zu unterdrücken.

Der Armeechef des Siedlerregimes, Walls, kündigte außerdem eine „umfassende Offensive gegen die schwarzen Guerilleros" an. Die „bisher angewandte Taktik der ‚Eindämmung' solle aufgegeben werden. Dabei werde man auch nich vor Invasionen nach Mozambique zurückschrecken. Die Einberufung von Tausenden schwarzer und weißer Reservisten wurde angekündigt. Die Vertreibung der afrikanischen Bevölkerung aus den Grenzprovinzen in bewachte Konzentrationslager wird verstärkt. „Etwa 2 000 Schwarzafrikaner müssen ihre angestammten Wohngebiete in Südostrhodesien verlassen und in von der Regierung etwa 40 Kilometer landeinwärts errichtete Schutzdörfer angesiedelt werden." (Süddeutsche Zeitung, 4. Mai) Dadurch soll die Bevölkerung daran gehindert werden, die Befreiungskämpfer bei ihren Operationen zu unterstützen.

Die 10-Punkte-Erklärung Kissingers

Kissinger, der Außenminister des US-Imperialismus, gab wenige Stunden vor der Ankündigung Smiths in Lusaka eine programmatische 10-Punkte-Erklärung ab, die angeblich eine neue „Afrika-Politik" der USA darstellt. Die USA fordern jetzt gleichfalls eine rasche Mehrheitsregierung in Rhodesien und Namibia, das „Regime in Salisbury würde" von ihnen „in keiner Phase seines Konflikts mit afrikanischen Staaten oder afrikanischen Freiheitsbewegungen" unterstützt werden. „Im Gegenteil, es wird sich unserer unnachgiebigen Opposition gegenübersehen – solange, bis eine Verhandlungslösung gefunden ist." (Punkt 3 aus Kissingers Rede)

Den Anschein, auf seiten der afrikanischen Völker zu stehen, will er wekken, den Kampf gegen sie will er verstärkt organisieren. Vorsters betrügerische Entspannungspolitik, die die Völker Afrikas längst durchschaut haben, will der US-Imperialismus durch Kissinger selber wiederbeleben lassen. Vorster und der frühere britische Premier Wilson werden auch gleich als „Vermittler", die „für alle Seiten akzeptabel" sein sollen, angeboten. Der US-Imperialismus verstärkt seine Einmischung, um verlorenes Terrain wiederzugewinnen. Die „Einheit zwischen den afrikanischen Staaten und afrikanischen Befreiungsbewegungen", die er predigt, soll ihre „Bemühungen auf Rhodesien-Verhandlungen", also gegen den Kampf des Volkes von Zimbabwe, richten. Kissinger hat sich auch in Lusaka gleich an Nkomo gewandt, der in den letzten Monaten wiederholt gezeigt hat, daß er bereit ist, von der Forderung nach „Mehrheitsregierung nach dem Prinzip: Ein Mann – Eine Stimme" abzugehen.

Smith will in Rhodesien die Guerillakämpfer schlagen, Kissinger will ihm Flankenschutz geben durch den Versuch, die in den letzten Monaten erreichte Einheit der afrikanischen Staaten und Völker gegen fremde Einmischung und in der Führung und Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe erneut zu spalten. Voraussetzung soll das sein für die „rasche gerechte und afrikanische Lösung", der „die Vereinigten Staaten voll verpflichtet sind" (Kissinger). Wie die Vietnamisierung in Vietnam und Kambodschanisierung in Kambodscha soll diese „Afrikanisierung", die die Versöhnung mit dem Imperialismus und seinen Statthaltern predigt, die Voraussetzung schaffen dafür, daß Afrikaner auf Afrikaner in einen Bürgerkrieg gehetzt werden können und darüberhinaus die imperialistischen Mächte darüber direkt ein Einfallstor haben. So hat Samora Machel, Präsident von Mozambique, schon vor dem Besuch Kissingers erklärt: „Wir glauben, daß es Kissingers Hauptmotiv ist, die Spannung vom Nahen Osten in den Süden Afrikas zu verlagern, und wenn die Spannung hier etabliert ist, eine Entschuldigung für Stützpunkte im Indischen Ozean zu finden." (Observer, 28. März)

Kriegsdrohung des US-Imperialismus

Um seiner Erpressung für eine Verhandlungslösung, die die Zerschlagung des Staatsapparates unter Kontrolle des Imperialismus verhindern soll, Nachdruck zu geben, droht er den Krieg auch gleich an. In sämtlichen Hauptstädten seiner Reise drohte Kissinger, „daß das südliche Afrika ein Blutbad erleben werde, wenn Schwarze und Weiße keinen friedlichen Übergang zu schwarzen Mehrheitsregierungen aushandeln sollten". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Mai) „Nach unserer Ansicht ist dies der einzige Weg, ein sinnloses und tragisches Blutbad zu vermeiden, der einzige Weg auch, um eine harmonische Zukunft frei von Bitterkeit und Vergeltung zu schaffen."

Die volle Unterstützung der Bundesregierung hat er dabei, „die von US-Außenminister Kissinger auf seiner Afrika-Reise vertretene Unterstützung der Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Afrikaner sei mit der Linie Bonns identisch, sagte Regierungssprecher Bölling". (Die Welt, 27. April)

Im Ringen mit dem Sozialimperialismus, der in Angola mit kubanischen Söldnern Fuß gefaßt hat, trifft der US-Imperialismus sich in Zimbabwe im Bemühen um eine Verhandlungslösung. Beide müssen den revolutionären Kampf des Volkes von Zimbabwe fürchten. Auch die Sowjetunion bestärkt über Nkomo, den Führer der ZAPU, die Fortsetzung der Aushandlung eines Kompromisses mit dem Smith-Regime, weil sie darin auch ihrerseits eine Möglichkeit sieht, einen Fuß auf Zimbabwe zu setzen.

Die Erfahrung lehrt die afrikanischen Völker jedoch, daß der imperialistische Frieden nur auf ihren Rücken möglich ist, genauso wie der imperialistische Krieg. Einen Frieden in Unabhängigkeit und Freiheit können die Völker nur durch den revolutionären Befreiungskrieg sichern. Dazu ist das Volk von Zimbabwe entschlossen. „In Zimbabwe wird es einen Volkskrieg geben, und er wird ein langdauernder sein, er wird es den Zimbabwern ermöglichen, den gegenwärtigen nationalistischen Kampf in einen revolutionären Kampf zu verwandeln, der die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse bedeutet." (Samora Machel. Nach: Observer, 28. März) – (hl)

Welthandelskonferenz (UNCTAD 4)

Die Länder der Dritten Welt fordern Streichung der Schulden

Am vergangenen Montag hat in Nairobi, der Hauptstadt Kenias, die Vierte Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD 4) begonnen. Diese Konferenz, die den ganzen Mai über dauern wird und an der jedes UNO-Mitglied gleichberechtigt teilnimmt, versuchen die Entwicklungsländer zu nutzen in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Ausplünderung durch die imperialistischen Länder. Zu diesem Zweck haben 110 Entwicklungsländer, die der Gruppe der 77 angehören, gemeinsame Forderungen beschlossen. Diese Forderungen sind in der „Erklärung von Manila" niedergelegt. Darin werden Maßnahmen auf dem Rohstoffsektor gefordert, damit die Erlöse aus dem Verkauf der Rohstoffe nicht ständig weiter absinken im Verhältnis zu den Preisen, die sie für aus den Industrieländern importierte Güter zahlen müssen. Sie wollen die Rohstoffpreise in ein festes Verhältnis zu den Preisen für Industriegüter setzen, eine „Indexierung" der Rohstoffpreise vornehmen. Weiter verlangen sie wirksame Unterstützung von seiten der reichen Länder bei dem Aufbau einer nationalen Industrie, denn die Länder der Dritten Welt haben ein Recht auf materielle Entschädigung für die bisherige Ausbeutung und Ausplünderung. Die dritte zentrale Forderung ist ein Abkommen über die Erleichterung der Kreditbedingungen und Rückzahlungsverpflichtungen sowie ein Moratorium über die Streichung der bisherigen Schulden. Das „Handelsblatt" schrieb am 19. Februar bereits: Die Entwicklungsländer „müssen sich neue Gelder allein zu dem Zweck borgen, für die alten Kredite den Zinsen- und Tilgungsdienst bestreiten zu können". Die Tilgungsfristen hätten sich auf ein Maß verkürzt, dem die Entwicklungsländer nicht mehr nachkommen könnten.

Während die Entwicklungsländer 1973 insgesamt 16 Prozent ihrer Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft allein für den Schuldendienst aufbringen mußten, ist dieser Anteil 1975 auf 20 Prozent gestiegen. (Neue Zürcher Zeitung, 27. April)

Die Gesamtschulden von 86 Entwicklungsländern belaufen sich auf 118,9 Milliarden US-Dollar. Viele Länder der Dritten Welt seien an die Verschuldungsgrenze gestoßen, kommentieren die Zeitungen des Finanzkapitals. Das soll heißen, das Finanzkapital will dort keine Kredite mehr geben, sondern nur noch Zinsen und Tilgung kassieren.

Die Imperialisten, allen voran die USA, bei denen die Entwicklungsländer mit 25 Milliarden in der Kreide stehen, wollen kein generelles Schuldenabkommen, in das alle Länder und alle Arten von Krediten und Zahlungsverpflichtungen einbezogen werden. Das internationale Finanzkapital will dagegen mit einzelnen Ländern Abkommen über die Rückzahlung der Schulden schließen, weil nur so ihre Einflußnahme und Verfügungsgewalt über diese Länder gesichert bleibt. Denn der Kredit ist ein Mittel der Erpressung. Die Imperialisten sind auch nicht bereit, ein Rohstoffabkommen zu schließen, wodurch die Einnahmen der Rohstoffländer gesteigert werden. Sie sind, wie berichtet wird, gegen „dirigistische Neuordnungen". (Neue Zürcher Zeitung, 3. Mai)

Die Länder der Dritten Welt sind gegen eine „Ordnung", in der die Imperialisten ihre Ausbeutung und Ausplünderung „dirigieren". Deshalb haben sie ihre Forderungen aufgestellt. Und indem sie für die Durchsetzung kämpfen, kämpfen sie zugleich für die Beseitigung dieser Ausbeuterordnung der Imperialisten. – (g.j.)

Erfolgreiche Kleidersammlung für die ZANU

Am 24.4. führte die Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) Darmstadt in Zusammenarbeit mit dem Darmstädter Arbeitskreis Dritte Welt eine Kleidersammlung für die ZANU durch. Vorbereitet wurde die Sammlung durch ein gemeinsames Flugblatt, das die Situation in Zimbabwe und die westdeutschen Interessen an den Reichtümern des Landes darstellte und in die Briefkästen verteilt wurde. Am Samstag wurden dann die Kleider eingesammelt und gleichzeitig mehrere Informationsstände im Stadtteil durchgeführt. Es kamen knapp zwei VW-Busse voll Kleidern und ein Fernglas zusammen, was ein guter Erfolg ist. – (GUV Darmstadt)

1. Mai: Breite Aktionen des palästinensischen Volkes in Westjordanien

In Westjordanien haben am 1. Mai die palästinensischen Massen in den meisten Städten und Ortschaften Demonstrationen und Aktionen gegen die zionistischen Besatzer durchgeführt. In Nablus zum Beispiel haben die palästinensischen Bewohner der Stadt die Eisengitter beseitigt, mit denen die zionistische Armee die Altstadt seit zehn Tagen verriegelt, um Massenaktionen zu verhindern. Die zionistischen Söldner haben wild in die Menge gefeuert und einen zwanzigjährigen Palästinenser getötet und mehrere verletzt. In Tulkarem und Jenin haben die Palästinenser bei ihren Aktionen die palästinensische Flagge mitgeführt, was verboten ist. Die Zionisten haben auch nicht verhindern können, daß auf den Demonstrationen Parolen der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO gerufen wurden. Immer wieder wurden Hochrufe auf die PLO ausgerufen, wird berichtet. In Gaza auf der Halbinsel Sinai sind der Bürgermeister und der Gemeinderat zurückgetreten. Sie fordern u.a. die Freilassung aller politischen Gefangenen, die ohne Prozeß eingekerkert sind, und die freie Einreise aller Palästinenser nach Gaza, die dort Verwandte haben.

Rundreise der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (FDLP)

Die Sympathisanten der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (FDLP) führen vom 8. bis 20. Mai eine Rundreise mit einem Vertreter der FDLP in der BRD durch, die aufklären soll über den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und eintreten für die Forderungen:

Für ein demokratisches Palästina! Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes! Für die Anerkennung der PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes durch die Bundesregierung! Es lebe der gemeinsame Kampf des palästinensischen und libanesischen Volkes!

Termine der Rundreise des Vertreters der FDLP

Frankfurt:	8. Mai
Aachen:	11. Mai
Köln:	14. Mai
Freiburg:	16. Mai
Darmstadt:	17. Mai
Heidelberg:	18. Mai
Marburg:	19. Mai
Göttingen:	20. Mai

Erster Jahrestag der Befreiung Vietnams

Grußtelegramm des KBW

An die Botschaft der Demokratischen Republik Vietnam
An die Botschaft der Provisorischen Revolutionären Regierung von Südvietnam

Liebe Freunde,

vor einem Jahr, am 30. April 1975, wurde in Ho Chi Minh-Stadt die Fahne der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams gehißt. Nach einem langandauernden Volkskrieg hat das vietnamesische Volk die letzten US-Truppen aus dem Land gejagt, das US-Marionettenregime zerschlagen und das ganze Land befreit. Das vietnamesische Volk hatte allen Völkern der Welt gezeigt, daß auch ein kleines Volk eine imperialistische Supermacht besiegen kann, wenn es eine gerechte Sache vertritt, sich zusammenschließt und auf die eigene Kraft stützend einen langdauernden Volkskrieg führt.

Am 1. Jahrestag der Befreiung hat die Revolution unter Führung der Partei der Werktätigen im ganzen Land weitere große Fortschritte erzielt bei der Beseitigung der Kriegsschäden und dem Aufbau eines neuen, blühenden Vietnam. Der Süden ist aus der nationaldemokratischen Phase in die Phase des Aufbaus des Sozialismus getreten. Mit den Wahlen am 25. April wurde nach 30 Jahren Kampf gegen wechselnde Invasoren die staatliche Wiedervereinigung Vietnams vollzogen.

So wie das Volk von Vietnam im Vertrauen auf die eigene Kraft für die Unabhängigkeit und Freiheit gekämpft hat, so schreitet es voran auf dem Weg zum Aufbau einer neuen Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Auch dieses Jahr werden die Völker der Welt am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, das leuchtende Beispiel der Errungenschaften des vietnamesischen Volkes feiern und die Bande der Solidarität weiter festigen.

Zentrales Komitee
des Kommunistischen Bundes
Westdeutschland
Ständiger Ausschuß

Der 1. Mai in Westberlin

EG-Kommissar Ortoli mußte ausgeladen werden / Die Arbeiterbewegung vertritt gegen die Imperialisten ihre eigenen Interessen



Vor diesen etwa 1000 bis 1500 Funktionären hielten der Landesvorsitzende des DGB und der Regierende Bürgermeister ihre Reden. Schütz leitete seine Rede mit der dummdreisten Bemerkung ein, daß man am schwachen Besuch der Kundgebung sehen könne, daß die Arbeiter heutzutage nicht mehr zu demonstrieren brauchten.



Demonstration vor dem Sommergarten. Die Arbeiterbewegung in Westberlin hatte sich nicht entmutigen lassen. Vor dem mit Polizei umlagerten und mit hohen Betonmauern geschützter Sommergarten erhob sie ihre Forderungen gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Seit dem Zweiten Weltkrieg wird Westberlin von den USA, Frankreich und Großbritannien besetzt gehalten und dient den westlichen imperialistischen Mächten, vor allem dem US- und BRD-Imperialismus, als vorgeschobener Brükkenkopf ihrer Aggressionsbestrebungen inmitten des Territoriums der DDR, die selbst wieder in Abhängigkeit von der sozialimperialistisch gewordenen Sowjetunion gehalten wird. Fast zwanzig Jahre lang konnte die Westberliner Arbeiterbewegung durch die Ideologie von dem gemeinsamen Interesse von Bourgeoisie und Arbeiterklasse an der Freiheit und Sicherheit Berlins beeindruckt werden, was in gemeinsamen sogenannten Freiheitskundgebungen von Bourgeoisie und Arbeiterklasse am 1. Mai seinen Ausdruck fand. Aus dieser ideologischen Umklammerung hat sich die Westberliner Arbeiterbewegung jedoch seit 1968 mit dem Kampf gegen die Notstandsgesetze, insbesondere aber mit dem Kampf gegen die US-Intervention in Vietnam gelöst, durch die der imperialistische Charakter der USA offenbar wurde.

Seit 1968 ist der 1. Mai wieder zunehmend bestimmt vom Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat und den Zielen und Forderungen der Arbeiterbewegung. Seit 1968 versucht die Bourgeoisie, diese Entwicklung wieder rückgängig zu machen.

In diesem Jahr war ihnen jedes Mittel recht, um die bereits erreichte Einheit in der Arbeiterbewegung gegen das Zusammengehen mit der Bourgeoisie am 1. Mai wieder zu zerstören, die existierende Spaltung in der Arbeiterbewegung erneut zu vertiefen, die klassenbewußten Kräfte in den Gewerkschaften in die Resignation und die Arbeiterbewegung insgesamt in die Niederlage zu treiben.

Der DGB-Landesvorsitzende Sickert, zugleich Präsident des Abgeordnetenhauses, hatte den regierenden Bürgermeister Schütz und den EG-Kommissar Ortoli zur gewerkschaftlichen Kund-
Kommissar Ortoli zur gewerkschaftlichen Kund-
gebung geladen. Ortoli, als Vertreter der westeuropäischen Bourgeoisie, sollte als Garant von Freiheit und Sicherheit der Westberliner Arbeiter auftreten.

Um diesen Plan gegen den sicheren Widerstand der Arbeiterbewegung durchzusetzen, wurde von den Sozialdemokraten in den Gewerkschaften Chaos und Verwirrung gestiftet: über Ort und Zeit der verschiedenen Demonstrationen der Einzelgewerkschaften, über Einlaßbedingungen in den von hohen Betonmauern umgebenen Sommergarten, in dem die Gewerkschaftskundgebung stattfinden sollte. Einlaßplaketten wurden ausgegeben. Die Demonstration sollte vor dem Sommergarten ihrer Transparente und Fahnen entledigt werden. Die beiden größten Industriegewerkschaften, IG Chemie und IG Metall, riefen überhaupt nicht zur Demonstration auf usw.

Die Revisionisten von der SEW benutzten diese Situation für ihre Zwecke. Unter dem Deckmantel eines Maikomitees bliesen sie zum Boykott der gewerkschaftlichen Kundgebung, gaben sie vor, die Einheit der Arbeiterbewegung zu organisieren, indem allen „Demonstrierwilligen" auf ihrer Demonstration in Neukölln Gelegenheit zur einheitlichen Aktion gegeben würde. Zehntausend konnten sie für ihre Demonstration gewinnen. Damit wurde das geschlossene Auftreten der Arbeiterbewegung Westberlins gegen die geplante Provokation der Bourgeoisie gespalten und zu verhindern versucht. Denn an Geschlossenheit und Einheit der Arbeiterbewegung haben die Revisionisten kein Interesse, weil nur eine gespaltene und geschwächte Arbeiterklasse vom Sozialimperialismus verspeist werden kann, worauf die Revisionisten zielstrebig hinarbeiten.

Die Gruppe Rote Fahne, die in ihrem Maiaufruf die Arbeiterklasse für die Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft der imperialistischen Bourgeoisie und für die Einheit der westeuropäischen imperialistischen Staaten zu gewinnen versuchte – was auch der EG-Kommissar Ortoli im Sommergarten vortragen sollte –, betrieb ebenfalls zusammen mit der Gruppe Roter Morgen den Boykott der Gewerkschaftskundgebung, um die Widersprüche zur imperialistischen Bourgeoisie abzustumpfen. Dies bezeichnete sie als revolutionäre Aktionseinheit, die im Wedding stattfinden sollte, was jedoch nur 2500 Menschen ihr abnahmen.

Der falschen Taktik, den Reformisten und Sozialchauvinisten die gewerkschaftliche Maikundgebung zu überlassen und den Revisionisten die Spaltung zu gestatten, ist die Ortsgruppe des KBW von Anfang an entgegengetreten. Wir gehen davon aus, daß die Arbeiterklasse in Westberlin gegen die Kapitalistenherrschaft und gegen die Anwesenheit der alliierten Truppen, für die Unabhängigkeit der Stadt gegenüber allen imperialistischen Mächten eintreten muß und daß sie von ihrem Ziel, ihre eigene Herrschaft zu errichten und den Sozialismus zu erbauen, nicht abrücken darf.

Gegen die Provokationen der Bourgeoisie mußte an diesem 1. Mai ein Schritt voran gemacht werden in der Einheit und Selbständigkeit der Arbeiterbewegung gegen die imperialistischen Mächte, die Westberlin beherrschen.

Am 1. Mai erwies sich, daß allein diese Taktik geeignet war, die Einheit und Selbständigkeit der Arbeiterbewegung gegen die Absichten der Bourgeoisie und ihrer Ideologen in den Reihen der Arbeiterbewegung selber zu organisieren. Zwanzigtausend bis Fünfundzwanzigtausend waren gekommen. Die Forderungen nach 7-Stunden-Tag, nach Verbot der Akkordarbeit, gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit, für freie politische Betätigung im öffentlichen Dienst und zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker der Dritten Welt beherrschten die Demonstrationszüge. Der Landesvorstand der ÖTV mußte sogar erneut die Forderung nach Streichung des § 218 aufstellen.

Vor dem Sommergarten war von den Sozialdemokraten der DGB-Führung, die den Platz gemietet hatten, ein ganzes Polizeilager aufgeschlagen worden. Obwohl zuvor in den Gewerkschaften die Strömung für Boykott der Kundgebung stark war, verstand der größte Teil der Arbeiter und Angestellten, die zur Demonstration gekommen waren, sofort, daß man um diese Kundgebung kämpfen muß. Die streikenden Druckarbeiter konnten nur durch direkten Polizeieinsatz an dem Einmarsch in den Sommergarten gehindert werden. Der Streik und die Aussperrung durch die Kapitalisten lehrten sie, daß die Arbeiterklasse um die Führung in ihren eigenen Gewerkschaften kämpfen muß, und daß sie gegenüber der Kapitalistenklasse schwach bleibt, wenn sie sich nicht in kampfstarken, klassenbewußten Einheitsgewerkschaften zusammenschließt und die Spaltung durch Reformismus und Revisionismus bekämpft.

Die Gruppe Rote Fahne veranschaulichte ihre bürgerliche Linie dadurch, daß sie genau in dem Moment, als die Polizei auf die Druckarbeiter losging, mit zirka 1500 Anhängern vom Platz zog!

Zur gleichen Zeit versammelten sich im Sommergarten etwa 1500 um Schütz und Sickert herum. Die Sozialdemokraten waren gezwungen, Ortoli wieder auszuladen, weil frühzeitig klargeworden war, daß der Plan, diesem Vertreter der europäischen Bourgeoisie eine gefesselte Arbeiterbewegung vorzuführen, mißlingen würde.

Während Schütz drinnen seinen Protest gegen die Truppenparade der DDR in Ostberlin vortrug, blieben draußen vor dem Sommergarten über 8000 um das Agitationszentrum und den Lautsprecherwagen der Ortsgruppe des KBW versammelt. Immer wieder wurden die Forderungen der Arbeiterbewegung gerufen, Lieder der Arbeiterbewegung gespielt und gesungen, Resolutionen aus den Gewerkschaften verlesen. Mit viel Beifall begrüßt wurde die Resolution der BEWAG-Betriebsjugendgruppe, in der die Forderungen der aktuellen Kämpfe bezogen werden auf das „Ziel, zu einer Gesellschaft frei von Ausbeutung und Unterdrückung zu kommen". Und Zustimmung fand der KBW für die Feststellung: „Dieser 1. Mai wird nicht von der Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter die imperialistische Bourgeoisie bestimmt, sondern er wird vom Klassenkampf bestimmt, von einer erstarkenden, kämpfenden Arbeiterbewegung, er wird bestimmt von dem Streik der Druckarbeiter und der Solidarität, die er unter den Arbeitern und anderen Teilen des Volkes findet und er wird bestimmt vom Kampf um die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes." Für die Drucker wurden mehrere Tausend DM gesammelt. Die Polizei wagte nicht, einzugreifen und wurde von einem großen Teil des von ihr besetzten Platzes verdrängt. Mit einer Abschlußrede des KBW und der Internationale wurde die Kundgebung geschlossen.

Die bürgerlichen Zeitungsschreiber zogen das Resümee über das Auftreten der Arbeiterbewegung in Westberlin auf ihre Weise: Keine der in Westberlin erscheinenden Zeitungen berichtete am Dienstag auch nur in einer Zeile über die Abfuhr, die Sickert und Schütz erteilt bekommen hatten.

Am letzten 1. Mai noch hatte Sickert mit einer Rede, in der er den US-Imperialismus für seinen Einsatz in Westberlin und Vietnam lobte, den Ausbau der Polizei und Rausschmiß der Radikalen aus dem öffentlichen Dienst forderte, die Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus in ein Chaos verwandelt. Der Effekt sollte sein, daß die Arbeiterbewegung an ihrer Fähigkeit, sich gegen die Spaltung durch Reformismus und Revisionismus erfolgreich zu wehren, zweifelt.

Dieser 1. Mai hat gezeigt, daß die Arbeiterbewegung sich nicht entmutigen läßt, sondern mit Zähigkeit an ihren Zielen und Forderungen festhält und dabei vorangekommen ist. – (d., Westberlin)



Die streikenden Druckarbeiter haben vor dem verschlossenen Tor Einlaß unter ihren Forderungen nach 140 DM mindestens und 7-Stunden-Tag verlangt. Ein Betriebsrat forderte, daß die Drucker, die von den Kapitalisten ausgesperrt wurden, nicht nun auch von der Gewerkschaftsführung ausgesperrt würden. Die Antwort kam aus dem Polizeilautsprecher: Sofortige Räumung des Platzes! – Der Polizeiknüppel mußte sie durchsetzen.



Unter großem Beifall wurde die Berlin-Fahne und – an anderer Stelle – gleichzeitig die schwarz-rot-goldene Fahne der BRD eingeholt und die rote Fahne der Arbeiterbewegung und die des befreiten Vietnam hochgezogen: Symbol für die erreichte Einheit, nicht mit der Bourgeoisie zusammenzugehen und den Klassenkampf zu führen.

Bericht eines westdeutschen Montagearbeiters aus der Sowjetunion

Die sowjetischen Arbeiter sind von der neuen Bourgeoisie wieder zu Lohnsklaven gemacht worden

An der Kama, einem östlichen Nebenfluß der Wolga, kurz vor dem Ural gelegen, entsteht das größte und modernste Lastkraftwagenwerk der Welt. Die Sowjetunion läßt sich hier von allen wichtigen kapitalistischen Ländern der Welt ein gigantisches Projekt bauen. Hauptlieferant ist die französische Firma Renault. Aber auch alle namhaften westdeutschen Konzerne des Werkzeugmaschinenbaus sind hier vertreten. So Hurr, Liebherr, Gildemeister, Burr, Fritz Werner, Hüller usw. Italienische und amerikanische Firmen sind ebenfalls groß vertreten. So sind fast 1000 amerikanische Monteure im Einsatz. Ein gigantisches Projekt also auf jeden Fall.

Die Halle, in der ich arbeite, hat eine Länge von 1200 m und ist 450 m breit. 8 solche Hallen gibt es hier. Die sowjetischen Arbeiter wurden aus allen Teilen des Landes hierher verfrachtet. 1970 betrug die Einwohnerzahl von Naberenjnye Celny noch keine 20000. Heute sind es über 200000 Einwohner. 1969 ist mit der Planung begonnen worden. 1971 war Baubeginn. Die Anstrengungen der Sowjetunion sind ungeheuer fieberhaft. Das Werk wird in eine quasi unberührte Wildnis hineingesetzt. Zufahrtswege gibt es so gut wie gar nicht. Wege gibt es ebenfalls nicht zwischen den riesigen Betonwohnklötzen, in denen die Arbeiter leben. Wer hier lebt, nimmt in Kauf, durch metertiefen Schlamm waten zu müssen. Dies nur ein Beispiel für die Lebensumstände, unter denen die Menschen hier leben müssen. Im Vordergrund der ‚Planung' steht das Werk und daß es fertig wird. Eigentlich sollte das Werk schon fertig sein, und zwar zum 25. Parteitag der KPdSU. Aber von der Fertigstellung ist man noch immer weit entfernt. Das ist auch kein Wunder.

Ich kann mich erinnern, daß sowjetische Funktionäre, die nach Westdeutschland gesendet worden waren (in die Fabrik, wo ich beschäftigt bin), keine Ahnung von Maschinenbau hatten und sich dafür auch nicht interessierten. Diese Herren sollten zwar die Maschinen für das LKW-Werk auf ihre Funktionstüchtigkeit hin überprüfen und sich die Funktionsweise erklären lassen. Sie fragten aber bei uns im Werk hauptsächlich danach, wo sie gute Transistorradios kaufen könnten u.ä.m. Diese Herren hatten nur Interesse an ihren persönlichen Vorteilen, an sonst nichts.

Deshalb lernen die sowjetischen Kollegen, mit denen wir hier zusammenarbeiten, die Maschinen zum erstenmal kennen. Sie sind wißbegierig, aber bis sie die Maschinen beherrschen, wird noch eine Menge Zeit vergehen. Und das heißt auch, daß noch eine Menge Zeit vergehen wird, bis die Sowjets die Maschinen ohne Hilfe ausländischer Spezialisten bedienen können, ja, es ist zweifelhaft, ob das überhaupt jemals der Fall sein wird. Die Administration des Werkes tut jedenfalls alles, damit es nicht dazu kommt.

wird. Die Administration des Werkes tut jedenfalls alles, damit es nicht dazu kommt.

Die Organisation ist so chaotisch, daß wochenlang nicht gearbeitet werden kann, weil kein Material da ist. Maschinen verrotten, weil sie im Freien aufgestellt werden, weil die zentrale Kühlwasserversorgung fehlt usw. Für all das ist die Werksadministration verantwortlich. Aber was noch wichtiger ist: Man merkt es den sowjetischen Arbeitern deutlich an, daß es nicht ihr Werk ist, was hier entsteht, sondern das Werk der herrschenden Klasse, der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion. Genauso wie bei uns im Kapitalismus sind sie nichts anderes als Verkäufer ihrer Ware Arbeitskraft. Sie kommen nur, wenn die „Kohle stimmt", wie man bei uns sagt.

Am Anfang des Monats fehlen sie häufig, zum Ende des Monats erscheinen sie dann wieder, damit der Monatsplan erfüllt wird. Wenn der Plan nämlich nicht erfüllt wird, fallen 30 Rubel Prämie weg und das ist hier viel Geld. Ein sowjetischer Arbeiter verdient im Durchschnitt 200 Rubel. Das sind etwa 700 DM. Und der sowjetische Arbeiter verhält sich wie ein Verkäufer der Ware Arbeitskraft, was er ja auch ist. Sie verhalten sich nicht wie Vertreter der herrschenden Klasse, die **ihr** Werk aufbauen. Die Arbeiterklasse der Sowjetunion ist wieder zu einer ausgebeuteten und unterdrückten Klasse geworden.

Arbeitsgesetzgebung in der Sowjetunion

Gut studieren kann man die Tatsache der Unterdrückung der sowjetischen Arbeiterklasse an der Entwicklung der Arbeitsgesetzgebung. Ich hatte Gelegenheit, mit dem Politkommissar der KPdSU, der zuständig ist für alle arbeitsrechtlichen Fragen des Kama-Lastkraftwagenwerks, zu diskutieren.

Er hielt zunächst einen Vortrag, in dem er folgendes sagte: „Die sowjetische Arbeitsgesetzgebung gibt den sowjetischen Arbeitern die verschiedensten Rechte. Sie werden gewährleistet vom Wachsen der Produktivkräfte und von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Das Recht auf Arbeit gilt für alle Bürger, unabhängig von Nationalität und Rasse. Dieses Recht bedeutet, daß jeder die Arbeit entsprechend seinen Fähigkeiten und seiner Qualifikation wahrnehmen kann. Bei Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche stehen die

Behörden dem Arbeiter zur Seite. Arbeitsver-

Behörden dem Arbeiter zur Seite. Arbeitsverträge können sowohl für unbestimmte als auch für festgesetzte Zeiten abgeschlossen werden. Der Arbeiter kann jederzeit seinen Arbeitsvertrag lösen. Die Administration (das ist die Fabrikleitung) kann die Arbeitsverträge auch jederzeit kündigen, und zwar beim Vorliegen wichtiger Gründe. Diese Kündigungen können nur ausgesprochen werden in Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Gewerkschaftsbundes.

Die Arbeiter haben das Recht auf Lohn gemäß Quantität und Qualität ihrer Arbeit. Die Bezahlung ist durch Tarifsätze bestimmt. Die Lohngruppen für die einzelnen Arbeiter werden vom Zentrum, der Administration, bestimmt. Der Gewerkschaftsbund muß dabei zugestimmt haben.

Die Arbeiter bekommen entweder den Zeitlohn oder den Akkordlohn. Zusätzlich gibt es die Prämierungen. Alle Bürger haben das Recht auf Erholung, mindestens 14 Tage im Jahr. Gesetzlich besteht die 41-Stunden-Woche. (Montag bis Freitag 7-Stunden-Tag, Samstags 6 Stunden). Sechzehn- bis Achtzähnjährige haben die 36-Stunden-Woche, die unter Sechzehnjährigen die 24-Stunden-Woche. Die Sicherheit am Arbeitsplatz wird garantiert durch die Festlegungen der Regierung. Arbeiter, die unter ungesunden Arbeitsbedingungen arbeiten, bekommen kostenlos Milch. Arbeiter haben das Recht auf Berufsunterricht. Dieses wird durch Kurse, Fachschulen und Hochschulen gewährleistet. Arbeiter, die dieses Recht wahrnehmen, haben Privilegien wie zusätzlichen Urlaub sowie die Bezahlung der Fahrkosten.

Alle Bürger haben das Recht auf Vereinigungsfreiheit in den Gewerkschaften und das Recht, an der Volksregierung teilzunehmen. In die Belange des Gewerkschaftsbundes darf sich die Regierung nicht einmischen. Arbeitsverträge werden von den Gewerkschaften und dem Staat abgeschlossen. In den Verträgen wird auch die Prämierung festgelegt. Es existiert das Recht auf Rente. Das Rentenalter beträgt 60 Jahre bei Männern, 55 Jahre bei Frauen."

So weit also der sowjetische Polit-Kommissar der KPdSU.

Ich hatte dann Gelegenheit zu einigen Fragen, wobei aber auch die wenigen Antworten schon sehr aufschlußreich waren. Ich fragte danach, ob

die Fabrikadministration den Arbeitern rechen-

die Fabrikadministration den Arbeitern rechenschaftspflichtig sei und ob sie von den Arbeitern abgewählt werden könne. Antwort: Nein. Die Administration wird von der Regierung eingesetzt, die Regierung bestimmt. Ich fragte danach, wie es im Fall der Kündigung eines Arbeiters durch die Administration aussieht. Antwort: Der Arbeiter hat das Recht, sich an die nächst höhere Instanz zu wenden oder aber einen Gerichtsprozeß anzustrengen. Das ist alles.



Zum 25. Parteitag der KPdSU sollte das Automobilwerk an der Kama fertiggestellt sein. Es langte aber nur zu einer Reklameveranstaltung, bei der die Arbeiter die ersten dort hergestellten LKWs beklatschen durften. Die Fertigstellung des Werkes verzögert sich immer mehr.

Die Diktatur der neuen Bourgeoisie entrechtet die Arbeiterklasse

Ich fragte danach, wie es möglich ist, daß das Akkordsystem, ein übles System der Auspressung der Arbeiter, in der Sowjetunion existiert. Er antwortete, daß das keine Auspressung sei, wenn jeder nach seiner Leistung bezahlt werde; außerdem würden die Akkordsätze in Übereinstimmung mit der Gewerkschaft festgelegt.

Ich fragte, ob die Prämien nicht einen Bruch mit dem Leninismus bedeuteten, indem die materiellen Anreize an die erste Stelle gesetzt werden. Ich bekam die dreiste Antwort, daß das gerade Gegenteil der Fall sei. Der „materielle Anreiz" sei schon immer fester Bestandteil leninistischer Politik. Es sei die Verwirklichung des Sozialismus nach dem Prinzip „Jeder nach seiner Leistung".

Beim Nachhaken meinerseits mußte er mir jedoch zugestehen, daß diese Politik erst seit 1956 betrieben wird, also seit dem Machtantritt Chruschtschows. Unter Lenin und Stalin stand die Politik, nicht die Ökonomie an der ersten Stelle. Warum die sowjetischen Arbeiter nicht das Recht auf Streik- und Demonstrationsfreiheit haben, wollte ich wissen. Er sagte, daß sie dies nicht nötig hätten, sie seien eine große Volksgemeinschaft.

Damit gab ich mich nicht zufrieden und der Politkommissar wurde sehr verlegen, als er beim Nachfragen zugeben mußte, daß in der Arbeitsgesetzgebung von 1918 Streik- und Demonstrationsfreiheit für alle Arbeiter garantiert war, ebenso in der Neufassung der Gesetze 1927. Erst in ihrer Neufassung von 1970, also unter der Herrschaft einer neuen Bourgeoisie wurden diese elementaren Rechte beseitigt.

Der Betrug mit der „allgemeinen Volksregierung"

An diesem Punkt angelangt, wurde der Herr Politkommissar sichtlich nervöser und er fragte mich nach meiner Auffassung über die Politik der Sowjet-Regierung. Ich legte dar, daß die früher sozialistische Sowjetunion unter Lenin und Stalin das Vaterland der Proletarier aller Länder gewesen sei, weil in der Politik konsequent am Marxismus-Leninismus festgehalten wurde. Daß mit dem Machtantritt Chrutschows die falsche Linie in der Partei gesiegt habe; daß eine neue Bourgeoisie heute in der Sowjetunion die Macht habe und von der Diktatur des Proletariats nicht mehr die Rede sein könne. An diesem Punkt unterbrach er mich und stellte fest: „Von der Diktatur des Proletariats zu sprechen ist schon ein Fehler. Wir haben eine allgemeine Volksregierung. Diktatur des Proletariats ist nur notwendig in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus."

Ist das nicht eine Verleugnung und eine haarsträubende Revision des Marxismus-Leninismus? Dieser Vertreter der herrschenden neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion dreht und wendet die realen Klassenverhältnisse in der Sowjetunion und den Marxismus-Leninismus so, daß er seine durch und durch bürgerlichen Auffassungen vertreten kann.

Lenin schrieb in „Staat und Revolution": „Der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft, die sich zum Kommunismus hin entwickelt, zur kommunistischen Gesellschaft, ist unmöglich, ohne eine ‚politische Übergangsperiode', und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein." Und er sagt weiter: „Das Wesen der Marxschen Lehre vom Staat

ter: „Das Wesen der Marxschen Lehre vom Staat

hat nur erfaßt, wer begriffen hat, daß die Diktatur einer Klasse nicht nur schlechthin für jede Klassengesellschaft notwendig ist, nicht nur für das Proletariat, das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für die ganze historische Periode, die den Kapitalismus von der ‚klassenlosen Gesellschaft', vom Kommunismus, trennt." (Staat und Revolution, Werke Bd. 25)

Der Marxismus-Leninismus ist die ideologische Waffe, die die sowjetische Arbeiterklasse gegen ihre neuen Ausbeuter und Unterdrücker wenden muß, um sich ihrer entledigen zu können. Die sowjetische Arbeiterklasse kann sich stützen auf eine ruhmreiche Vergangenheit unter der Führung Lenins und Stalins.

Natürlich leben die sowjetischen Arbeiter unter scharfer Unterdrückung, und sie haben Angst. Das habe ich immer wieder feststellen können, wenn ich sie fragte über ihre Auffassungen zur Politik Breschnews und Kossygins. Ich konnte aber gleichzeitig feststellen, daß neben ihrer Angst großer Stolz auf ihre großen Führer Lenin und Stalin da ist; und dieser Stolz ist im Wesen nichts anderes als Stolz und Vertrauen auf die Kraft der Arbeiterklasse, wenn sie sich in ihrem politischen Handeln vom Marxismus-Leninismus leiten läßt. – (b., Naberenjnye Celny, UdSSR)